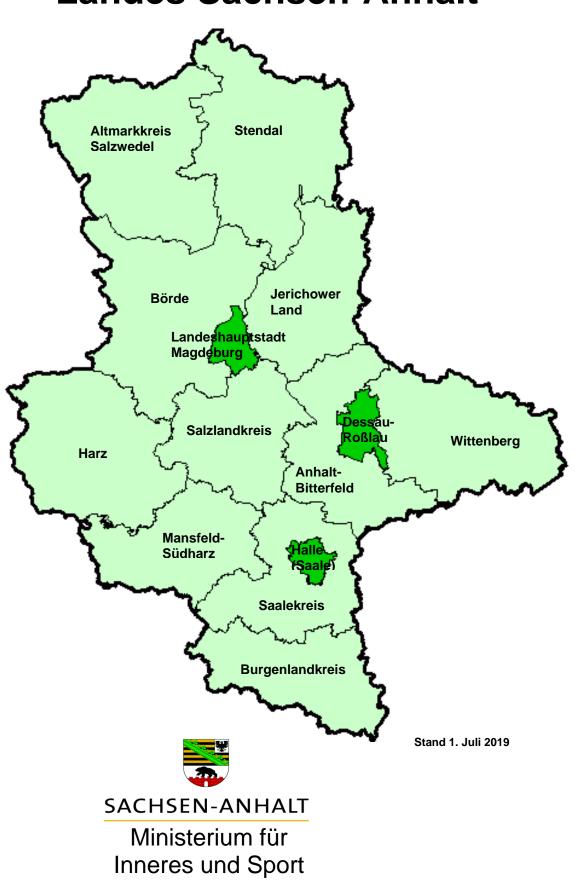
# Verwaltungsaufbau des Landes Sachsen-Anhalt



#### **Impressum**

Herausgeber:

Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt Referat 14 - Organisation der Landesverwaltung, Verwaltungs- und Funktionalreform Halberstädter Straße 2 / am "Platz des 17. Juni"

39112 Magdeburg

Veröffentlicht im Internet unter: www.sachsen-anhalt.de

Ministerium für Inneres und Sport

Downloadservice

## <u>Inhaltsverzeichnis</u>

Vo	rwort		7
1.	Land	tag	8
1.1	Land	tagsverwaltung	9
	•	Organisationsplan der Landtagsverwaltung	.10
1.2	Beau	ftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur	.11
2.	Land	esverwaltung	.12
	•	Beschluss der Landesregierung über den Aufbau der Landesregierung	
		Sachsen-Anhalt und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche	.12
	•	Organisationsplan der Landesregierung	.22
2.1	Staat	skanzlei und Ministerium für Kultur	. 23
	•	Organisationsplan	. 27
	•	Organisationsübersicht für den Geschäftsbereich	. 28
	•	Organisationsplan Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie	. 29
2.2	Minis	terium für Inneres und Sport	.30
	•	Organisationsplan	. 45
	•	Organisationsübersicht für den Geschäftsbereich	. 46
	•	Organisationsplan Landesverwaltungsamt	. 47
	•	Organisationsplan Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber des	
		Landes Sachsen-Anhalt	. 48
	•	Organisationsplan Landesarchiv Sachsen-Anhalt	.49
	•	Organisationsplan Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt	. 50
	•	Organisationsplan Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt	.51
	•	Organisationsplan Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge	.52
	•	Organisationsplan Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt	.53
	•	Organisationsplan Polizeiinspektion Zentrale Dienste Sachsen-Anhalt	.54
	•	Organisationsplan Polizeiinspektionen Dessau-Roßlau, Halle (Saale),	
		Magdeburg und Stendal	. 55
	•	Organisationsplan Polizeirevier	. 56
	•	Organisationsplan Wasserschutzpolizeirevier	. 57
	•	Karte 2.2.1 Landesverwaltungsamt	. 58
	•	Karte 2.2.2 Landesarchiv Sachsen-Anhalt	. 59
	•	Karte 2.2.3 Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt	.60

•	Karte 2.2.4 Strukturelle Gliederung der Polizei Sachsen-Anhalt	61
2.3 Mini	sterium für Justiz und Gleichstellung	62
•	Organisationsplan	73
•	Übersicht Gerichte	74
•	Übersicht Justizvollzugsanstalten / Jugendanstalten	75
•	Übersicht Dienststellen Sozialer Dienst	76
•	Karte 2.3.1.1 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit	77
•	Karte 2.3.1.2 Zuständigkeitsbezirke der Landgerichte	78
•	Karte 2.3.2 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit	79
•	Karte 2.3.3 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit	80
•	Karte 2.3.4 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit	81
•	Karte 2.3.5 Staatsanwaltschaften	82
•	Karte 2.3.6 Justizvollzugsanstalten, Jugendstrafanstalt, Jugendarrestanstalt	
	und Landesbetrieb für die Beschäftigung und Bildung der Gefangenen	83
2.4 Mini	sterium der Finanzen	84
•	Organisationsplan	88
•	Organisationsübersicht für den Geschäftsbereich	89
•	Organisationsplan Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt	90
•	Karte 2.4.1 Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt	91
•	Karte 2.4.2 Finanzverwaltung	92
2.5 Mini	sterium für Arbeit, Soziales und Integration	93
•	Organisationsplan	110
•	Organisationsübersicht für den Geschäftsbereich	111
•	Organisationsplan Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt	112
•	Organisationsplan Sozialagentur Sachsen-Anhalt	113
•	Karte 2.5.1 Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt,	
	Sozialagentur Sachsen-Anhalt	114
2.6 Mini	sterium für Bildung	115
•	Organisationsplan	121
•	Organisationsübersicht für den Geschäftsbereich	122
•	Organisationsplan Landeszentrale für politische Bildung des Landes	
	Sachsen Anhalt	123

	•	Organisationsplan Landesschulamt	.124
	•	Organisationsplan Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung	
		Sachsen-Anhalt	.125
	•	Karte 2.6.1 Landesschulamt, Landesinstitut für Schulqualität und	
		Lehrerbildung Sachsen-Anhalt	.126
	•	Karte 2.6.2 Gymnasien in Landesträgerschaft	.127
	•	Karte 2.6.3 Förderschulen in Landesträgerschaft	.128
2.7 N	linis	terium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung	.129
	•	Organisationsplan	.136
	•	Organisationsübersicht für den Geschäftsbereich	.137
	•	Organisationsplan Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt	.138
	•	Organisationsplan Landeseichamt Sachsen-Anhalt	.139
	•	Karte 2.7.1 Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt	.140
	•	Karte 2.7.2 Landeseichamt Sachsen-Anhalt	.141
	•	Karte 2.7.3 Universitäten, Kunsthochschule	.142
	•	Karte 2.7.4 Fachhochschulen	.143
2.8 N	linis	terium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie	.144
	•	Organisationsplan	.157
	•	Organisationsübersicht für den Geschäftsbereich	.158
	•	Organisationsplan Landesforstbetrieb Sachsen-Anhalt	.159
	•	Organisationsplan Landesanstalt für Landwirtschaft und	
		Gartenbau Sachsen-Anhalt	.160
	•	Organisationsplan Landeszentrum Wald	.161
	•	Organisationsplan Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt	.162
	•	Organisationsplan Landesbetrieb für Hochwasserschutz und	
		Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt	.163
	•	Organisationsplan Nationalparkverwaltung Harz	.164
	•	Organisationsplan Nordwestdeutsche Versuchsanstalt	.165
	•	Karte 2.8.1 Landesforstbetrieb Sachsen-Anhalt	.166
	•	Karte 2.8.2 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau Sachsen-Anhalt	.167
	•	Karte 2.8.3 Landeszentrum Wald	.168
	•	Karte 2.8.4 Umwelt- und Naturschutzverwaltung	.169
	•	Karte 2.8.5 Ämter für Landwirtschaft. Flurneuordnung und Forsten	170

2.9 Minis	terium für Landesentwicklung und Verkehr	171
•	Organisationsplan	177
•	Organisationsübersicht für den Geschäftsbereich	178
•	Organisationsplan Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt	179
•	Organisationsplan Landesamt für Vermessung und Geoinformation	
	Sachsen-Anhalt	180
•	Karte 2.9.1 Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt	181
•	Karte 2.9.2 Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-A	nhalt 182
3. Lande	esverfassungsgericht	183
4. Lande	esrechnungshof	184
•	Organisationsplan	186
5. Lande	esbeauftragter für den Datenschutz	187
•	Organisationsplan	189
6. Komr	nunalverwaltung	190
6.1 Geme	einden	190
6.2 Verba	ndsgemeinden	191
6.3 Landl	kreise	191
•	Einwohner, Fläche, Bevölkerungsdichte	193
•	Übersicht Verteilung Einwohner auf Städte und Gemeinden	194
•	Übersicht Entwicklung Einwohnerzahlen großer Städte	195
•	Übersicht Kommunalaufsichtsbehörden	196
•	Übersicht Aufgaben der Gemeinden	197
•	Übersicht Aufgaben der Verbandsgemeinde	198
•	Übersicht Finanzausgleichsgesetz	199
•	Karte 6.3.1 Landkreise und kreisfreie Städte	200
7. Wahll	kreise	201
7.1 Bund	estagswahlkreise	201
7.2 Landt	agswahlkreise	202
•	Karte 7.1.1 Wahlkreise der Bundestagswahl 2017	203
•	Karte 7.2.1 Wahlkreise der Landtagswahl 2016	204

**Vorwort** 

Der Strukturatlas zum Verwaltungsaufbau des Landes Sachsen-Anhalt soll die interessierte Öffentlichkeit unterrichten, ein Nachschlagewerk für den Verwaltungspraktiker sein sowie als Unter-

richtsmittel für den Verwaltungsnachwuchs und für sonstige Ausbildungszwecke dienen.

Mit seinem umfangreichen Kartenmaterial, seinen Übersichten und Schaubildern gibt er einen

Überblick über die regionale Gliederung der Landesbehörden und Einrichtungen sowie deren Auf-

bau- und Ablauforganisation.

Die seit der letzten Fortschreibung eingetretenen Veränderungen im Bereich der Landesverwal-

tung sind in der vorliegenden Fassung zum Stichtag 1. Juli 2019 berücksichtigt.

Das Gesetz zur Polizeistrukturreform ist am 1. Januar 2019 in Kraft getreten. An die Stelle der bis-

herigen drei Polizeidirektionen sind für die polizeiliche Aufgabenbewältigung in der Fläche vier an

den Zuständigkeitsbezirken der Landgerichte ausgerichtete Polizeiinspektionen getreten. Mit der

Polizeiinspektion Zentrale Dienste Sachsen-Anhalt ist eine neue obere Polizeibehörde errichtet

worden. Der Polizeiinspektion Zentrale Dienste Sachsen-Anhalt sind das Technische Polizeiamt

Sachsen-Anhalt, die Landesbereitschaftspolizei Sachsen-Anhalt und die Diensthundführerschule

zugeordnet sowie die wasserschutzpolizeiliche Zuständigkeit für das gesamte Land und weitere

administrative Aufgaben für die übrigen Polizeibehörden und -einrichtungen übertragen worden.

Anregungen zur Ergänzung oder Änderung des Nachschlagewerkes sind jederzeit willkommen.

Mit freundlichen Grüßen

lhr

Holger Stahlknecht

Minister für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt

7

#### 1. Landtag

Der Landtag ist die jeweils auf fünf Jahre gewählte Vertretung des Volkes von Sachsen-Anhalt und verkörpert als Verfassungsorgan die gesetzgebende Staatsgewalt.

Der Landtag der 7. Wahlperiode wurde am 13. März 2016 gewählt. Seine 87 Mitglieder haben sich zu den Fraktionen

CDU (31 Abgeordnete),
AfD (22 Abgeordnete),
DIE LINKE (16 Abgeordnete),
SPD (11 Abgeordnete) und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (5 Abgeordnete)

zusammengeschlossen. Weiterhin gibt es zwei fraktionslose Abgeordnete.

Fraktionen sind selbständige und unabhängige Gliederungen des Landtages. Sie wirken mit eigenen Rechten und Pflichten an seiner Arbeit mit und unterstützen die parlamentarische Willensbildung. Die Wahlen zum Landtag der 8. Wahlperiode finden im Frühjahr 2021 statt.

Die weitere Gliederung des Landtages sowie seine Aufgaben und Arbeitsweise ergeben sich aus der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt und der Geschäftsordnung des Landtages.

Im Rahmen der dem Landtag obliegenden parlamentarischen Willensbildung beschließt er insbesondere die Gesetze des Landes. Dieses Gesetzgebungsrecht steht nur ihm und über einen Volksentscheid dem Volk direkt zu. Mit dem Landeshaushalt beschließt der Landtag in den Grenzen der Regelungskompetenz des Landes zudem darüber, wie viel Geld das Land einnimmt und wofür es verwendet werden soll.

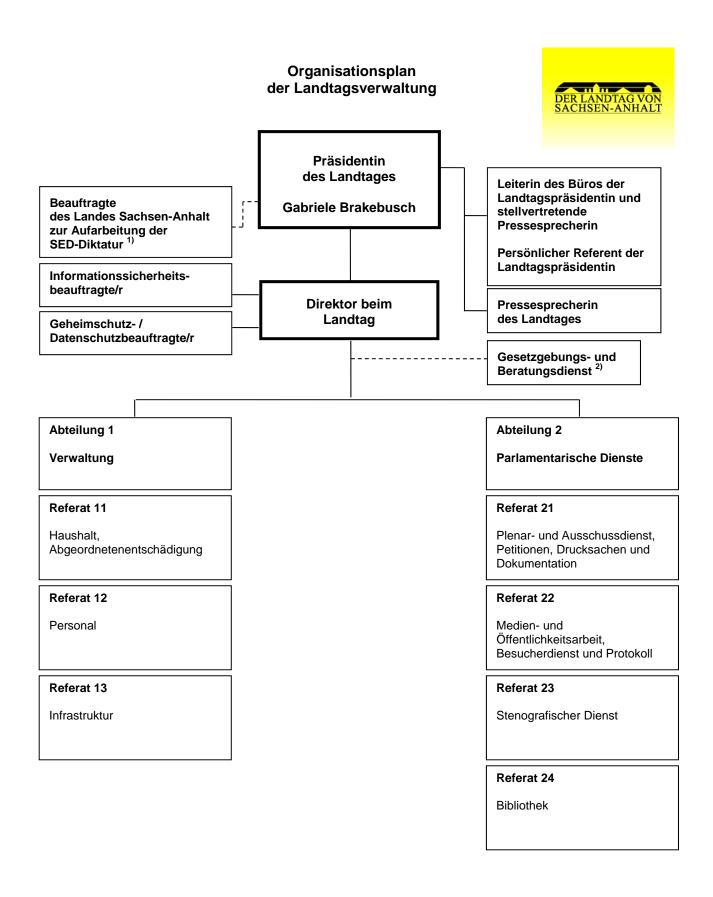
Mit der Wahl des Ministerpräsidenten und der Mitglieder des Landesverfassungsgerichts wirkt das Parlament maßgeblich an der Bildung und personellen Besetzung der übrigen Verfassungsorgane mit bzw. entscheidet diese. Die Inhaber weiterer Ämter von herausragender Bedeutung, z. B. der Präsident des Landesrechnungshofes, werden ebenfalls vom Landtag gewählt.

Die Kontrolle der Exekutive als weitere Aufgabe des Landtages ist ein wesentliches Element der Gewaltenteilung. Spezielle Abgeordneten- und Minderheitenrechte gewährleisten eine effektive Kontrolle.

Durch die öffentliche Beratung der parlamentarischen Initiativen erzeugt der Landtag die notwendige Transparenz seiner Willensbildung und regt so die Kommunikation zwischen Wähler und Gewählten an.

#### 1.1 Landtagsverwaltung

Die Landtagsverwaltung unterstützt den Landtag und seine Präsidentin, die Gremien des Parlaments sowie die Mitglieder des Landtages bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben in organisatorischer, technischer und zum Teil auch in inhaltlicher Hinsicht. In diesem Rahmen wirkt sie insbesondere an der Vor- und Nachbereitung der Sitzungen des Landtages, des Ältestenrates und der Ausschüsse mit. Ferner unterstützt sie die Landtagspräsidentin bei der Vertretung des Landtages nach außen und bei ihren Verwaltungsaufgaben. Die Landtagsverwaltung ist nicht Teil der staatlichen Exekutivverwaltung, hat aber den Rang und die Rechtsstellung einer obersten Landesbehörde.



<sup>&</sup>lt;sup>1)</sup> Die Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur untersteht der Dienst- und Rechtsaufsicht der Präsidentin des Landtages. Ihre Geschäftsstelle ist bei der Präsidentin des Landtages eingerichtet (§ 4 AufarbBG LSA).

<sup>(§ 4</sup> AufarbBG LSA).

<sup>2)</sup> Die Mitglieder unterstehen dem Direktor nur in dienstrechtlicher und organisatorischer Hinsicht (§ 2 der Richtlinie zu Aufgaben und Organisation des Gesetzgebungs- und Beratungsdienstes).

#### 1.2 Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Am 1. Januar 2017 ist das Gesetz über die Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Kraft getreten. Die bisherige Landesbeauftragte für die Unterlagen der Staatsicherheit der ehemaligen DDR trägt seitdem den Namen Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur. Die Beauftragte wird direkt vom Landtag gewählt; ihre Geschäftsstelle ist bei der Präsidentin des Landtages eingerichtet.

Die Landesbeauftragte hat die Aufgabe, das Gesamtsystem der politischen Verfolgung, insbesondere die Struktur, Methoden, Wirkungsweise und Folgen während der Zeiten der sowjetischen Besatzung und der Deutschen Demokratischen Republik auf dem Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt, aufzuarbeiten und zu vermitteln.

Die Aufarbeitung der Tätigkeit des Staatssicherheitsdienstes in der DDR und der kommunistischen Diktatur ist auch in Sachsen-Anhalt nicht abgeschlossen, sondern eine bleibende Aufgabe. Folgende Fragen stellen sich weiterhin, z. B. nach der Rehabilitierung politisch Verfolgter, nach dem Umgang mit Folgeschäden durch Haft, Heimerziehung, Staatsdoping oder Zwangsadoption, nach den Spätfolgen der SED-Diktatur sowie nach den Folge-Zusammenhängen von NS- und SED-Diktatur.

Aufgabe der Landesbeauftragten ist es, über politisch motiviertes Unrecht der SED-Diktatur zu informieren und zu Anerkennung und Würdigung der Betroffenen beizutragen.

#### 2. Landesverwaltung

Beschluss der Landesregierung über den Aufbau der Landesregierung Sachsen-Anhalt und die Abgrenzung der Geschäftsbereiche vom 24. Mai 2016 (MBI. LSA S. 369), zuletzt geändert vom 20. September 2016 (MBI. LSA S. 549) - Auszug

## I. Aufbau der Landesregierung

- 1. Es werden die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur sowie die weiteren Ministerien als oberste Landesbehörden gebildet:
- a) Staatskanzlei und Ministerium für Kultur des Landes Sachsen-Anhalt,
- b) Ministerium für Inneres und Sport des Landes Sachsen-Anhalt,
- c) Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt,
- d) Ministerium der Finanzen des Landes Sachsen-Anhalt,
- e) Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration des Landes Sachsen-Anhalt,
- f) Ministerium für Bildung des Landes Sachsen-Anhalt,
- g) Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt,
- h) Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie des Landes Sachsen-Anhalt,
- i) Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt.
- 2. Die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur sowie die weiteren Ministerien haben ihren Sitz in Magdeburg.
- 3. Die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur wird vom Chef der Staatskanzlei geleitet. Er führt die Bezeichnung Staats- und Kulturminister. Die übrigen Geschäftsbereiche werden von den jeweiligen Ministern geleitet.
- 4. Der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur werden die Zuständigkeiten für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten mit der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund in Berlin und der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union in Brüssel zugeordnet.

#### II.

#### Abgrenzung der Geschäftsbereiche

Die Zuständigkeitsbereiche der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur sowie der weiteren Ministerien werden wie folgt bestimmt:

#### 1. Staatskanzlei und Ministerium für Kultur (StK)

Allgemeine Europaangelegenheiten,

Bevollmächtigter für Bundesangelegenheiten,

Bundesrats- und Bundestagsangelegenheiten,

Denkmalpflege, Denkmalschutz, Landesdenkmalbehörden,

EU-Angelegenheiten im Bundesrat, Förderungen des Europagedankens.

EU-Prüfbehörde EFRE/ESF,

Fragen der EU und der gesamteuropäischen Einigung, Gnadensachen,

Internationale Zusammenarbeit und Interregionale Kooperation,

Kommunale öffentliche Bibliotheken,

Konzeptionelle Fragen der Aus- und Fortbildung,

Koordinierung der Strategie und inhaltlichen Schwerpunktsetzung der Förderpolitik einschließlich der Programme für den Einsatz der EU-Fonds,

Kulturgutschutz/Kulturgutverluste,

Kunst- und Kulturförderung,

Landesmarketing (Koordinierung und Grundsatz),

Leitung des Landesportals einschließlich Koordinierung der E-Government-Angebote der Landesverwaltung für die Öffentlichkeit.

Medienanstalt Sachsen-Anhalt.

Medien- und Presseangelegenheiten,

Museen.

Organisation der Landesregierung,

Presse- und Informationsamt der Landesregierung,

Protokoll,

Ressortkoordinierung.

Regierungsplanung,

Staatliche Stiftungen des öffentlichen Rechts des Landes im Kulturbereich,

Stiftung Gedenkstätten des Landes Sachsen-Anhalt,

Stiftungsaufsicht über die staatlichen Stiftungen des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich,

Strategisches qualitatives Personalmanagement,

Titel, Orden, Ehrungen, bürgerschaftliches Engagement, Ehrenamt,

Traditions- und Heimatpflege,

UNESCO-Weltkulturerbestätten,

Verfassungsangelegenheiten,

Vertretung des Landes beim Bund,

Vertretung des Landes bei der EU.

#### 2. Ministerium für Inneres und Sport (MI)

Allgemeines Recht der Gefahrenabwehr.

Allgemeines Verwaltungsverfahrensrecht einschließlich Verwaltungsvollstreckungs- und Verwaltungszustellungsrecht,

Archivwesen,

Ausländer-, Asyl- und Vertriebenenwesen,

Aus- und Fortbildung einschließlich in EU-Angelegenheiten (außer konzeptionelle Fragen der Aus- und Fortbildung).

Bewachungsgewerbe,

Brand- und Katastrophenschutz,

Datenschutz,

Dienst- und Fachaufsicht über die Versorgungsstelle für die Sonderversorgung der Polizei, Feuerwehr und des Strafvollzuges,

Enteignungsrecht,

Ehe- und Altersjubiläen, öffentliche Belobigungen,

Erschließungsbeitragsrecht,

Gebietsreform, Kommunalreform (einschl. Stadt-Umland-Problematik in Abstimmung mit dem MLV),

Geheimschutz,

Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft und jüdische Friedhöfe,

Grundstücksverkehrsordnung,

Häftlingshilfegesetz,

Hoheitszeichen und Symbole,

Investitionsvorrangregelung,

Kampfmittelbeseitigung,

Kommunalangelegenheiten mit Ausnahme des kommunalen Finanzausgleichs,

Kommunalaufsicht.

Kommunale Haushalte.

Lagezentrum der Landesregierung,

Landesgrenzen,

Militärische Angelegenheiten einschließlich militärischer Luftverkehr, Zivildienst,

Offene Vermögensfragen,

Öffentliche Sicherheit und Ordnung,

Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr,

Organisation der Landesverwaltung,

Pass-, Ausweis- und Melderecht,

Polizei,

Ressortübergreifende Aufgabenkritik,

Rettungswesen,

Sammlungen, Lotterien und Glücksspiele, Spielbankaufsicht,

Sonn- und Feiertagsrecht,

Sperrzeitrecht.

Sport,

Staatsangehörigkeits-, Personenstands- und Namensrecht,

Statistik.

Stiftungen des privaten Rechts, Allgemeines Stiftungsrecht,

Vereinsrecht,

Verfassungsschutz,

Verkehrsrechtliche Grundsatzfragen des Brand- und Katastrophenschutzes,

der Polizei sowie der Streitkräfte,

Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei und Sicherheitsbehörden,

Versammlungsrecht,

Verwaltungs- und Funktionalreform,

Vollzug von Parteiverboten,

Vorschlagswesen,

Wahlen, Abstimmungen,

Waffenrecht,

Wiedergutmachung einschließlich der verwaltungsrechtlichen und beruflichen Rehabilitierung (DDR-Unrecht),

Zentrale Stelle für die Aufgabenkritik im kommunalen Bereich,

Zentrale Stelle für Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption in der Landesverwaltung,

Zivile Verteidigung.

#### 3. Ministerium für Justiz und Gleichstellung (MJ)

Angelegenheiten der Rechtsetzung (Rechtsetzung - einschließlich Verfassungsmäßigkeit, Notwendigkeit, Vollzugseignung und Rechtsfolgenabschätzung -, Rechtsvereinfachung, Rechtsbereinigung, Rechtsförmlichkeit) und Verkündungswesen<sup>1</sup> samt Amtsblattstelle (GVBI. LSA, MBI. LSA, SVBI. LSA, JMBI. LSA), Vorschrifteninformationssystem,

Europarecht,

Frauen- und Gleichstellungspolitik, Koordination innerhalb der Landesregierung,

Frauenförderung, Frauenfördergesetz,

Freiwillige Gerichtsbarkeit,

"Gender-Mainstreaming",

Gleichstellung/Gleichstellungsbeauftragte,

Gerichtsorganisation und Gerichtsverfassung,

Gerichtsverfahrensrecht und -kostenrecht,

Gnadenwesen,

Juristen- und Justizaus- und -fortbildung,

Justizverwaltungsangelegenheiten,

Justizvollzug,

Landesjustizprüfungsamt,

Lesben/Schwule/Bisexuelle/Transsexuelle/Intersexuelle (LSBTI),

Mitgliedschaft in den Richterwahlausschüssen nach Art. 95 Abs. 2 GG und § 1 Abs. 3 RiWG,

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Unbeschadet der Ausfertigungskompetenz des Präsidenten des Landtages gemäß Art. 82 Abs. 1 der Landesverfassung und der Ausfertigungs-, Gegenzeichnungs- und Verkündungskompetenzen der Mitglieder der Landesregierung gemäß Art. 82 Abs. 1 und 2 der Landesverfassung.

Notariats- und Anwaltswesen,

Ordnungswidrigkeitenrecht,

Recht der Schieds- und Schlichtungsstellen,

Rechtshilfe,

Soziale Dienste der Justiz,

Stasi-Unterlagen-Gesetz sowie Landesbeauftragte(r) für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR<sup>2</sup>,

Strafrecht, Verfassungsrecht des Bundes und des Landes, soweit Rechtsetzung und Landesverfassungsgericht,

Völkerrecht,

Zivilrecht.

#### 4. Ministerium der Finanzen (MF)

Beamtenrecht,

Beamtenversorgung,

Besoldung,

Bund-Länder-Finanzausgleich,

Bürgschaften,

E-Government in der Landesverwaltung,

Einführung, Grundsatz und Koordinierung der Kosten- und Leistungsrechnung in der Landesverwaltung,

Finanzierungshilfen, soweit nicht anderen Ressorts übertragen,

Finanzpolitik,

Führung des Ausgleichsstocks nach dem Finanzausgleichsgesetz (im Einvernehmen mit dem MI).

Grundsätze der Gebührenerhebung und des Verwaltungskostengesetzes sowie

Erlass der Allgemeinen Gebührenordnung,

Grundsätze und Methoden der Strategischen Steuerung aus finanzpolitischer Sicht,

Grundsätzliche Fragen des Verwaltungskostenrechts,

Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) des Landes Sachsen-Anhalt (IT-Steuerung, -Strategie, -Sicherheit, -Planungsrat, Multimedia, Haushalt),

Kassen-, Rechnungs- und Rechnungsprüfungswesen,

Kommunaler Finanzausgleich,

Koordinierung und Beratung Public Private Partnership (PPP),

Landeshaushalt,

Liegenschaften, Verwaltung Sondervermögen, Grundstock des Landes Sachsen-Anhalt,

Mittelfristige Finanzplanung,

Öffentliche Banken, Sparkassen und öffentlich-rechtliche Versicherungen,

Personalvermittlungsstelle,

Personalvertretungsrecht,

Planung und Umsetzung von Forschungsbauten in Abstimmung mit dem MW,

Schulden, Kreditaufnahme (sämtliche Kreditaufnahmen für das Land und seine Sondervermögen), Liquiditätsmanagement des Landes,

Staatlicher Hochbau ohne Bauordnungsrecht und Bauaufsicht (einschl. Hochschulbau und Hochschulneubau) inkl. nachgeordneter Bereich,

STARK III - Energetische und allgemeine Sanierung öffentlicher Gebäude,

Steuerberatende Berufe,

Steuerrecht und steuerliches Verfahrensrecht, ausgenommen Regelungen zu örtlichen Aufwands- und Verbrauchssteuern nach dem Kommunalabgabengesetz und Steuerfestsetzungen bei Realsteuern.

Steuerverwaltung,

Strategisches quantitatives Personalmanagement,

<sup>&</sup>lt;sup>2</sup> Zuständigkeit für die Behörde bis zum Ablauf des 31. Dezember 2016. Zum 1. Januar 2017 Wechsel der Zuständigkeit vom MJ zum Landtag (§§ 9, 12 AufarbBG LSA).

Tarifrecht,

Vermögen/Beteiligungen,

Vermögenszuordnungsverfahren nach dem Vermögenszuordnungsgesetz,

Verwaltung der Kompensationsmittel des Bundes (Hochschulbau) und Evaluierung der Kompensationszahlungen in Abstimmung mit dem MW,

Verwaltungsbehörden für die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI-Fonds) EU-VB (Strukturfonds EFRE/ESF) und VB-ELER (Investitionsfonds ELER), EU-Bescheinigungsbehörde EFRE/ESF, EU-Bescheinigende Stelle ELER.

#### 5. Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration (MS)

Ambulante medizinische Versorgung,

Apothekenwesen,

Arbeit.

Arbeitsmarktpolitik,

Arbeitsrecht.

Arbeitsschutz,

Armuts- und Reichtumsmonitoring,

Arzneimittelwesen mit Ausnahme der Tierarzneimittel (MULE),

Außerschulische Jugendbildung,

Badegewässerhygiene,

Beauftragter der Landesregierung für die Belange behinderter Menschen,

Berufliche Aus- und Weiterbildung in der Wirtschaft,

Bestattungswesen,

Bürgerschaftliches Engagement,

Demografische Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitsmarkt-, Gesundheits-, Sozial- und Familienpolitik in Abstimmung mit dem MLV,

Familienhilfe, Familienförderung,

Finanzielle Förderung der beruflichen Bildung und betrieblichen Ausbildung,

Fleischhygiene,

Freiwilligendienste,

Frühkindliche Bildung,

Gesundheitliche Belange der Gentechnologie,

Gesundheitsschutz, Gesundheitsförderung, Gesundheitsprävention,

Grundsicherung für Arbeitsuchende,

Heilberufe und Fachberufe des Gesundheitswesens, soziale Berufe,

Heimrecht (Wohn- und Teilhabegesetz) und Heimaufsicht,

Hygiene,

Integrationsbeauftragte(r) der Landesregierung,

Integration schwerbehinderter Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt,

Integration von Menschen mit Beeinträchtigungen,

Kammern für Humanheilberufe,

Kinderbeauftragte(r),

Kinder- und Jugendhilfe,

Kinder- und Jugendschutz,

Koordinierung der Fachkräftesicherung,

Koordinierung der Integrationspolitik, u. a. Sprachförderung von Zugewanderten,

Krankenhausplanung und -finanzierung,

Krebsregister.

Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge, soziales Entschädigungsrecht, Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (Soziale Ausgleichsleistungen nach Abschnitt 3), Anti-D-Hilfegesetz,

Landesbündnis für Familien,

Landesjugendamt,

Landesprogramm für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit,

Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung,

Marktüberwachung für Produkte nach dem Produktsicherheitsgesetz,

Maßregelvollzug,

Medizinprodukte,

Öffentlicher Gesundheitsdienst,

Pflegesätze und leistungsgerechte Entgelte, Pflegekosten,

Politik für Menschen mit Behinderungen,

Psychisch Kranke,

Seniorenheime, Seniorenpolitik und offene Seniorenhilfe,

Sozialhilfe,

Sozialversicherung (Kranken-, Renten-, Unfall-, Pflegeversicherungen),

Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe,

Tarifrecht (gewerbliche Wirtschaft, Handel),

Tarifregister,

Trinkwasserhygiene,

Umweltmedizin, Umwelthygiene (soweit nicht MULE zuständig),

Unterhaltsvorschuss,

Verbraucheraufklärung,

Verbraucherschutz.

Wohlfahrtspflege.

#### 6. Ministerium für Bildung (MB)

Allgemein bildendes und berufsbildendes Schulwesen,

Erwachsenenbildung.

Kirchenangelegenheiten einschließlich Religionsgemeinschaften,

Kirchliche Stiftungen,

Landeszentrale für politische Bildung,

Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung,

Schulbauförderung,

Schulbehörden,

Schulentwicklungsplanung,

Schulsozialarbeit.

Schulverwaltung,

Stiftungsaufsicht über die staatlichen Stiftungen des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich, Stiftung Schulpforta.

#### 7. Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung (MW)

Akademische Grade,

Akademisches Studien- und Prüfungswesen,

Antragsverfahren zu Forschungsbauten in Abstimmung mit dem MF,

Aufstiegsfortbildungsförderung,

Ausbildungsförderung,

Außenwirtschaft, Absatzförderung,

Bergrechtliche Belange bei Endlagern für radioaktive Abfälle,

Bergverwaltung einschließlich bergbaulicher Sanierung,

Blaue Liste Institut für Wirtschaftsforschung in Halle und ähnliche Einrichtungen,

Börse.

Clusterpolitik, Förderung von Clustern und Clusterinitiativen unter Beteiligung

der jeweils betroffenen Ministerien,

Digitalisierung,

EG-Binnenmarkt,

Eichwesen,

Entwicklungszusammenarbeit,

Existenzgründung,

Förderung der wirtschaftsnahen Forschung und Entwicklung,

Forschungsförderung,

Frau und Wirtschaft,

Freie Berufe, Dienstleistungen,

Geologie und Bodenkunde,

Handel einschließlich Ladenschlussrecht,

Handwerk.

Hochschulen,

Hochschulzugang,

Hochschulzulassung,

Industrieansiedlung, -betreuung,

Innovationspolitik,

Kammern.

Koordinierung der Forschungsförderung,

Marktüberwachung nach EVPG und EnVKG,

Materialprüfung,

Messewesen.

Mittelstandsförderung,

Öffentliches Auftragswesen,

Öffentlich-rechtliche Landesstiftungen in der Wissenschaft,

Post und Telekommunikation,

Preisrecht,

Private Banken,

Qualitätssicherung,

Rohstoffsicherung, -vorsorge,

Standortmarketing,

Stiftungsaufsicht über die staatlichen Stiftungen des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich,

Studentenwerke.

Studentenwohnraumförderung,

Technologiepolitik,

Technologietransfer,

Tourismus,

Umweltfragen der Wirtschaft,

Unternehmenssicherung,

Universitätskliniken,

Verbesserung der Breitbandversorgung in Sachsen-Anhalt,

Verkehrsfragen der Wirtschaft,

Versicherungsaufsicht,

Verwaltung der Kompensationsmittel des Bundes (Großgeräte) und Evaluierung der Kompensationszahlungen in Abstimmung mit dem MF,

Wettbewerbsrecht, Landeskartellbehörde,

Wirtschaftsförderung,

Wirtschaftspolitik,

Wirtschafts-, Gewerbe- und Handwerksrecht,

Wissenschaftliche Bibliotheken,

Wissenschaftliche Forschungseinrichtungen.

#### 8. Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie (MULE)

Abfallbeseitigung.

Abfallvermeidung,

Abfallverwertung,

Abwasserbeseitigung,

Agenda 21,

Agrarpolitik,

Agrarangelegenheiten,

Altlasten,

Anlagensicherheit,

Arten- und Biotopschutz,

Berufliche Aus- und Weiterbildung (Agrar- und Hauswirtschaft, Forstwirtschaft),

Bewirtschaftung der Gewässer,

Bodenschutz,

Bodennutzung und Bodenkultur,

Chemikalien- und Produktsicherheit (außer Arbeitsschutz),

Domänen, Liegenschaften der Landwirtschafts-, Forst- und Naturschutzverwaltung (soweit nicht MF),

Dorferneuerung,

Eingriffsregelung nach Naturschutzgesetz,

Emissionsschutz.

Energieaufsicht und Energieregulierung,

Energieeinsparung,

Energiepolitik,

Energiewirtschaft,

Energiewirtschaftsrecht,

Ernährungsvorsorge, -sicherstellung,

Erneuerbare Energien,

Europäischer Fischereifonds,

EU-Zahlstelle Agrarfonds (ELER, EGFL),

Fischwirtschaft,

Flurneuordnung, Bodenordnung,

Forstpolitik,

Forstliche Angelegenheiten,

Förderung des ländlichen Raumes,

Frauenpolitik im ländlichen Raum,

Freistellung nach dem Gesetz zur Beseitigung von Hemmnissen bei der Privatisierung von Unternehmen und der Förderung von Investitionen,

Freiwilliges ökologisches Jahr.

Futtermittelangelegenheiten,

Gartenbau, Landschaftsbau,

Genressourcen.

Gentechnik/-sicherheit (außer Arbeitsschutz),

Gewässeraufsicht,

Gewässerkundlicher Landesdienst,

Gewässerunterhaltung,

Gewässer- und Grundwasserschutz,

Großschutzgebiete,

Grundsätze der Umweltverträglichkeitsprüfung,

Hochwasserschutz/Überschwemmungsgebiete,

Holzverwertung,

Immissionsschutz,

Jagdwesen,

Kernenergie und Strahlenschutz,

Kleingartenwesen,

Klimaschutz,

Kreislaufwirtschaft,

Landesenergieagentur.

Landesregulierungsbehörde für Elektrizität und Gas,

Landes- und Bundesgartenschauen,

Landwirtschaftsförderung,

Landwirtschaftliches Beratungswesen,

Landschaftsplanung und -entwicklung,

Marktordnungsmaßnahmen,

Marktpolitik,

Marktordnungen,

Marktstrukturpolitik,

Nachhaltige Entwicklung,

Nachwachsende Rohstoffe.

Naturschutz und Landschaftspflege,

Nukleare Entsorgung,

Pflanzliche Erzeugung und Agrarökologie, Pflanzenschutz,

Privat- und Körperschaftswald,

Produktverarbeitung,

Regionale ländliche Entwicklung,

Ressortbezogene Maßnahmen sowie landesweite Koordinierung in Zusammenarbeit mit den betroffenen Ressorts zu Klimaschutz und Klimawandel.

Schutzgebiete des Naturschutzes,

Stiftungsaufsicht über die staatlichen Stiftungen des öffentlichen Rechts im Geschäftsbereich,

Tierarzneimittelwesen,

Tierärztliche Berufs- und Approbationsangelegenheiten,

Tierhaltung,

Tierische Erzeugung und Vermarktung, Fischerei,

Tierschutz.

Tierseuchenbekämpfung,

Tierzucht,

Umgang mit wassergefährdenden Stoffen,

Umweltangelegenheiten,

Umweltbelange der Rekultivierung ehemaliger Bergbaugebiete,

Umwelterziehung, Umweltaus- und -fortbildung,

Umweltpolitische Gesamtplanung,

Vertragsnaturschutz,

Veterinärangelegenheiten,

Waldökologie,

Waldschutz,

Wasserbau,

Wasserrecht.

Wasserschutzgebiete,

Wasserwirtschaftliche Planung, Wasserbuch,

Wasserversorgung,

Weinbau,

Zuständige Behörde für die EU-Zahlstelle ELER und EGFL.

#### 9. Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr (MLV)

Bauordnungsrecht,

Bauordnungsrecht und Bauaufsicht zum staatlichen Hochbau,

Bauplanungsrecht,

Bautechnik,

Demografische Entwicklung,

Europäische Raumordnung,

Förderung des kommunalen Straßenbaus, Straßenbaufinanzierung,

Geodateninfrastruktur/Geoinformationswesen,

Gewerblicher Güterkraftverkehr.

Häfen und Schifffahrt,

Kombinierter Ladungsverkehr (einschl. GVZ),

Luftverkehr und Wetterdienst,

Nachhaltige Raumentwicklung,

Öffentlicher Personenverkehr,

Ordnung des Straßenverkehrs,

Raumordnung, Landesentwicklungsplanung, Grundlagen der Regionalplanung,

Raumordnungskataster, landesplanerische Abstimmung von Einzelprojekten,

Regionalisierung der Strukturpolitik, soweit nicht MW zuständig, im Sinne der Raumordnung und Verknüpfung mit der Landesplanung,

Schienenverkehr (einschl. Regionalisierung des Schienenpersonennahverkehrs),

Städtebau,

Städtebauförderung,

Städtebaulicher Denkmalschutz,

Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen in Stadt und Land,

Stadt-Umland-Problematik hinsichtlich raumordnerischer Belange in Abstimmung mit dem MI,

Straßenplanung und -bau,

Straßenrecht,

Straßenunterhaltung und -betrieb, Straßenverkehrstechnik,

Verkehrspolitik, -planung und -forschung,

Verkehrssicherheit,

Vermessungs- und Katasterwesen,

Wohngeld,

Wohnungsbauförderung,

Wohnungs- und Mietrecht,

Wohnungsfürsorge für Landesbedienstete,

Wohnungswirtschaft,

Wohnungswirtschaftliches Informationssystem.



## Organisationsplan der Landesregierung

Staatskanzlei und Ministerium für Kultur	Ministerium für Inneres und Sport	Ministerium für Justiz und Gleichstellung	Ministerium der Finanzen	Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration	Ministerium für Bildung	Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung	Ministerium für Umwelt, Landwirt- schaft und Energie	Ministerium für Landes- entwicklung und Verkehr
Abteilung 1	Abteilung 1	Abteilung 1	Abteilung 1	Abteilung 1	Abteilung 1	Abteilung 1	Abteilung 1	Abteilung 1
Verwaltung, Organisation	Zentrale Angelegenheiten und Personal- management	Personal-, Haushalts- und Organisations- angelegenheiten, Informations- und Kommunikations-	Allgemeine Angelegenheiten, Dienst- und Tarif- recht	Service	Allgemeine und übergreifende Angelegenheiten	Zentrale Dienste, Digitale Strategie und Breitbandver- sorgung	Zentralabteilung	Allgemeine Angelegenheiten
Abteilung 2	Abteilung 2	technik	Abteilung 2	Abteilung 2	Abteilung 2	Abteilung 2	Abteilung 2	Abteilung 2
Ressort- koordinierung, Planung und föderale Angelegen- heiten	Öffentliche Sicherheit und Ordnung	Abteilung 2  Zivilrecht und Öffentliches Recht	Haushaltsabteilung	Gesundheit und Verbraucherschutz	Schulaufsicht der allgemein- und berufsbildenden Schulen	Innovation, Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft	Naturschutz, Wasserwirtschaft	Städtebau und Bauaufsicht, Landesentwicklung
Abteilung 3	Abteilung 3	Abteilung 3	Abteilung 3	Abteilung 3	Abteilung 3	Abteilung 3	Abteilung 3	Abteilung 3
Presse- und Informationsamt der Landesregierung	Kommunal- und Hoheitsangelegen- heiten, Migration und Sport	Justizvollzug, Infrastruktur- angelegenheiten	Vermögens- und wirtschaftspolitische Angelegenheiten	Soziales und Arbeitsschutz	Ressourcen, Rahmen- bedingungen, Unterstützungs- systeme	Wirtschaftspolitik, Industrie, Tourismus und Bergbau	Energie, Klimaschutz, Nachhaltigkeit	Verkehr und Straßenbau
Abteilung 4	Abteilung 4	Abteilung 4	Abteilung 4	Abteilung 4		Abteilung 4	Abteilung 4	Abteilung 4
Internationale Zusammenarbeit, EU-Angelegen-	Verfassungsschutz	Strafrecht, Sozialer Dienst der Justiz, Justizielle Opferhilfe,	Steuern	Familie und Jugend		Hochschulen, Wissenschaft und Forschung	Technischer Umwelt- schutz, Bodenschutz	Geoinformation und Demografie
heiten, Protokoll, Medienpolitik		Innerer Dienst, Aus- und Fortbildung					Abteilung 5	
Abteilung 5			Abteilung 5	Abteilung 5			Forsten, Zahlstelle für EGFL und ELER	
Vertretung des Landes			Informations- und Kommunikations-	Arbeit und Integration			Abteilung 6	
Sachsen-Anhalt beim Bund			technologie (IKT) des Landes Sachsen-Anhalt				Ländlicher Raum und Agrarpolitik	
Abteilung 6					•		Abteilung 7	
Kultur, Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt							Landwirtschaft, Gen- technik, Agrarmär- kte, Veterinärwesen	

#### 2.1 Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Von der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur werden hauptsächlich folgende Aufgaben wahrgenommen:

- · Organisation der Landesregierung,
- Strategisches qualitatives Personalmanagement,
- Ressortkoordinierung,
- Regierungsplanung und Grundsatzfragen,
- Kabinetts- und Landtagsangelegenheiten,
- Bundesrats- und Bundestagsangelegenheiten,
- Ministerpräsidentenkonferenzen,
- · Bürgerschaftliches Engagement,
- · Verfassungsrecht, Gnadensachen,
- · Presse- und Informationsamt der Landesregierung,
- Landesmarketing,
- Rundfunkrecht, Medienrecht, Presserecht,
- Protokoll, Orden, Ehrungen,
- · Allgemeine Europaangelegenheiten,
- Internationale Zusammenarbeit,
- Europa- und medienpolitische Kommunikation,
- Museen,
- Denkmalpflege, Denkmalschutz, Landesdenkmalbehörden,
- Kommunale öffentliche Bibliotheken,
- Kulturgutschutz / Kulturgutverluste,
- Kunst- und Kulturförderung,
- UNESCO-Weltkulturerbestätten,
- Staatliche Stiftungen des öffentlichen Rechts des Landes im Kulturbereich,
- Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt,
- Traditions- und Heimatpflege,
- EU-Prüfbehörde EFRE/ESF,
- · Vertretung des Landes beim Bund,
- Vertretung des Landes bei der Europäischen Union.

Die Arbeit der **Vertretung des Landes bei der Europäischen Union** in Brüssel (Referat 42 der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur) ist ausgerichtet auf:

- Aufbau und Unterhaltung enger Kontakte zu Vertretern der Europäischen Institutionen und weiteren in Brüssel ansässigen Organisationen und Einrichtungen,
- Information der Landesregierung und anderer öffentlicher Stellen über Maßnahmen, Programme und sich abzeichnende Entwicklungen,
- Unterstützung bei der Akquisition von Fördermitteln,
- Vertretung der Interessen des Landes gegenüber der EU-Kommission und anderen EU-Institutionen und
- Werbung für Sachsen-Anhalt.

Die **Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund** in Berlin (Abteilung 5 der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur) nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Vorbereitung der Regierungsentscheidungen Sachsen-Anhalts im Bundesrat,
- Werbung für Unterstützung der Initiativen der Landesregierung des Landes Sachsen-Anhalt,
- Pflege der Verbindungen zu allen wichtigen Bundesorganen (insbesondere Bundestag, Bundesrat und Bundesregierung) und Interessenvertretungen und
- Durchführung von Veranstaltungen als Botschaft und Schaufenster des Landes Sachsen-Anhalt in der Bundeshauptstadt.

Zum Geschäftsbereich der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur gehört in der unmittelbaren Landesverwaltung folgende Behörde:

#### Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie (Landesmuseum für Vorgeschichte).

Das Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie (Landesmuseum für Vorgeschichte) (LDA) ist das Denkmalfachamt. Das LDA ist zuständig für die Betreuung des Bestandes an Kulturdenkmalen im Land auf der Grundlage des Denkmalschutzgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt. Dies beinhaltet den Schutz, den Erhalt, die Pflege und die wissenschaftliche Erforschung und Dokumentation der Kulturdenkmale einschließlich ihrer Umgebung und die Sammlung, Erfassung, Bewahrung und Präsentation von archäologischen Kulturdenkmalen im Landesmuseum für Vorgeschichte sowie die Vermittlung und Veröffentlichung der wissenschaftlichen Ergebnisse zur Förderung des Verständnisses der Öffentlichkeit für die Belange von Denkmalschutz, Denkmalpflege und Archäologie.

Der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur obliegt die Fachaufsicht über Aufgaben, die in den Referaten 303 und 304 des Landesverwaltungsamtes wahrgenommen werden:

#### Referat 303 - Kultur, Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken

- Zuwendungen für Maßnahmen der Kulturförderung,
- Dokumentationsstelle Bildendende Kunst,
- Schutz von Kulturgut,
- Landesfachstelle für öffentliche Bibliotheken,
- Bescheinigung zur Befreiung von der Umsatzsteuer nach § 4 Nr. 20 Buchstabe a Satz 2 Umsatzsteuergesetz;

#### Referat 304 - Denkmalschutz, UNESCO-Weltkulturerbe

- Obere Denkmalschutzbehörde, Fachaufsicht über die unteren Denkmalschutzbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte sowie Widerspruchsbehörde,
- Denkmalrechtliche Genehmigungen und Zustimmungen,
- Schutz von Kulturgut nach Haager Konventionen,
- UNESCO-Welterbestätten.

Zum Geschäftsbereich der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur gehört in der mittelbaren Landesverwaltung folgende Anstalt des öffentlichen Rechts:

#### • Medienanstalt des Landes Sachsen-Anhalt.

Die Medienanstalt Sachsen-Anhalt ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Halle (Saale). Die Staatskanzlei und Ministerium für Kultur übt gemäß § 54 des Mediengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt die Rechtsaufsicht über die Medienanstalt Sachsen-Anhalt aus.

Wesentliche Aufgaben der Medienanstalt Sachsen-Anhalt sind:

- Zulassung privater Rundfunkveranstalter,
- Rechtsaufsicht über private Rundfunkveranstalter und private Anbieter von Telemedien,
- Ausübung der Aufsicht hinsichtlich bestimmter medienrechtlich relevanter Bereiche des
- Verbraucherschutzes.
- Entscheidungen im Zusammenhang mit der Verbreitung und Weiterverbreitung von Rundfunkprogrammen und vergleichbaren Telemedien in Kabelanlagen und auf Plattformen,
- Zuweisung von terrestrischen Übertragungskapazitäten an Rundfunkveranstalter,
- Förderung der Digitalisierung des Rundfunks,

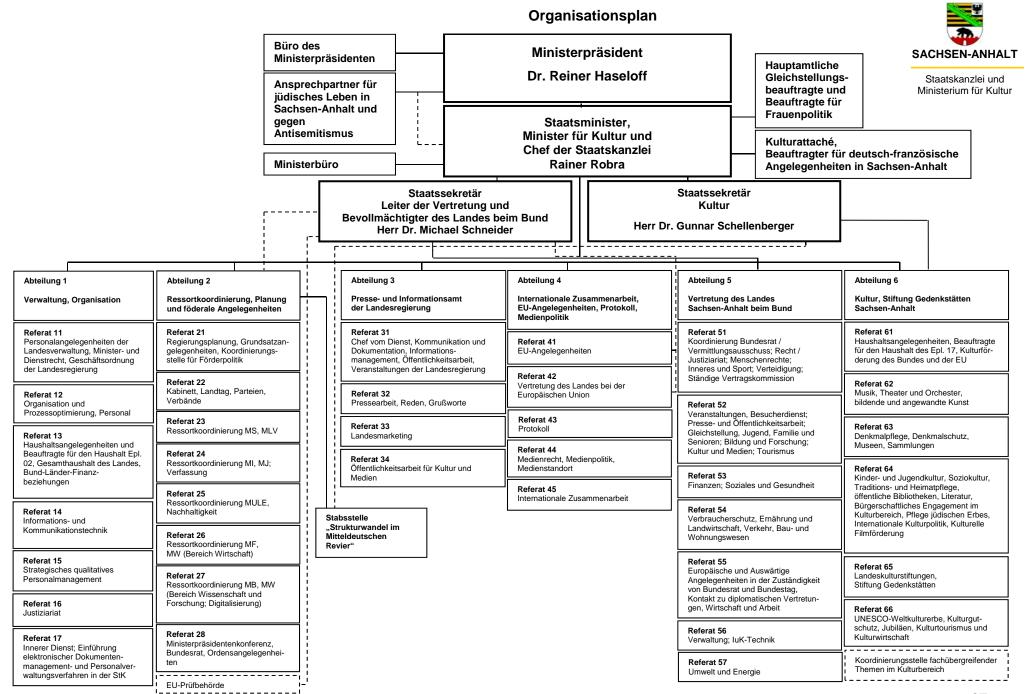
- Förderung des Medienstandorts Sachsen-Anhalt,
- Förderung von Bürgermedien,
- Unterstützung von Forschungsvorhaben auf dem Gebiet des Rundfunks,
- Unterstützung medienpädagogischer Maßnahmen und sonstiger Maßnahmen zur Förderung der Medienkompetenz, des Jugendmedienschutzes und des Medienstandorts Sachsen-Anhalt,
- Zusammenarbeit mit den Medienanstalten der Länder hinsichtlich länderübergreifender Aufgaben der Medienanstalten,
- Öffentlichkeitsarbeit und
- Behandlung von Programmbeschwerden.

Der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur obliegt die Stiftungsaufsicht über folgende staatliche Stiftungen des öffentlichen Rechts:

- Vereinigte Domstifter zu Merseburg und Naumburg und des Kollegiatstifts Zeitz,
- Stiftung Bauhaus Dessau,
- Kulturstiftung Dessau-Wörlitz,
- Franckesche Stiftungen,
- Stiftung Luthergedenkstätten in Sachsen-Anhalt,
- Kloster Bergesche Stiftung,
- Stiftung Kloster Unser Lieben Frauen,
- Kunststiftung des Landes Sachsen-Anhalt,
- Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt,
- Kulturstiftung Sachsen-Anhalt

mit der treuhänderischen Verwaltung der nicht rechtsfähigen Stiftungen

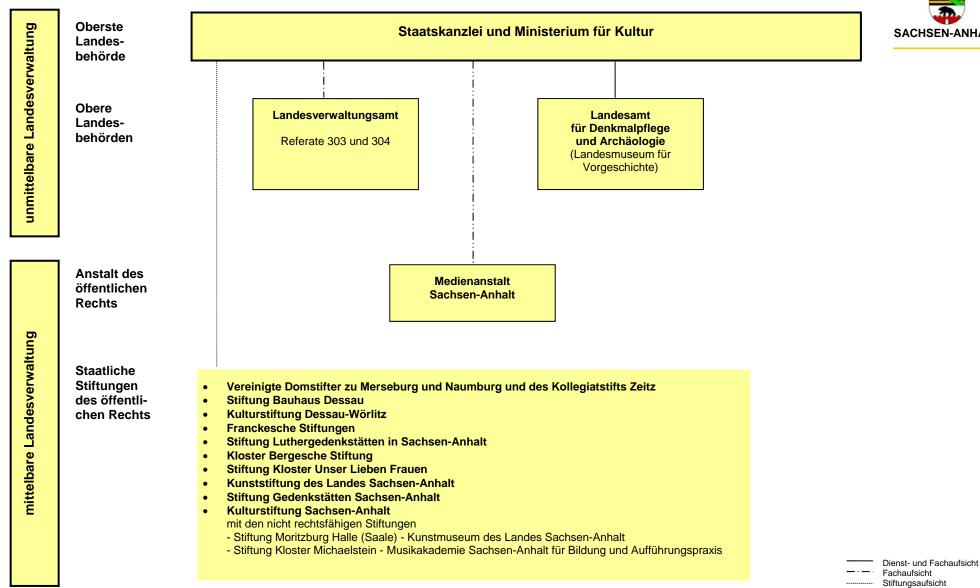
- Stiftung Kloster Michaelstein Musikakademie Sachsen-Anhalt für Bildung und Aufführungspraxis,
- Stiftung Moritzburg Halle (Saale) Kunstmuseum des Landes Sachsen-Anhalt.



#### Organisationsübersicht für den Geschäftsbereich



Rechtsaufsicht



# Organisationsplan Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie (Landesmuseum für Vorgeschichte)



Staatskanzlei und Ministerium für Kultur **Direktor** Landesarchäologe Öffentlichkeitsarbeit Stellvertreterin des Direktors Landeskonservatorin Abteilung 1 Abteilung 2 Abteilung 3 Abteilung 4 Abteilung 5 Bau- und Kunst-Übergreifende Verwaltung Boden-Landesmuseum denkmalpflege **Fachdienste** denkmalpflege Referat 41 Referat 51 Referat 11 Referat 21 Referat 31 Haushalt, Archive, Landesweite Querschnitts-Denkmalkunde aufgaben, Öffent-Beschaffung Sammlungen Aufgaben lichkeitsarbeit, Ausstellungsmanagement Referat 12 **Gebietsreferat 22** Referat 32 **Gebietsreferat 42** Referat 52 Personal-Nord Bibliothek, Nord angelegenheiten, Redaktion, Dauer-Organisation, Foto, Grafik, ausstellungen Controlling Kartografie Referat 13 **Gebietsreferat 43** Referat 53 **Gebietsreferat 23** Referat 33 Technische Mitte Ost Landesaufnahme, Sonderausstellungen Dienste IT, GIS Referat 54 **Gebietsreferat 24** Gebietsreferat 44 Süd Süd Archäologische Restaurierung / Archäochemie Referat 45 Dokumentation, Prospektion, Grabungstechnik

#### 2.2 Ministerium für Inneres und Sport

Vom Ministerium für Inneres und Sport werden hauptsächlich folgende Aufgaben bzw. Zuständigkeiten wahrgenommen:

#### • Allgemeine Angelegenheiten

- Aus- und Fortbildung einschließlich in EU-Angelegenheiten,
- Organisation der Landesverwaltung,
- Ressortübergreifende Aufgabenkritik,
- Verwaltungs- und Funktionalreform,
- Vorschlagswesen;

#### • Angelegenheiten der öffentlichen Sicherheit und Ordnung

- Allgemeines Recht der Gefahrenabwehr,
- Aufnahme von unterbringungsbedürftigen Ausländern,
- Bewachungsgewerbe,
- Brand- und Katastrophenschutz,
- Dienst- und Fachaufsicht über die Versorgungsstelle für die Sonderversorgung der Polizei,
   Feuerwehr und des Strafvollzuges,
- Kampfmittelbeseitigung,
- Lagezentrum der Landesregierung,
- Öffentliche Sicherheit und Ordnung,
- Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr,
- Polizei,
- Sammlungen, Lotterien und Glücksspiele, Spielbankenaufsicht,
- Sperrzeitrecht,
- Verkehrsrechtliche Grundsatzfragen des Brand- und Katastrophenschutzes, der Polizei sowie der Streitkräfte,
- Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei und Sicherheitsbehörden,
- Versammlungsrecht,
- Vollzug von Parteiverboten,
- Waffenrecht,
- Zentrale Stelle für Maßnahmen zur Bekämpfung der Korruption in der Landesverwaltung;

#### • Kommunalangelegenheiten, Wahlen, Statistik

- Allgemeines Kommunalrecht einschließlich Kommunalaufsicht; Bürgerbegehren, Bürgerentscheide, innere Kommunalverfassung,
- Erschließungsbeitragsrecht,
- Investitionsvorrangregelung,
- Kommunale Haushalte; Rechnungsprüfungswesen, Doppik, kommunale Unternehmen und kommunale Beteiligungen,
- Statistik,
- Wahlen, Abstimmungen,
- Zentrale Stelle für die Aufgabenkritik im kommunalen Bereich,
- Kommunales EU-Recht (EU-Beihilfenrecht, EU-Dienstleistungsrecht, EU-Vergaberecht),
- Gebietsreform (einschl. Stadt-Umland-Problematik in Abstimmung mit dem MLV),
- Kommunalangelegenheiten mit Ausnahme des kommunalen Finanzausgleichs;

#### • Verwaltungs- und Hoheitsangelegenheiten

- Allgemeines Verwaltungsverfahrensrecht einschließlich Verwaltungsvollstreckungs- und Verwaltungszustellungsrecht,
- Archivwesen,
- Ausländer-, Asyl- und Vertriebenenwesen,
- Datenschutz, Informationszugangsrecht,
- Ehe- und Altersjubiläen, öffentliche Belobigungen,
- Enteignungsrecht,
- Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft und j\u00fcdische Friedh\u00f6fe,
- Grundstücksverkehrsordnung,
- Häftlingshilfegesetz,
- Hoheitszeichen und Symbole des Landes,
- Integration von Zugewanderten,
- Landesgrenzen,
- Militärische Angelegenheiten einschließlich militärischer Luftverkehr,
- Offene Vermögensfragen,
- Pass-, Ausweis- und Melderecht,
- Rettungswesen,
- Sonn- und Feiertagsrecht,
- Sport,
- Staatsangehörigkeits-, Personenstands- und Namensrecht,
- Stiftungen des privaten Rechts, Allgemeines Stiftungsrecht,
- Vereinsrecht,

- Wiedergutmachung einschließlich der verwaltungsrechtlichen und beruflichen Rehabilitierung (DDR-Unrecht),
- Zivile Verteidigung;

#### Angelegenheiten des Verfassungsschutzes

- Verfassungsschutz,
- Geheimschutz.

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Sport gehören in der unmittelbaren Landesverwaltung folgende Behörden und Einrichtungen:

- Landesverwaltungsamt (Karte 2.2.1),
- Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber des Landes Sachsen-Anhalt,
- Landesarchiv Sachsen-Anhalt (Karte 2.2.2),
- Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt,
- Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt (Karte 2.2.3),
- Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge,
- Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt (Karte 2.2.4),
- 5 Polizeiinspektionen (Karte 2.2.4)
   mit 14 Polizeirevieren und 14 Revierkommissariaten, einem Wasserschutzpolizeirevier und 5
   Wasserschutzpolizeistationen,
- Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt (Karte 2.2.4).

#### Aufgabenbeschreibungen der Behörden und Einrichtungen

#### Landesverwaltungsamt

Im Verwaltungsaufbau des Landes Sachsen-Anhalt steht das Landesverwaltungsamt (LVwA) als allgemeine obere Landesbehörde an der Schnittstelle zwischen den obersten und den unteren Landesbehörden sowie den Landkreisen und kreisfreien Städten.

Zu den Aufgaben des LVwA gehört es, zwischen den teilweise gegensätzlichen Zielen der fachlich gegliederten obersten Landesbehörden und den Behörden der Ortsstufe zu vermitteln. Diese Funktion des LVwA zeigt sich nicht nur darin, dass es spezielle Aufgaben ausführt. Der Aufgabenbestand dieser Behörde wird vielmehr von den fachlichen Zuständigkeiten aller obersten Landesbehörden erfasst.

Die fachliche Spezialisierung der obersten Landesbehörden birgt das Risiko, dass der staatliche Verwaltungsvollzug in untereinander beziehungslose Systeme differenzierter Zuständigkeiten zerfällt. Dies fängt das LVwA auf.

Auf Grund der Aufgabenvielfalt verkörpert das LVwA das Prinzip der Einheit der Verwaltung. Es erreicht eine einheitliche Aufgabenerfüllung, in dem sachlich verwandte Aufgaben aufeinander abgestimmt und miteinander verknüpft werden. Komplexe Sachverhalte können abschließend geprüft und entschieden werden. Die obersten Landesbehörden werden von einzelfallbezogenen Verwaltungstätigkeiten befreit. Die Ministerien können sich vorrangig auf ihre Leitungsaufgaben konzentrieren. Die untere Verwaltungsebene wird zudem von schwierigen Genehmigungsverfahren mit überörtlichem Bezug entlastet. Dies ist die Bündelungsfunktion des LVwA.

Das LVwA stellt einen einheitlichen Verwaltungsvollzug in den ihm nachgeordneten Verwaltungsbehörden sicher.

Auf Grund seiner Stellung ist das LVwA auch eine wichtige Rechtsschutz- und Aufsichtsinstanz. Als Widerspruchsbehörde ermöglicht es den Bürgerinnen und Bürgern die Überprüfung von Verwaltungsentscheidungen vor Anrufung der Verwaltungsgerichte, Sozialgerichte oder Zivilgerichte und trägt zur Entlastung der Justiz bei.

Als Kommunalaufsichtsbehörde über die Landkreise und kreisfreien Städte leistet das LVwA im Wege der Rechtsaufsicht einen wichtigen Beitrag zur Sicherung der kommunalen Selbstverwaltung und trägt durch die Fachaufsicht im übertragenen Wirkungskreis zur Förderung des Zusammenhalts der öffentlichen Verwaltung insgesamt bei.

Nach § 14 Abs. 3 des Gesetzes über die Organisation der Landesverwaltung Sachsen-Anhalt (OrgG LSA) vom 27. Oktober 2015 führt das für Kommunalaufsicht zuständige Ministerium die Dienstaufsicht über das LVwA, soweit nicht nach Maßgabe eines Gesetzes eine besondere Zuständigkeit einer anderen obersten Landesbehörde besteht.

Werden nach § 15 Abs. 3 OrgG LSA in einer Landesbehörde oder Einrichtung des Landes Aufgaben aus den Geschäftsbereichen mehrerer oberster Landesbehörden wahrgenommen, führen die jeweils fachlich zuständigen obersten Landesbehörden insoweit die Fachaufsicht.

Die wesentlichen Fachaufgaben der Referate des LVwA sind jeweils bei dem Ministerium dargestellt, das die Fachaufsicht wahrnimmt. Der Organisationsplan des LVwA enthält eine Gesamtübersicht der zuständigen Fachaufsichtsbehörden (siehe Seite 47). Dem Ministerium für Inneres und Sport obliegt die Fachaufsicht über Aufgaben, die in der Abteilung 1 sowie in den Referaten 201, 202, 204, 205, 206, 207 und 302 des Landesverwaltungsamtes wahrgenommen werden:

#### Abteilung 1 - Zentraler Service

#### Referat 101 - Haushalt, Fördermittelmanagement

- Beauftragte(r) f
  ür den Haushalt,
- Finanzplanung, -controlling,
- Anwendungsbetreuung und Koordinierung des Haushaltsbewirtschaftungsprogramms (HAMISSA),
- Rechnungsprüfungsangelegenheiten des Landesrechnungshofes, Bundesrechnungshofes und der EU-Prüfbehörden,
- Fördermittelmanagement,
- Verwaltungskosten;

#### Referat 102 - Organisation, Informationstechnik

- Organisationsangelegenheiten,
- Verwaltungsreform,
- Innere Ordnungen,
- Arbeitszeit, Arbeitszeitregelungen,
- Stellenangelegenheiten,
- Dienstposten- und Arbeitsplatzbewertungen,
- Organisatorische Angelegenheiten der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber und der Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten,
- Controlling,
- e-Government,
- Zentrale Vordruckstelle des Landes Sachsen-Anhalt,
- Informationstechnik;

#### Referat 103 - Innerer Dienst

- Beschaffungswesen,
- Liegenschaftsmanagement,
- Vertrags- und Qualitätsmanagement,
- Geschäftsbedarf und Bürokommunikation,
- Fachliteratur,
- Reisekostenmanagement,

- Zentrale Dienste,
- Dienstkraftfahrzeuge, Fahrdienst,
- Dienstausweise, Dienstsiegel, Dienststempel,
- Amtsblatt, Bekanntmachungen,
- Arbeitsschutz, Arbeitssicherheit,
- Sozialangelegenheiten;

#### Referat 104 - Personaleinsatz, Personalbetreuung

- Personalangelegenheiten,
- Personalhaushalt, Statistik,
- Angelegenheiten des Beamten- und Tarifrechts,
- Personalangelegenheiten der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber und der Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten;

#### Referat 105 - Personalentwicklung, Aus- und Fortbildung

- Personalentwicklung,
- Gesundheitsmanagement,
- Ausbildung,
- Fortbildung,
- Landesvormerkstelle (§ 10 Soldatenversorgungsgesetz),
- Nachausbildungsoffensive;

#### Referat 106 - Justiziariat, Stiftungen

- Rechtsangelegenheiten,
- Widerspruchs-, Gerichts- und Rechtsanwaltskosten,
- Enteignung,
- Entschädigungsfestsetzung außerhalb förmlicher Enteignungsverfahren,
- Sachleistungsrecht,
- Leitungs- und Anlagenrechtsbescheinigungen,
- Stiftungen des privaten Rechts,
- Wirtschaftliche Vereine (§ 22 Bürgerliches Gesetzbuch),
- Verfahren nach dem Informationszugangsgesetz (IZG LSA),
- Bestellung gesetzlicher Vertreter unbekannter Grundstückseigentümer nach
   Art. 233 § 2 Abs. 3 Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuche,
- Zuständigkeit für Entscheidung über Ersuchen der Übermittlung von Sozialdaten (§ 68 Abs. 2 SGB X);

#### Referat 201 - Gefahrenabwehr, Hoheitsangelegenheiten, Sport (teilweise)

- Allgemeines Recht der Gefahrenabwehr,
- Bewachungsgewerbe,
- Externe Alarm- und Gefahrenabwehrpläne,
- Kampfmittelbeseitigung,
- Öffentliche Sicherheit und Ordnung,
- Ordnungswidrigkeiten,
- Sammlungen, Lotterien und Glücksspiele,
- Sperrzeitrecht,
- Vereinsrecht,
- Versammlungsrecht,
- Waffen- und Sprengstoffrecht,
- Staats- und Hoheitsangelegenheiten,
- Sonn- und Feiertagsrecht,
- Gräber der Opfer von Krieg und Gewaltherrschaft,
- Zuwendungen an Opferverbände,
- Sportförderung, Sportstättenförderung,
- Umsetzung des mit dem Landessportbund Sachsen-Anhalt e.V. abgeschlossenen Geschäftsbesorgungsvertrages zum Betrieb der Sportinternate und Mensen;

#### Referat 202 - Brand- und Katastrophenschutz, militärische Angelegenheiten, Rettungswesen

- Vorbeugender Brandschutz,
- Abwehrender Brandschutz.
- Katastrophenschutz,
- Zivile Verteidigung,
- Militärische Angelegenheiten,
- Krisenmanagement-Basis (K-Basis),
- Rettungswesen,
- Luftrettungsdienstbehörde;

#### Referat 204 - Ausländerangelegenheiten, Koordinierung Erstaufnahme

- Angelegenheiten der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber nebst Landesaufnahmeeinrichtungen,
- Koordinierung Zuleitung BAMF-Ankunftszentrum,
- Aufnahmegesetz einschließlich Aufnahmegesetzdurchführungsverordnung (soweit nicht Referat 207 zuständig),
- Ausländerrecht;

# Referat 205 - Zentrales Rückkehrmanagement

- zentrale Rückführungsstelle für das Land Sachsen-Anhalt,
- freiwillige Rückkehr;

# Referat 206 - Kommunalrecht, Kommunale Wirtschaft und Finanzen

- Kommunale Verfassung und Verwaltung,
- Allgemeine Kommunalaufsicht,
- Öffentliches Dienstrecht im kommunalen Bereich,
- Kommunale Finanzen,
- Kommunale Wirtschaft,
- Zweckverbände, Anstalten, Aufsicht im Umweltbereich,
- Konsolidierung Aufgabenträger Abwasserbeseitigung;

# Referat 207 - Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen, 2. SED-UnBerG, Integration, Bildung, Ausbildungsförderung (teilweise)

- Aussiedlerangelegenheiten,
- Integration von Migranten,
- Angelegenheiten nach dem Aufnahmegesetz,
- Angelegenheiten nach dem Asylbewerberleistungsgesetz,
- Aufnahme jüdischer Zuwanderer,
- 2. SED-Unrechtsbereinigungsgesetz,
- Vertriebenenangelegenheiten,
- Angelegenheiten des Häftlingshilfegesetzes,
- BAföG,
- Fachaufsicht über die Ämter zur Regelung offener Vermögensfragen bei der Durchführung des Vermögensgesetzes, des Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetzes und des DDR-Entschädigungserfüllungsgesetzes,
- Widerspruchsverfahren nach dem Vermögensgesetz, Entschädigungs- und Ausgleichsleistungsgesetz sowie DDR-Entschädigungserfüllungsgesetz,
- Unternehmensrestitution nach dem Vermögensgesetz,
- Singularrestitution nach dem Vermögensgesetz,
- Entschädigung nach dem DDR-Entschädigungserfüllungsgesetz in Bezug auf Grundvermögen,
- Rückgabe beweglicher Sachen nach dem Ausgleichsleistungsgesetz,
- Hilfswertberechnung,
- Erteilung von Anmeldeauskünften für Immobilien nach dem Vermögensgesetz,

- Fachaufsicht über die Landkreise und kreisfreien Städte und Widerspruchsbehörde bei der Durchführung der Grundstücksverkehrsordnung,
- Entschädigung im Unternehmensbereich und in Bezug auf Grundvermögen sowie sonstige Vermögenswerte nach dem Entschädigungsgesetz,
- Ausgleichsleistung im Unternehmensbereich und in Bezug auf Grundvermögen sowie sonstige Vermögenswerte nach dem Ausgleichsleistungsgesetz,
- Entschädigung im Unternehmensbereich nach dem DDR-Entschädigungserfüllungsgesetz,
- Festsetzung und Realisierung von Forderungen und Verpflichtungen des Entschädigungsfonds,
- Grundsatzangelegenheiten im Bereich der Unternehmensentschädigung;

# Referat 302 - ESF-Förderung (teilweise)

- Richtlinien / Programme des Ministeriums für Inneres und Sport.

# Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber des Landes Sachsen-Anhalt

Die dem Landesverwaltungsamt nachgeordnete Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber des Landes Sachsen-Anhalt (ZASt) ist die Erstaufnahmeeinrichtung und Verteilungsstelle des Landes Sachsen-Anhalt für die Unterbringung schutzsuchender Ausländerinnen und Ausländer nach dem Asylgesetz (AsylG) und unerlaubt eingereister Ausländerinnen und Ausländer nach § 15a Aufenthaltsgesetz (AufenthG) und Bestandteil des mit dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, dem Landkreis Harz und der Bundesanstalt für Arbeit betriebenen Ankunftszentrums. Die Unterbringung erfolgt in der Hauptstelle der ZASt in Halberstadt und den unselbständigen Nebenstellen, Landesaufnahmeeinrichtungen Magdeburg und Bernburg mit einer Gesamtunterbringungskapazität (brutto) von gut 1.900 Plätzen (Stand April 2019). Die in der ZASt tätigen Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter stehen als Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner in sozialen und rechtlichen Fragen zur Verfügung und können gegebenenfalls an spezielle Beratungs- und Betreuungseinrichtungen weiterverweisen.

# **Landesarchiv Sachsen-Anhalt**

Dem Landesarchiv Sachsen-Anhalt (LASA) obliegt nach dem Archivgesetz Sachsen-Anhalt die systematische Ermittlung und Bewertung, die sichere Aufbewahrung und dauerhafte substantielle Erhaltung, die Ordnung und Erschließung, die Bereitstellung für die Nutzung sowie die Auswertung der in seinem Zuständigkeitsbereich sowie bei den Rechts- und Funktionsvorgängern des Landes entstandenen archivwürdigen Unterlagen (Urkunden und Amtsbücher, Akten, Karten und Pläne, Fotos und Filme, digitale Unterlagen).

Als Dienstleister für Öffentlichkeit, Forschung und Verwaltung sichert das LASA mit der Archivierung und Nutzbarmachung dieses Kulturgutes aus mehr als zwölf Jahrhunderten die historische Tradition des Landes.

Die Behörden, Gerichte und sonstigen öffentlichen Stellen des Landes bieten dem LASA regelmäßig alle Unterlagen, die sie zur Erfüllung ihrer Aufgaben nicht mehr benötigen, zur Übernahme an.

Das LASA wählt durch Bewertung nach archivfachlichen und rechtlichen Kriterien die archivwürdigen Unterlagen (Landesarchivgut) aus. Durch die Onlinestellung umfassender Informationen über das Archivgut (www.landesarchiv.sachsen-anhalt.de/recherche) wird die Benutzung dieses Archivgutes erleichtert.

Archivgut wird vom LASA durch fachgerechte Lagerung auf Dauer sicher verwahrt, bei Bedarf durch Konservierung oder Restaurierung gesichert und damit auch seine zukünftige Zugänglichkeit gewährleistet.

Für alle Bürgerinnen und Bürger wird die Nutzung des Archivgutes durch persönliche Einsichtnahme in den Lesesälen des LASA oder durch Auskunftserteilung sichergestellt.

#### Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt

Das Statistische Landesamt Sachsen-Anhalt (StaLA) hat seinen Sitz in Halle (Saale). Als obere Landesbehörde erfüllt es die sich aus Gesetz, Verordnung oder Vereinbarung verbindlich ergebenden Verpflichtungen zur Durchführung von EU-, Bundes- und Landesstatistiken. Daneben nimmt das StaLA als Informationsdienstleister für alle Ressortbereiche und den Landtag sowie für Wissenschaft, Wirtschaft und die Öffentlichkeit unter Nutzung seiner fachlichen Kompetenz eine Reihe von vielfältigen Aufgaben wahr. Die Themen der amtlichen Statistik umfassen inzwischen fast die ganze Breite der sozialen und gesellschaftlichen Verhältnisse in ihren vielschichtigen Zusammenhängen.

Mittels Sammlung, Aufbereitung, Darstellung und Analyse des Datenmaterials erfüllt das StaLA die Aufgabe als Informationsbehörde. Grundsätze, wie Neutralität, Objektivität und wissenschaftliche Unabhängigkeit, sind dabei wichtige Maßstäbe. Gleichzeitig ist der Datenschutz ein wichtiges Gebot, dessen Einhaltung gesetzlichen Bestimmungen und besonderen Rechtsvorschriften unterliegt.

Zu den Aufgaben des StaLA zählen insbesondere:

- die Erhebung, Aufbereitung, Auswertung und Veröffentlichung von EU-, Bundes- und Landesstatistiken, Geschäftsstatistiken,
- die Vornahme von Analysen, Prognosen und Modellrechnungen auf der Grundlage statistischer Daten in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Bundesamt und den statistischen Ämtern der Länder.
- die Präsentation der Wahlergebnisse staatlicher und kommunaler Wahlen und die Durchführung der repräsentativen Wahlstatistiken,
- die Mitwirkung bei der Erstellung spezieller Berichte der Landesregierung (z. B. Armuts- und Reichtumsbericht, Gesundheitsbericht),
- die Erstellung von Gutachten auf dem Gebiet der amtlichen Statistik und sonstige statistische Arbeiten.
- die Führung eines statistischen Informationssystems (u. a. Forschungsdatenzentrum der Statistischen Landesämter) und
- die länderübergreifende, arbeitsteilige Statistikproduktion (z. B. Zentrale Produktions- und Datenhaltung).

# Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt

Das Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt (AFI-LSA) mit Sitz in Blankenburg und Außenstellen in Benneckenstein und Thale ist eine ressortübergreifende Einrichtung für die Aus-, Fort- und Weiterbildung des Landespersonals.

Die wesentliche Aufgabe des AFI-LSA ist die Konzeption, Organisation und Umsetzung des berufsbegleitenden Lernens aller Landesbediensteten unter Berücksichtigung der aktuellen Erfordernisse der Landesverwaltung sowie den Kompetenzen und Bedürfnissen der Bediensteten.

Daneben ist das AFI-LSA insbesondere verantwortlich für:

- die Ausbildung und Prüfung der Beamtinnen und Beamten der Laufbahn des allgemeinen Justizvollzugsdienstes, Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt, einschließlich der Anwärterinnen und Anwärter für die Abschiebesicherungseinrichtung,
- die theoretische Einführungszeit der Beamtinnen und Beamten im Aufstieg in die Laufbahn des allgemeinen Verwaltungsdienstes Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt,
- die Durchführung der Beschäftigtenlehrgänge I einschließlich der Prüfung,

- die Durchführung der Beschäftigtenlehrgänge II einschließlich der Prüfung zur Verwaltungsfachwirt nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG) und
- die Durchführung der besonderen Verwaltungskurse für die Laufbahn des vermessungstechnischen Dienstes, Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt sowie für Landwirte, Umwelttechniker und Bauingenieure in der Laufbahngruppe 2, 1. und 2. Einstiegsamt der Länder Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Zum AFI-LSA gehört zudem die zuständige Stelle nach § 73 BBiG, in deren Zuständigkeit die Ausbildung in den Berufen Verwaltungsfachangestellte / Verwaltungsfachangestellter, Kauffrau / Kaufmann für Büromanagement und Fachangestellte / Fachangestellter für Medien- und Informationsdienste erfolgt.

# Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge

Das Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge (IBK) ist die zentrale Aus- und Fortbildungseinrichtung des Landes auf dem Gebiet des Brand- und Katastrophenschutzes einschließlich der Zivilen Verteidigung. Hier werden die Führungskräfte der Freiwilligen Feuerwehren (Gruppenführer, Zugführer, Verbandsführer) und der überwiegende Teil der Funktionsträger der Katastrophenschutzbehörden aus- und fortgebildet. Darüber hinaus erfolgt die Aus- und Fortbildung aller Angehörigen mit Spezialfunktionen der Feuerwehren und des Katastrophenschutzes.

Das Institut der Feuerwehr Sachsen-Anhalt (IdF) ist eine Forschungseinrichtung auf dem Gebiet der Brandschutzforschung. Es ist seit dem 1. Januar 2014 als Abteilung Forschung - Institut der Feuerwehr - integraler Bestandteil des IBK. Die Forschungsschwerpunkte liegen im Bereich des abwehrenden Brandschutzes und der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr. Hier werden insbesondere Brand- und Löschversuche, Prüfungen und Untersuchungen von Feuerwehr-Einsatzbekleidung und -technik sowie Versuche zur Wirkung von Gefahrstoffen und Löschmitteln einschließlich mathematischer Simulationen durchgeführt sowie Gutachten zu Gefährdungsszenarien erstellt.

Die Tätigkeit der Abteilung ist fester Bestandteil der IMK-Forschung und damit ein wichtiger Beitrag des Landes zu der von Bund und Ländern gemeinsam getragenen neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung.

Des Weiteren wird der seit 2003 von der Hochschule Magdeburg-Stendal (FH) und der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg angebotene Studiengang "Sicherheit und Gefahrenabwehr (SGA)" fachlich unterstützt.

Wichtige Erkenntnisse für den Brand- und Katastrophenschutz fließen überdies unmittelbar in die Aus- und Fortbildung am Institut sowie in die Arbeit des Landeskriminalamtes ein.

# Struktur der Landespolizei

Die Landespolizei ist seit 1. Januar 2019 in sechs Polizeibehörden

- Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt,
- Polizeiinspektion Zentrale Dienste Sachsen-Anhalt,
- Polizeiinspektion Dessau-Roßlau,
- Polizeiinspektion Halle (Saale),
- Polizeiinspektion Magdeburg und
- Polizeiinspektion Stendal

sowie die Polizeieinrichtung

Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt

gegliedert.

# Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt

Das Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt (LKA) ist Zentralstelle des Landes für die Kriminalitätsbekämpfung. Es nimmt kriminalpolizeiliche Aufgaben auf Landesebene wahr und führt Ermittlungen in schwierigen oder besonders gelagerten kriminalpolizeilichen Einzelfällen von überregionaler Bedeutung durch.

### Polizeiinspektion Zentrale Dienste Sachsen-Anhalt

Die Polizeiinspektion Zentrale Dienste Sachsen-Anhalt (PI ZD) ist eine leistungsfähige und moderne zentrale Versorgungs- und Serviceeinheit für die Polizei des Landes Sachsen-Anhalt, in der landesweit zentralisierbare Aufgaben der Polizeiverwaltung und des Polizeivollzuges gebündelt werden. Zudem ist sie Dienstleister für die Polizeibehörden und die Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt hinsichtlich Technik, Logistik, Führungs- und Einsatzmittel und Informationstechnik.

Folgende landesweit zuständige Organisationseinheiten bzw. Aufgabenbereiche wurden unter anderem in dieser Behörde integriert:

- Landespolizeiorchester,
- Landesbereitschaftspolizei Sachsen-Anhalt mit ihren Einsatzeinheiten,
- Wasserschutzpolizeirevier mit Wasserschutzpolizeistationen,
- Diensthundführerschule,
- Kampfmittelbeseitigungsdienst,
- Zentrale Bußgeldstelle und
- Polizeiärztliches Zentrum / ärztlicher Gutachterdienst der Landesverwaltung.

# Polizeiinspektionen Dessau-Roßlau, Halle (Saale), Magdeburg und Stendal

Die vier Polizeiinspektionen (PI) nehmen in ihren Bezirken alle polizeilichen Aufgaben wahr - mit Ausnahme der Aufgaben, die nach § 79 Abs. 1 des Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA) oder auf Grund einer Verordnung nach § 80 SOG LSA einer anderen Polizeibehörde übertragen sind.

Die Polizeiinspektionen gliedern sich wie folgt:

- Direktor der Polizeiinspektion (Dir. PI),
- Führungsstab (FüSt),
- Stabsbereich Verwaltung,
- Zentraler Kriminaldienst (ZKD),
- Zentraler Einsatzdienst (ZED),
- Zentraler Verkehrs- und Autobahndienst (ZVAD) und
- Polizeireviere (PRev).

# **Polizeireviere**

Polizeireviere (PRev) sind Dienststellen der Polizeiinspektionen, denen alle polizeilichen Aufgaben obliegen, soweit sie nicht anderen Organisationseinheiten der Polizeidirektionen oder anderen Behörden oder Einrichtungen übertragen worden sind. Die PRev sind die polizeilichen Ansprechpartner der Landkreise und Gebietskörperschaften, insbesondere in allen Fragen der Gefahrenabwehr, der Verhütung von Straftaten, des Katastrophenschutzes und des Straßenverkehrs.

# Ein PRev gliedert sich in:

- Leiter Polizeirevier (LPRev),
- Zentrale Aufgaben (ZA),
- Reviereinsatzdienst (RED),
- Revierkriminaldienst (RKD) und
- Revierverwaltungsdienst (RVerwD).

Darüber hinaus sind den PRev nach polizeitaktischem Bedarf Revierkommissariate (RK) mit Rundum-die-Uhr-Dienst nachgeordnet.

### Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt

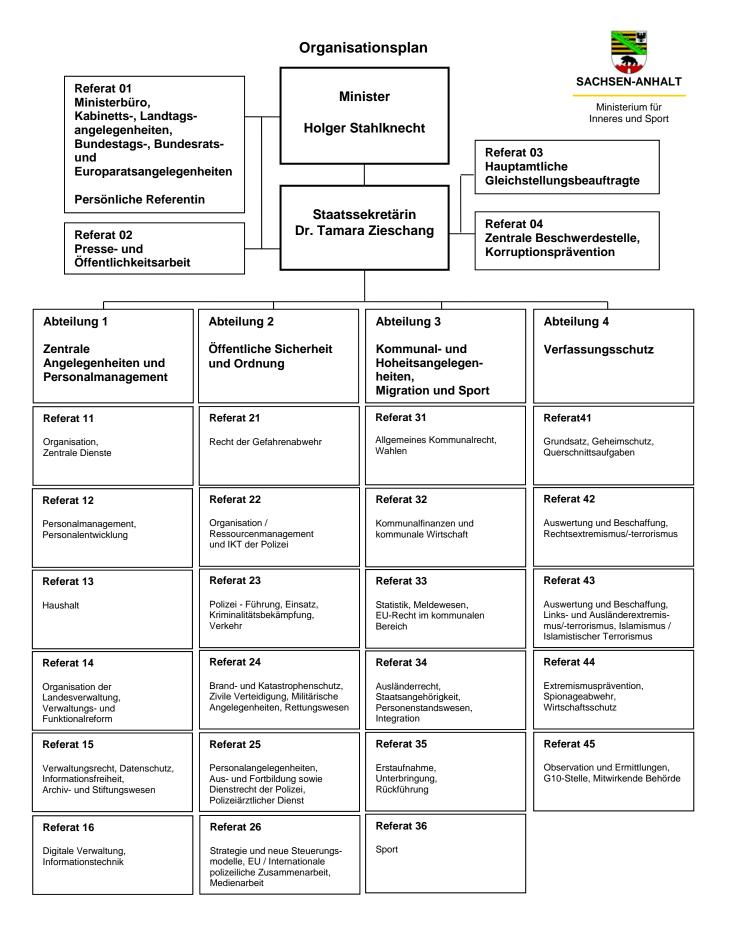
Die Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt (FH Pol) ist die zentrale Einrichtung des Landes zur Durchführung des kompetenzorientierten Bachelor-Studienganges und zur Aus- und Fortbildung des Polizeivollzugsdienstes, soweit diese nicht einer anderen Polizeieinrichtung übertragen ist.

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Inneres und Sport gehört in der mittelbaren Landesverwaltung folgende Anstalt des öffentlichen Rechts:

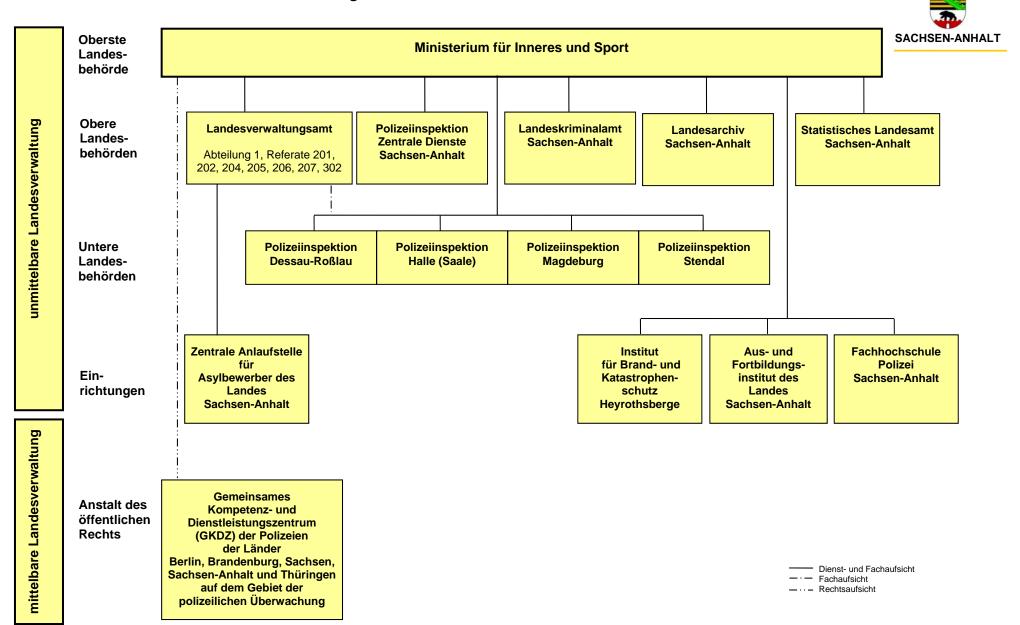
 Gemeinsames Kompetenz- und Dienstleistungszentrum der Polizeien der Länder Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen auf dem Gebiet der polizeilichen Überwachung.

Die Länder Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben auf dem Gebiet der polizeilichen Überwachung ein Gemeinsames Kompetenz- und Dienstleistungszentrum (GKDZ) zum 28. Dezember 2017 errichtet. Die Anstalt öffentlichen Rechts trägt den Namen "Gemeinsames Kompetenz- und Dienstleistungszentrum (GKDZ) der Polizeien der Länder Berlin, Brandenburg, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen". Die Anstalt hat ihren Sitz in Leipzig und unterhält einen zweiten Standort in Dresden.

Die Anstalt öffentlichen Rechts dient dem Zweck, die Trägerländer länderübergreifend insbesondere im Wege der Auftragsverarbeitung mit für die Telekommunikationsüberwachung spezifischen IT-Leistungen zu unterstützen. Hierzu werden Daten aus der polizeilichen Telefonüberwachung entgegengenommen und aufbereitet.



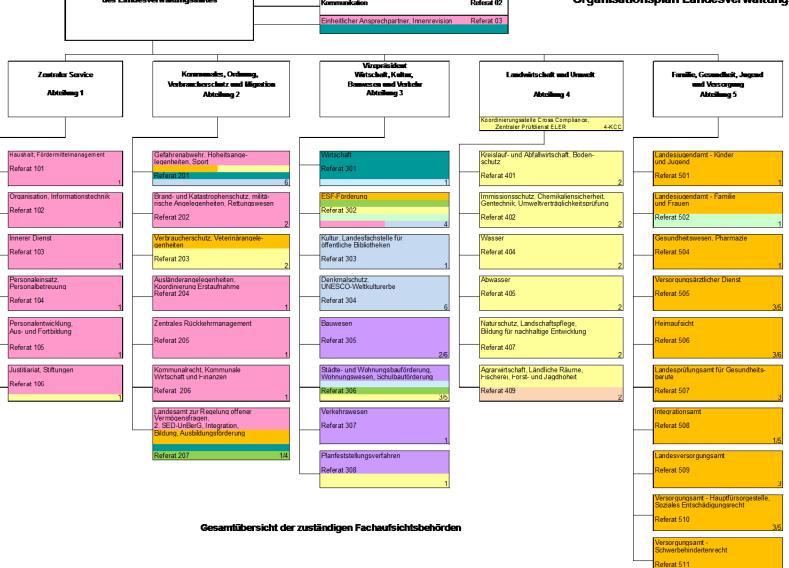
# Organisationsübersicht für den Geschäftsbereich





#### Organisationsplan Landesverwaltungsamt





#### Legende Liegenschaften

- Liegenschaft
- Hamotsitz Emst-Kamieth-Straße 2 06112 Halle
- Dienstgebände Halle Dessauer Straße 70 06118 Halle
- Dienstoebände Halle Maxim-Gorki-Straße 7 06114 Halle
- Nebenstelle Dessau Kühnaner Straße 161 06846 Dessau-Roßlau
- Nebenstelle Magdeburg Olvenstedter Straße 1 2 39108 Magdeburg
- Nebenstelle Magdeburg Hakebomer Straße 1 39112 Magdeburg

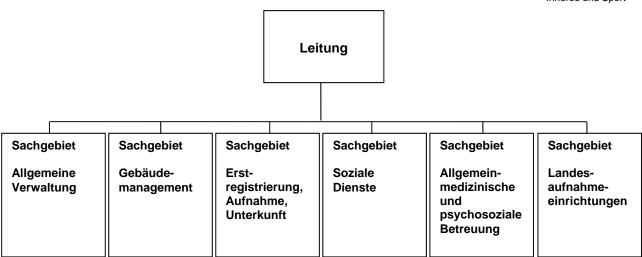
Legende Fachanfsicht					
	StK				
	MI				
	MF				
	MS				
	МВ				
	MW				

MULE

# Organisationsplan Zentrale Anlaufstelle für Asylbewerber des Landes Sachsen-Anhalt

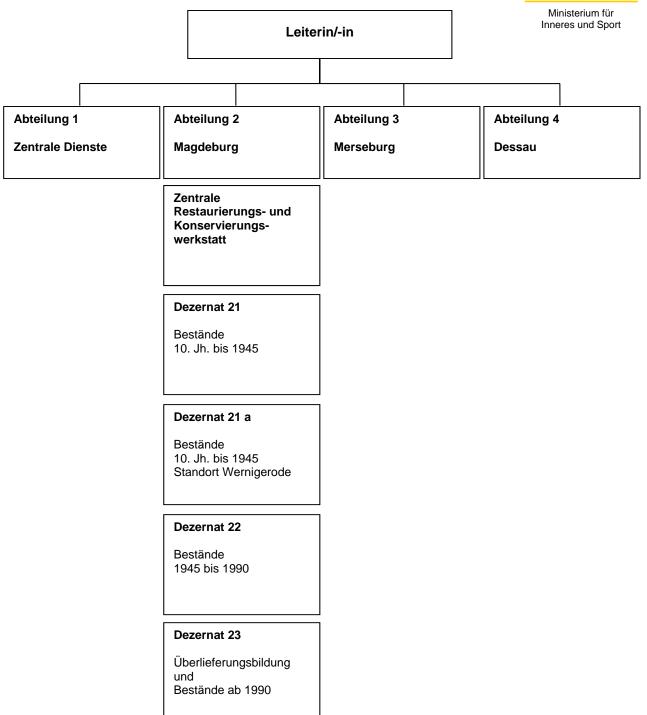


Ministerium für Inneres und Sport



# Organisationsplan Landesarchiv Sachsen-Anhalt

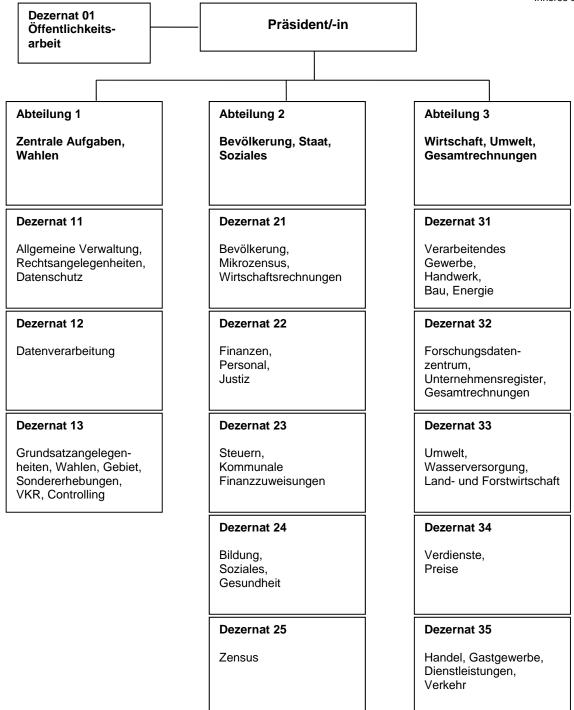




# Organisationsplan Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt



Ministerium für Inneres und Sport



# Organisationsplan Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt



Ministerium für Inneres und Sport

# Leitung

Fachbereich 1

Verwaltung

Fachbereich 2

Aus- und Weiterbildung, Zuständige Stelle nach BBiG Fachbereich 3

Fortbildung / Veranstaltungsmanagement

### Allgemeine Verwaltung

Geschäftsstelle, Organisation, Personal, Haushalt, KLR, Trennungsgeld / Reisekosten / Honorare, EDV-Angelegenheiten, Bau- und Liegenschaftsangelegenheiten

# Bewirtschaftung

Gebäude, Außenanlagen, Küche, Wäsche, Hausdienste

# Ausbildung

Dozenteneinsatz, Eignungsauswahl, Evaluation / Statistik, Ausbildung der VfA, Ausbildung Justizvollzugsdienst Abschiebesicherungseinrichtung

### Weiterbildung

Beschäftigtenlehrgänge I und II, besondere Fachrichtungen

# Zuständige Stelle nach BBiG

VfA, BüroMKf, FaMiD, Prüfungswesen

# **Fortbildung**

Dozentengewinnung, Fortbildungskonzeption MI, MJ (Vollzug), Evaluation, Statistik, Fortbildungsorganisation und -abrechnung, Veranstaltungsmanagement

# Organisationsplan Institut für Brand- und Katastrophenschutz Heyrothsberge



Ministerium für

		Direktor/-in		Ministerium für Inneres und Sport
Abteilung	Abteilung	Abteilung	Abteilung	Abteilung
Verwaltung	Lehrgangs- und Seminar- organisation	Aus- und Fortbildung 1 Führung im Brand- und Katastrophen- schutz	Aus- und Fortbildung 2 Einsatz und Technik	Forschung - Institut der Feuerwehr -
Personal / Beschaffung / Organisation	Lehrgangs- management	Rechtsgrund- lagen / Vorbeugender Brandschutz	Technische Hilfeleistung / Brand- bekämpfung	Physik des Brand- und Löschprozesses
Haushalt / Kassenwesen	Zentrale Dienste	Führung KatS	ABC Gefahrenabwehr	Chemie der Gefahrenabwehr
Liegenschafts- wesen / Innerer Dienst / IuK-Technik		Führung Brand- schutz	SRHT / Jugendfeuer- wehr / verhaltens- orientierte Aus- und Fortbildung	

#### Leitungsstab Stabsbereich 1 Stabsbereich 2 Stabsbereich 3 Grundsatz/ Lage- und Polizeiliche Informations-Kriminal-Gremien zentrum (LIZ) / prävention / Zentrale Infor-Polizeiliche Kriminalstatistik mation / (PKS) Internationale Rechtshilfe Abteilung 1 Abteilung 2 Verwaltung

# **Organisationsplan** Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt

Direktor/-in des Landeskriminalamtes



Ministerium für Inneres und Sport

Dezernat 11

Personal / Recht

Dezernat 12

Haushalt / Innerer Dienst

Kriminalwissenschaft / Kriminaltechnik / Erkennungsdienst

Dezernat 21

Biologie

Dezernat 22

Klassische Kriminaltechnik

Dezernat 23

Erkennungsdienst / Daktyloskopie / DNA-Analyse-Datei

Dezernat 24

Chemie

Dezernat 25

Tatortgruppe (TOG) / Unkonventionelle Sprengund Brandvorrichtungen (USBV)-Gruppe

Abteilung 3

Einsatz- und Ermittlungsunterstützung / Spezialeinheiten (SE)

Dezernat 31

Spezialkräfte (SK) / Einsatzunterstützung / Koordinierungsstelle (KoSt) für SE/SK

Dezernat 32

Spezialeinsatzkommando (SEK)

Dezernat 33

Mobile Einsatzkommandos (MEK)

Abteilung 4

Auswertung / Ermittlungen / Verdeckte Ermittlungen

Pressestelle

Führungsgruppe / Analyse und strategische Auswertung / PIAV Qualitätssicherung

Dezernat 41

Organisierte Kriminalität

Dezernat 42

Wirtschaftskriminalität

Dezernat 43

Verdeckte Ermittlungen/ Zeugenschutz

Dezernat 44

Zentralstelle zur Bekämpfung der Korruption/ Umweltkriminalität

Abteilung 5

Polizeilicher Staatsschutz

Dezernat 51

Analyse und phänomenübergreifende strategische Auswertung / Zentrale Auskunftsstelle / Gemeinsames Informations- und Abwehrzentrum (GIAZ)

Dezernat 52

Politisch motivierte Kriminalität (PMK)-links / nicht phänomengebundene **PMK** 

Dezernat 53

PMK rechts

Dezernat 54

PMK-religiöse und ausländische Ideologie

Dezernat 55

Gefährdungssachbearbeitung / Personenschutz Abteilung 6

Cybercrime **Competence Center** (4C)

Dezernat 61

Digitale Forensik

Dezernat 62

Telekommunikationsüberwachung (TKÜ) / Technische Einsatzgruppe (TEG)

Dezernat 63

Ermittlungen Cybercrime / Kinder- und Jugendpornografie (AKS Kipo)

# Organisationsplan Polizeiinspektion Zentrale Dienste Sachsen-Anhalt



Ministerium für Inneres und Sport

Direktor/-in der Polizeiinspektion

Beauftragte

Stufenpersonalrat

# Zentrale Aufgaben

# Dezernat 01

Grundsatz, Controlling, Ansprechpartner gleichgeschlechtl. Lebensweisen, Arbeitssicherheit

Dezernat 02

Lage- und Informationszentrum (LIZ) Dezernat 03

Öffentlichkeitsarbeit / Pressestelle / Landesstelle für polizeiliche Medienarbeit Polizeiärztliches Zentrum / Ärztlicher Gutachterdienst der Landesverwaltung

# Abteilung 1

#### **Zentrale Serviceeinheit Verwaltung**

#### Dezernat 11

Recht

#### Dezernat 12

Haushalt / Beschaffung

#### Dezernat 13

Organisation / Zentrale Dienste

#### Dezernat 14

Personal

# Abteilung 2

Landesbereitschaftspolizei

#### Bereitschaftspolizei

#### FüSt

- 1. BFHu
- 2. EHu
- 3. EHu
- 4. EHu

TEE LPP

#### Polizeihubschrauberstaffel

Wasserschutzpolizeirevier

Diensthundführerschule

### Abteilung 3

Technik

#### Dezernat 31

Produktmanagement / Fachverfahren

#### Dezernat 32

Spezialinfrastruktur / Netzbetrieb

#### Dezernat 33

Autorisierte Stelle Digitalfunk BOS

#### Dezernat 34

Richtfunk- und Videotechnik / Vorhaltende Stelle Digitalfunk BOS

#### Dezernat 35

Zentrales Kfz- u. FEM-Servicecenter

#### Dezernat 36

Dezentraler Vor-Ort-Service für IKT, FEM und Kfz-Aufgaben

#### Dezernat 37

Informationssicherheit

# Abteilung 4

Zentrale Sonderdienste

#### Dezernat 41

Kampfmittelbeseitigungsdienst

#### Dezernat 42

Landesstelle für polizeiliche Verkehrssicherheitsarbeit

#### Dezernat 43

Landespolizeiorchester

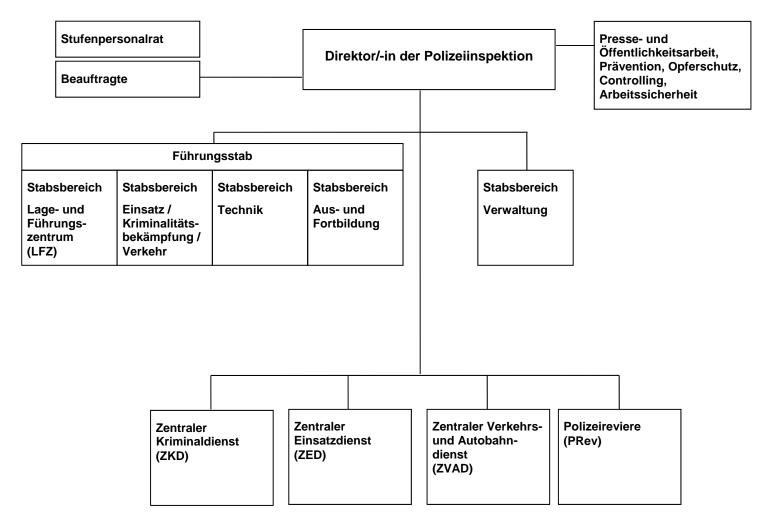
#### Dezernat 44

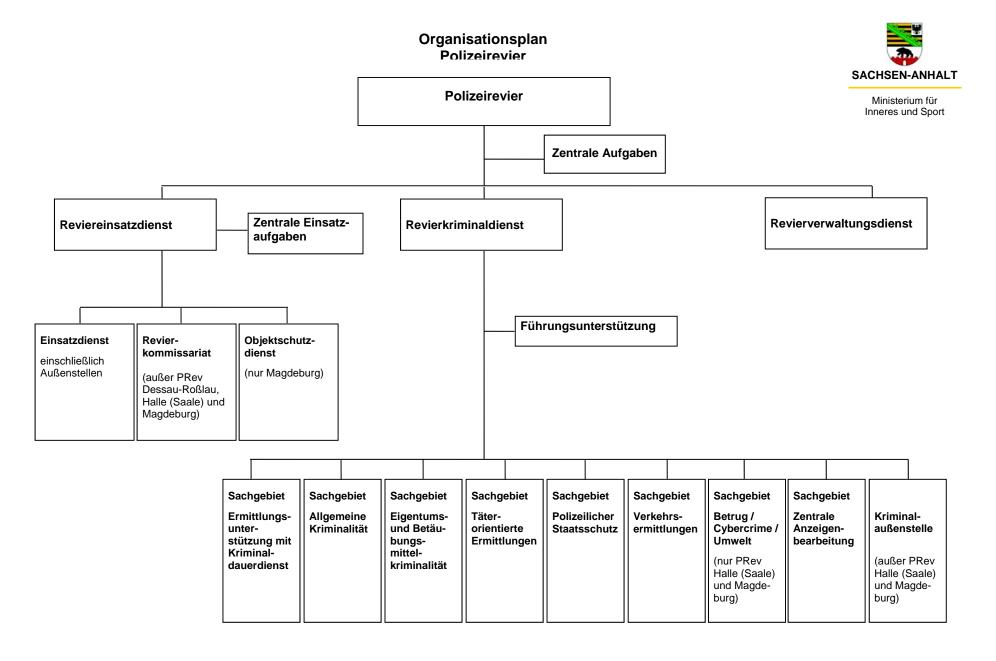
Zentrale Bußgeldstelle

# Organisationsplan Polizeiinspektionen Dessau-Roßlau, Halle (Saale), Magdeburg und Stendal



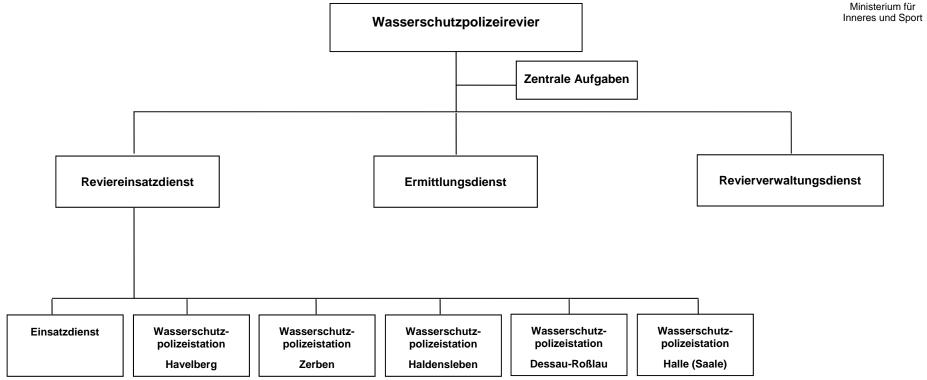
Ministerium für Inneres und Sport



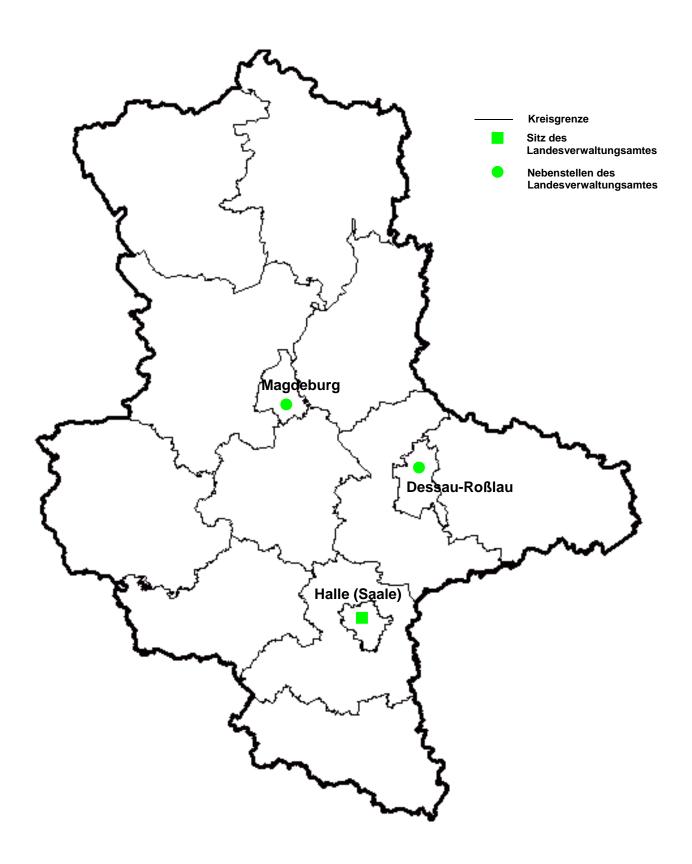


# Organisationsplan Wasserschutzpolizeirevier

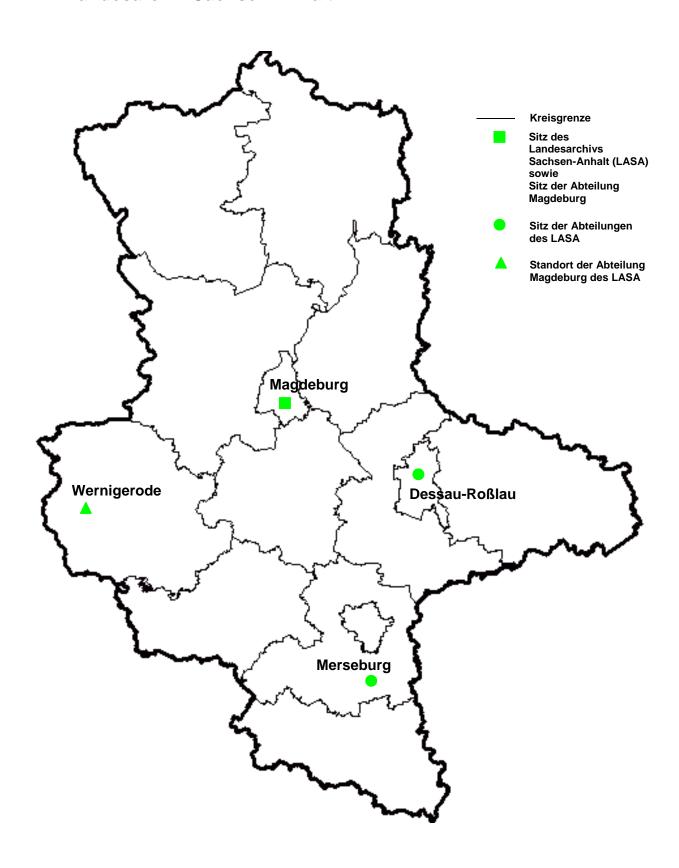




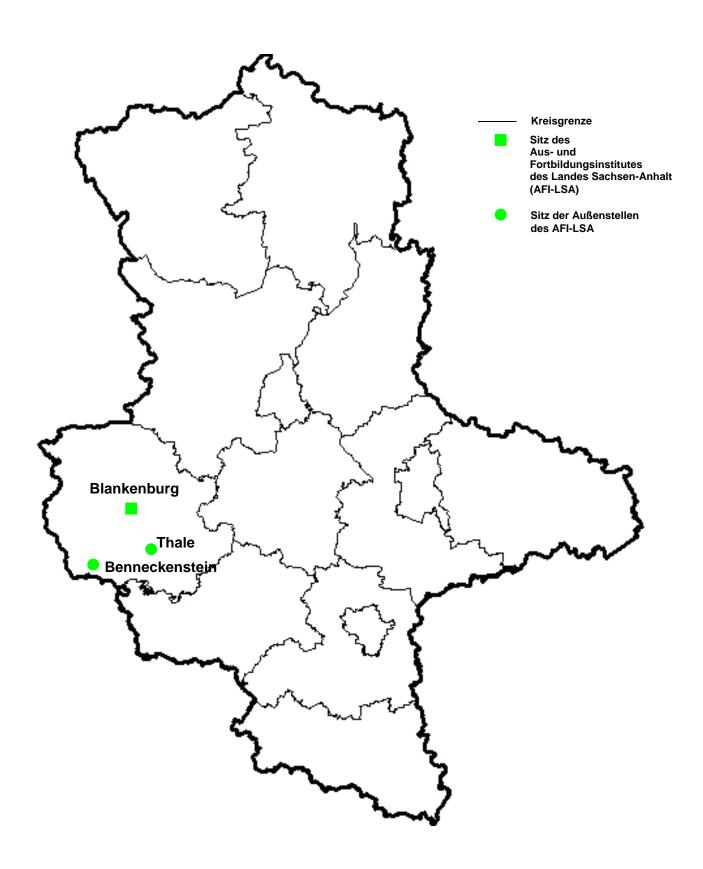
# 2.2.1 Landesverwaltungsamt



# 2.2.2 Landesarchiv Sachsen-Anhalt



# 2.2.3 Aus- und Fortbildungsinstitut des Landes Sachsen-Anhalt



# 2.2.4 Strukturelle Gliederung der Polizei Sachsen-Anhalt



# 2.3 Ministerium für Justiz und Gleichstellung

Vom Ministerium für Justiz und Gleichstellung werden folgende Aufgaben bzw. Zuständigkeiten wahrgenommen:

- Angelegenheiten der Rechtsetzung (Rechtsetzung einschließlich Verfassungsmäßigkeit, Notwendigkeit, Vollzugseignung und Rechtsfolgenabschätzung -, Rechtsvereinfachung, Rechtsbereinigung, Rechtsförmlichkeit) und Verkündungswesen<sup>1</sup> samt Amtsblattstelle (GVBI. LSA, MBI. LSA, SVBI. LSA und JMBI. LSA), Vorschrifteninformationssystem,
- Europarecht,
- Frauen- und Gleichstellungspolitik, Koordination innerhalb der Landesregierung,
- Frauenförderung, Frauenfördergesetz,
- · Freiwillige Gerichtsbarkeit,
- "Gender-Mainstreaming",
- Gleichstellung / Gleichstellungsbeauftragte,
- Gerichtsorganisation und Gerichtsverfassung,
- Gerichtsverfahrensrecht und -kostenrecht,
- Gnadenwesen,
- · Juristen- und Justizaus- und -fortbildung,
- Justizverwaltungsangelegenheiten,
- Justizvollzug,
- Landesjustizprüfungsamt,
- Lesben / Schwule / Bisexuelle / Transsexuelle/Intersexuelle (LSBTI),
- Mitgliedschaft in den Richterwahlausschüssen nach Art. 95 Abs. 2 GG und § 1 Abs. 3 RiWG,
- Notariats- und Anwaltswesen,
- Ordnungswidrigkeitenrecht,
- Prostituiertenschutzgesetz,
- Recht der Schieds- und Schlichtungsstellen,
- Rechtshilfe,
- Soziale Dienste der Justiz,
- Strafrecht,
- Verfassungsrecht des Bundes und des Landes, soweit Rechtsetzung und Landesverfassungsgericht,
- Völkerrecht und
- Zivilrecht.

<sup>&</sup>lt;sup>1</sup> Unbeschadet der Ausfertigungskompetenz des Präsidenten des Landtages gem. Art. 82 Abs. 1 der Landesverfassung und der Ausfertigungs-, Genehmigungs- und Verkündungskompetenzen der Mitglieder der Landesregierung gem. Art. 82 Abs. 1 und 2 der Landesverfassung.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung ist folgende Landesbeauftragte angesiedelt:

# Landesbeauftragte für Frauen- und Gleichstellungspolitik.

Der Landesbeauftragten für Frauen- und Gleichstellungspolitik obliegt die Leitung der bei dem Ministerium für Justiz und Gleichstellung eingerichteten Leitstelle für Frauen und Gleichstellungspolitik des Landes Sachsen-Anhalt.

Die Leitstelle nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- Koordinierung der Frauen- und Gleichstellungspolitik innerhalb der Landesregierung und Landesverwaltung,
- Leitung der interministeriellen Arbeitsgruppe Gender-Mainstreaming,
- Abstimmung in Angelegenheiten mit frauen- und gleichstellungspolitischem Bezug mit den beteiligten Ministerien,
- Initiierung von frauen- und gleichstellungspolitischen Rechtsetzungsvorhaben, Verwaltungsvorschriften, Maßnahmen und Programmen,
- Vertretung der Frauen- und Gleichstellungspolitik nach außen,
- Zusammenarbeit mit entsprechenden Stellen der Europäischen Union, des Bundes, der Länder und der Gebietskörperschaften.
- Zusammenarbeit mit Frauenorganisationen und -gruppen, mit Gewerkschaften, Arbeitgebern,
   Berufsverbänden und anderen gesellschaftlichen Gruppen, die im Bereich der Frauen- und
   Gleichstellungspolitik tätig sind,
- Information und Beratung von durch Geschlechterdiskriminierung Betroffenen und Vertretung von deren Interessen.

Die Leitstelle hat die Federführung in der Frauen- und Gleichstellungspolitik bei

- der Umsetzung und Fortentwicklung des Frauenfördergesetzes in der Bekanntmachung vom 27. Mai 1997 (GVBI. LSA S. 516), zuletzt geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2005 (GVBI. LSA S. 740), Koordination und Unterstützung der Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten,

- der Unterstützung von Projekten, Einrichtungen und Selbsthilfegruppen bei k\u00f6rperlicher, auch sexueller Gewalt gegen Frauen und M\u00e4dchen, der Fortentwicklung und Sicherung der Frauenh\u00e4user, der \u00f6ffentlichkeitsarbeit zur Gewaltproblematik, der Ber\u00fccksichtigung der Gewaltproblematik in der Aus- und Fortbildung, der Entwicklung und Umsetzung ressort\u00fcbergreifender Initiativen zur Gewaltthematik,
- der Unterstützung von Frauenprojekten, -kommunikationsstätten, -zentren, der Verbesserung der Rahmenbedingungen unterschiedlicher Lebensentwürfe von Frauen in Stadt und Land,
- Angelegenheiten, die den § 218 StGB betreffen,
- der Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes.

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung gehören in der unmittelbaren Landesverwaltung folgende Behörden und Einrichtungen:

- 1 Oberlandesgericht (Karte 2.3.1.1),
- 4 Landgerichte (Karten 2.3.1.1 und 2.3.1.2),
- 25 Amtsgerichte (Karte 2.3.1.1)
   darunter das Amtsgericht Aschersleben Zweigstelle Staßfurt als Gemeinsames Mahngericht der Länder Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen,
- 1 Oberverwaltungsgericht (Karte 2.3.2),
- 2 Verwaltungsgerichte (Karte 2.3.2),
- 1 Landessozialgericht (Karte 2.3.3),
- 3 Sozialgerichte (Karte 2.3.3),
- 1 Finanzgericht,
- 1 Landesarbeitsgericht (Karte 2.3.4),
- 4 Arbeitsgerichte (Karte 2.3.4),
- 1 Generalstaatsanwaltschaft (Karte 2.3.5),
- 4 Staatsanwaltschaften (Karte 2.3.5),
- 3 Justizvollzugsanstalten (Karte 2.3.6),
- 1 Jugendstrafanstalt (Karte 2.3.6),
- 1 Jugendarrestanstalt (Karte 2.3.6),
- 1 Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen (Karte 2.3.6),
- 6 Dienststellen des Sozialen Dienstes der Justiz,
- Teile des Landesverwaltungsamtes (Referate 302, 501 und 502).

# Aufgabenbeschreibungen der Behörden und Einrichtungen

### **Ordentliche Gerichtsbarkeit**

# Oberlandesgericht, Landgerichte und Amtsgerichte

Die Bezeichnung "ordentliche Gerichtsbarkeit" erklärt sich historisch daraus, dass früher nur die Gerichte der Justiz (die Zivil- und Strafgerichte) mit unabhängigen Richtern besetzt waren.

Dagegen wurde die Verwaltungs- und Finanzgerichtsbarkeit von weisungsgebundenen Beamten ausgeübt.

Die Rechtsprechung im Bereich der ordentlichen Gerichtsbarkeit umfasst die Zivilgerichtsbarkeit mit den bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten, den Familiensachen und den Angelegenheiten der frei-willigen Gerichtsbarkeit (z. B. Grundbuch-, Register-, Betreuungs-, Nachlasssachen) sowie die Strafgerichtsbarkeit (§ 13 Gerichtsverfassungsgesetz (GVG)).

# Oberlandesgericht

Das Oberlandesgericht steht im Gerichtsaufbau über den Landgerichten und unter dem Bundesgerichtshof. Beim Oberlandesgericht sind Senate als Spruchkörper gebildet.

#### **Besetzung**

Die Senate des Oberlandesgerichts sind mit einem Vorsitzenden Richter und Richtern am Oberlandesgericht besetzt und entscheiden grundsätzlich in der Besetzung von drei Richtern.

# Zuständigkeiten

Das Oberlandesgericht ist im Wesentlichen zuständig

# in Zivilsachen für:

- Berufungen und Beschwerden gegen Entscheidungen der Landgerichte und
- Beschwerden gegen Entscheidungen der Amtsgerichte in Familiensachen und in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit mit Ausnahme der Freiheitsentziehungssachen und der von den Betreuungsgerichten entschiedenen Sachen;

in Strafsachen für:

- Revisionen gegen die Berufungsurteile der Landgerichte,

- Sprungrevisionen gegen amtsgerichtliche Urteile,

Beschwerden gegen Beschlüsse der Landgerichte und

- Entscheidungen im ersten Rechtszug in bestimmten politischen Strafsachen (Staatsschutzstrafsachen nach § 120 GVG) und bei Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern

(§ 120 b GVG);

in Bußgeldsachen für:

- Rechtsbeschwerden.

Landgerichte

Die Landgerichte sind einerseits Eingangsgericht (I. Instanz) in Zivil- und Strafsachen, aber auch Berufungsgericht. Beim Landgericht sind Kammern als Spruchkörper gebildet, und zwar Zivilkammern, Kammern für Handelssachen und Strafkammern (§ 60 GVG), ferner Kammern für besonde-

mem, Rammem for Handelssachen und Strarkammem (§ 00 0 00), Temer Rammem for besonder

re Rechtsstreitigkeiten (z. B. die für ganz Sachsen-Anhalt zuständige Kammer für Baulandsachen

bei dem Landgericht Halle).

**Besetzung** 

Die Kammern sind mit Vorsitzenden Richtern und Richtern am Landgericht besetzt. Sie entscheiden in Zivilsachen entweder mit drei Berufsrichtern oder mit einem Einzelrichter. Die Kammern für Handelssachen sind neben dem Berufsrichter mit zwei ehrenamtlichen Handelsrichtern, die kleinen Strafkammern mit einem Berufsrichter und zwei ehrenamtlichen Richtern, die großen Straf-

kammern grundsätzlich mit drei Berufsrichtern und zwei ehrenamtlichen Richtern besetzt.

Zuständigkeiten

Die Landgerichte sind zuständig

in erster Instanz:

- in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten im ersten Rechtszug für alle Streitigkeiten, die nicht den

Amtsgerichten zugewiesen sind,

- für Ansprüche aus Amtshaftung (§ 71 GVG) und

66

- für Strafsachen im ersten Rechtszug zur Aburteilung von Verbrechen - insoweit auch als Schwurgericht - und Vergehen, soweit nicht das Amtsgericht oder ein höheres Gericht zuständig ist;

#### in zweiter Instanz:

- für Berufungen und Beschwerden gegen Urteile und Beschlüsse der Amtsgerichte (§§ 72 ff. GVG),
- als Zivilgericht mit Ausnahme der von den Familiengerichten entschiedenen Sachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit mit Ausnahme der Freiheitsentziehungssachen und der von den Betreuungsgerichten entschiedenen Sachen, für die das Oberlandesgericht zuständig ist (§§ 72, 119 Abs. 1 Nr. 1 GVG) und
- als Strafgericht (Einzelrichter und Schöffengericht) (§ 73 Abs. 1, § 74 Abs. 3 GVG).

# **Amtsgerichte**

Die Amtsgerichte sind regelmäßig die Eingangsgerichte. Das Amtsgericht entscheidet grundsätzlich durch Einzelrichter (§ 22 GVG) oder Rechtspfleger, in Einzelfällen durch den Urkundsbeamten der Geschäftsstelle.

# Zuständigkeiten

In bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten sind die Amtsgerichte insbesondere zuständig für:

- Ansprüche bis zu einem Wert von 5.000 Euro,
- Wohnungsstreitigkeiten (§ 23 GVG) und
- Familiensachen (§ 23a Abs. 1 Nr. 1 GVG).

Daneben ist das Amtsgericht Vollstreckungs-, Zwangsversteigerungs-, Nachlass- und Betreuungsgericht sowie Grundbuchamt. Für Insolvenzverfahren sind gemäß § 2 Abs. 1 InsO lediglich die Amtsgerichte, in deren Bezirk ein Landgericht seinen Sitz hat, als Insolvenzgerichte für den Bezirk des Landgerichts zuständig. Insolvenzgerichte sind mithin die Amtsgerichte Dessau-Roßlau, Halle (Saale), Magdeburg und Stendal.

In Strafsachen erstreckt sich die Zuständigkeit auf Vergehen und Verbrechen, soweit nicht nach § 24 GVG die Zuständigkeit eines höheren Gerichts gegeben ist. Es entscheidet ein Strafrichter oder das Schöffengericht, bestehend aus einem Berufsrichter und zwei ehrenamtlichen Richtern (Schöffen). Hinzu kommen die Ordnungswidrigkeitssachen, vornehmlich Verkehrsordnungswidrigkeiten.

Das Amtsgericht Aschersleben - Zweigstelle Staßfurt - ist als "Gemeinsames Mahngericht der Länder Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen" für die Bearbeitung der Mahnbescheidsanträge aus den drei Ländern zuständig. Die arbeitsgerichtlichen Mahnbescheidsanträge sind von der Zuständigkeitskonzentration nicht betroffen. Für sie verbleibt es bei der Zuständigkeit der Arbeitsgerichte in den drei Ländern.

Das **Amtsgericht Stendal** führt für das gesamte Land zentral das Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und das Vereinsregister in elektronischer Form. Um die Registereinsicht durch die Konzentration der Registerführung nicht zu erschweren, sind in sämtlichen Amtsgerichten Computer aufgestellt worden, über die eine Einsicht in die genannten Register möglich ist. Daneben können die Daten im Internet abgerufen werden.

Das **Amtsgericht Schönebeck** ist zuständig für die Verwahrung geschlossener Grundbücher und Grundakten für die im Gebiet des Landes Sachsen-Anhalt liegender Grundstücke, soweit gesetzliche Vorschriften eine Verwahrung an anderer Stelle als im örtlich zuständigen Grundbuchamt zulassen oder vorschreiben.

Das Amtsgericht Dessau-Roßlau führt und verwaltet als zentrales Vollstreckungsgericht des Landes das Schuldnerverzeichnis sowie die von den Vollstreckungsorganen erstellten Vermögensverzeichnisse der Schuldner jeweils in elektronischer Form. Die Einträge und Unterlagen werden zur Einsichtnahme bzw. zum Abruf über das Gemeinsame Vollstreckungsportal der Länder zur Verfügung gestellt.

# **Fachgerichtsbarkeiten**

# Verwaltungsgerichtsbarkeit

Der Verwaltungsgerichtsbarkeit obliegt die Rechtsprechung in öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten. Der Begriff beschränkt sich heute auf die allgemeine Verwaltung in Abgrenzung zur Gerichtsbarkeit in besonderen Zweigen der öffentlichen Verwaltung (Finanz- und Sozialgerichtsbarkeit). Die Verwaltungsgerichtsbarkeit wird durch unabhängige, von den Verwaltungsbehörden getrennte, Gerichte ausgeübt; diese sind in den Ländern als Oberverwaltungsgerichte und Verwaltungsgerichte eingerichtet.

Der Rechtsweg zu den Verwaltungsgerichten ist nach § 40 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) in allen öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten nichtverfassungsrechtlicher Art gegeben, soweit nicht eine bundesgesetzliche Sonderregelung besteht (verwaltungsgerichtliche Generalklausel).

# Arbeitsgerichtsbarkeit

Die Arbeitsgerichtsbarkeit ist der Zweig der Gerichtsbarkeit, dem die Rechtsprechung aus dem Arbeitsrecht (sog. Arbeitssachen) auf der Grundlage des Arbeitsgerichtsgesetzes (ArbGG) zugewiesen ist. Die Arbeitsgerichtsbarkeit wird in den Ländern durch die Arbeitsgerichte und Landesarbeitsgerichte ausgeübt (§ 1 ArbGG).

Die Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit entscheiden bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Tarifvertragsparteien oder zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern aus dem Arbeitsverhältnis (auch über dessen Bestehen) sowie aus unmittelbar damit zusammenhängenden Rechtsverhältnissen im Urteilsverfahren (§§ 2, 46 ff. ArbGG), die Angelegenheiten des Betriebsverfassungsrechts, der Mitbestimmung oder der Tariffähigkeit im Beschlussverfahren (§§ 2a, 80 ff. ArbGG).

# Sozialgerichtsbarkeit

Die Sozialgerichtsbarkeit ist eine besondere Verwaltungsgerichtsbarkeit. Sie wird in den Ländern durch Sozialgerichte und Landessozialgerichte ausgeübt. Die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit entscheiden über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten in Angelegenheiten der Sozialversicherung, der Arbeitsförderung, der Grundsicherung für Arbeitssuchende, des sozialen Entschädigungsrechts, der Sozialhilfe und des Asylbewerberleistungsgesetzes sowie über öffentlich-rechtliche Streitigkeiten bei der Feststellung von Behinderungen und aufgrund des Aufwendungsausgleichsgesetzes; außerdem entscheiden sie über bestimmte privatrechtliche Streitigkeiten in den Bereichen der Arbeitsförderung, der Kranken- und der Pflegeversicherung (§ 51 Sozialgerichtsgesetz (SGG)).

Des Weiteren entscheiden die Sozialgerichte unter anderem über Streitigkeiten nach dem Soldatenversorgungsgesetz, dem Infektionsschutzgesetz, dem Opferentschädigungsgesetz und dem Bundeskindergeldgesetz.

### Finanzgerichtsbarkeit

Die Finanzgerichtsbarkeit ist eine besondere Verwaltungsgerichtsbarkeit. Das Verfahren der Finanzgerichtsbarkeit ist in der Finanzgerichtsordnung (FGO) geregelt. Die Finanzgerichtsbarkeit wird in den Ländern durch die Finanzgerichte als obere Landesgerichte ausgeübt (§ 2 FGO).

Das Finanzgericht ist insbesondere zuständig für Klagen gegen Finanzbehörden in öffentlich-rechtlichen Streitigkeiten über Abgabenangelegenheiten sowie in öffentlich-rechtlichen und berufsrechtlichen Streitigkeiten über Angelegenheiten, die durch das Steuerberatungsgesetz geregelt werden (§ 33 FGO).

# Staatsanwaltschaften

#### Generalstaatsanwaltschaft

Die Generalstaatsanwaltschaft ist eine "Doppelbehörde". Sie wird in Verwaltungssachen als "Der Generalstaatsanwalt", in Rechtssachen als "Generalstaatsanwaltschaft" bezeichnet. Der Generalstaatsanwalt übt die Dienst- und Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften aus. Im Rahmen der Fachaufsicht überprüft er sowohl Rechtmäßigkeit als auch Zweckmäßigkeit des Handelns der Bediensteten der Staatsanwaltschaften.

Die Generalstaatsanwaltschaft nimmt gegenüber dem Oberlandesgericht Stellung zu Revisionen und Rechtsbeschwerden sowie zu Beschwerden gegen Beschlüsse der Landgerichte.

Sie ist zuständige Ermittlungs- und Anklagebehörde in bestimmten Staatsschutzstrafverfahren, die in erster Instanz vor dem Oberlandesgericht Naumburg zu verhandeln sind (§ 120 GBG), soweit dieses Amt nicht vom Generalbundesanwalt ausgeübt wird (§ 142a GVG).

Die Generalstaatsanwaltschaft ist auch Anschuldigungsbehörde in Rechtsanwalts- und Steuerberatersachen.

#### Staatsanwaltschaften

Die Staatsanwaltschaften leiten mit Hilfe der Polizei die Ermittlungsverfahren ein, erheben Anklage vor den Gerichten und vertreten diese auch dort. Wenn die Staatsanwaltschaft aufgrund angezeigter oder ermittelter Tatsachen das Vorliegen einer strafbaren Handlung bejaht, ist sie zum Einschreiten gesetzlich verpflichtet und in diesem Rahmen frei von Weisungen der Aufsichtsbehörden.

Diese zwingende Ausgestaltung des Ermittlungsverfahrens, das Legalitätsprinzip, ist eines der wesentlichen Merkmale der Arbeit der Staatsanwaltschaften unseres demokratischen Rechtsstaates.

Im Ermittlungsverfahren untersucht die Staatsanwaltschaft, in der Regel in Zusammenarbeit mit der Polizei, ob gegen den Beschuldigten der hinreichende Verdacht einer Straftat besteht. Ist das der Fall, erhebt die Staatsanwaltschaft öffentliche Klage durch Einreichung einer Anklageschrift beim zuständigen Gericht oder durch Antrag auf Erlass eines Strafbefehls. Bei dringendem Tatverdacht und dem Vorliegen von Haftgründen beantragt die Staatsanwaltschaft den Erlass eines Haftbefehls. Erhebt die Staatsanwaltschaft keine öffentliche Klage, stellt sie das Verfahren ein. Die Einstellung kann darauf beruhen, dass ein hinreichender Tatverdacht fehlt oder ein Verfahrenshindernis gegeben ist. Weitere Einstellungsmöglichkeiten bestehen bei geringer Schuld oder falls der Beschuldigte in einem weiteren Verfahren bereits erheblich bestraft worden ist. Schließlich ist die Staatsanwaltschaft zuständig für die Strafvollstreckung und die Bearbeitung von Gnadenanträgen.

# Justizvollzug

Die Justizvollzugsanstalten dienen dem Vollzug der Freiheitsstrafe, der Untersuchungshaft sowie der Sicherungsverwahrung. Die Jugendstrafanstalt dient dem Vollzug der Jugendstrafe. In der Jugendarrestanstalt wird der Jugendarrest vollzogen.

Durch den Vollzug der Freiheitsstrafe sollen die Gefangenen befähigt werden, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen. Der Vollzug der Freiheitsstrafe dient auch dem Schutz der Allgemeinheit vor weiteren Straftaten.

### Jugendstrafanstalt

Die Jugendstrafanstalt trägt die Bezeichnung "Jugendanstalt Raßnitz" und ist zuständig für den Vollzug von:

- Jugendstrafe an männlichen Verurteilten,
- Untersuchungshaft an männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden,
- gerichtlich angeordnete Ordnungs-, Sicherungs-, Zwangs- und Erzwingungshaft an männlichen Jugendlichen und Heranwachsenden und
- Vollzug der Freiheitsstrafe an Heranwachsenden mit einem Alter bis zu 26 Jahren.

# <u>Jugendarrestanstalt</u>

Die Jugendarrestanstalt trägt die Bezeichnung "Jugendarrestanstalt Halle" und ist die einzige Einrichtung für den Vollzug von Jugendarrest. Sie ist sowohl für Mädchen als auch für Jungen zuständig, die von einem Jugendgericht zu Kurz-, Freizeit- oder Dauerarrest sowie zum sogenannten Warnschussarrest verurteilt worden sind.

# Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen

Dem Landesbetrieb für Beschäftigung und Bildung der Gefangenen (LBBG) obliegt die Bereitstellung von Arbeitsmöglichkeiten für die Gefangenen in Eigen- und Unternehmerbetrieben sowie in Maßnahmen der angemessenen oder arbeitstherapeutischen Beschäftigung. Zu seinen Aufgaben gehört darüber hinaus die Organisation und Durchführung von schulischen und beruflichen Bildungsmaßnahmen für Gefangene nach den Bedarfsanforderungen der Justizvollzugsanstalten.

### **Sozialer Dienst**

Zu den Aufgaben des Sozialen Dienstes gehören Bewährungshilfe, Führungsaufsicht, Integrierte Führungsaufsicht im Rahmen der Forensischen Ambulanz des Landes Sachsen-Anhalt, Gerichtshilfe, Schlichtungen zur Herbeiführung eines Täter-Opfer-Ausgleichs, Opferberatung sowie Zeugenbetreuung und psychosoziale Prozessbegleitung.

# Landesverwaltungsamt

Dem Ministerium für Justiz und Gleichstellung obliegt die Fachaufsicht über Aufgaben, die in den Referaten 302, 501 und 502 des Landesverwaltungsamtes wahrgenommen werden:

# Referat 302 - ESF-Förderung (teilweise)

- Gewährung von Zuwendungen für folgende Maßnahmen / Projekte:
  - Sensibilisierung und Kompetenzstärkung der Akteurinnen und Akteure,
  - Umsetzung von Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter Gender Mainstreaming,
  - Maßnahmen der berufsspezifischen Aus- und Weiterbildung im Straf- und Arrestvollzug,
  - Täter-Opfer-Ausgleich, Gefangenen- und Entlassenenfürsorge sowie sonstige Beihilfen und Unterstützungen;

# Referat 501 - Landesjugendamt - Kinder und Jugend (teilweise)

 Förderung von Beratungsangeboten für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transsexuelle und Intersexuelle:

# Referat 502 - Landesjugendamt - Familie und Frauen (teilweise)

Förderung und Umsetzung von Beratungs- und Unterstützungsangeboten sowie Projekten von Frauen.

## Organisationsplan

Ministerin Anne-Marie Keding



Ministerium für Justiz und Gleichstellung

Staatsminister Hubert Böning Hauptamtliche Gleichstellungsbeauftragte

#### Abteilung I

Personal-, Haushalts- und Organisationsangelegenheiten, Informations- und Kommunikationstechnik

Informationssicherheitsbeauftragte

#### Referat 101

Personal der allgemeinen Justiz und Personalgrundangelegenheiten des MJ

#### Referat 102

Informations- und Kommunikationstechnik, e-Justice

#### Referat 103

Elektronischer Rechtsverkehr in der Justiz Sachsen-Anhalt

#### Referat 104

Haushalt, Controlling, Neue Steuerungsmethoden

#### Referat 105

Organisation, Statistik, Personalbedarfsberechnung

#### Abteilung II

Zivilrecht und Öffentliches Recht

#### Referat 201

Bürgerliches Recht und Nebengebiete, Recht der Freiwilligen Gerichtsbarkeit, Amtshaftungsund Schadensersatzangelegenheiten, Ansprüche wegen überlanger Gerichtsverfahren

Leiterin Ministerbüro Kabinetts-, Landtags- und

Persönlicher Referent

Bundesratsangelegenheiten,

Referat Presse- und Öffentlich-

keitsarbeit, Koordinierung Internet

Justizministerkonferenzen

#### Referat 202

Gerichtsverfassungs- und Zivilprozessrecht, Vollstreckungs- und Kostenrecht, Insolvenzrecht, Gerichtsvollzieher- und Justizmitteilungsrecht

#### Referat 203

Allgemeines und Besonderes Verwaltungsrecht, Rechtsanwaltsund Notarrecht

#### Referat 204

Ressortübergreifende Rechtsförmlichkeitsprüfung und Verkündungswesen, Datenschutz-, Informationszugangs- und IT-Sicherheitsrecht

#### Referat 205

Verfassungsrecht, Öffentliches Dienstrecht, Kommunalrecht, Verfahrensrecht der öffentlichrechtlichen Fachgerichtsbarkeiten, Wirtschaftsprivatrecht, Digitales Recht. Proiekt Wahlrechtsforum

#### Referat 206

Europa- und Völkerrecht, Rechtshilfe und Landeskontaktstelle des Europäischen Netzwerkes in Zivilund Handelssachen, Materielles Arbeitsrecht, Tarifrecht, Stasi-Unterlagengesetz

#### Abteilung III

Justizvollzug, Infrastrukturangelegenheiten

#### Referat 301

Personalangelegenheiten, Aus- und Fortbildung, Personal- und Stellenhaushalt

#### Referat 302

Vollzugsgestaltung

#### Referat 303

Sicherheit und Ordnung, Vollzugsrecht, Infrastrukturangelegenheiten der Justiz

#### Referat 304

Haushalt, Neue Steuerungsmethoden, Datenschutz, ESF-Maßnahmen, Kassen- und Rechnungswesen, Beschaffungswesen, IT und Telekommunikation, PPP-Projekt JVA Burg

#### Abteilung IV

Strafrecht, Sozialer Dienst der Justiz, Justizielle Opferhilfe, Innerer Dienst, Aus- und Fortbildung

#### Referat 401

Strafverfahrensrecht, Strafgerichtsverfassungsrecht, Zusammenarbeit mit Strafverfolgungsbehörden, Immunitätsangelegenheiten

#### Referat 402

Strafgesetzbuch, Jugendstrafrecht, Wirtschafts-, Umwelt-, IT- und Verkehrsstrafrecht, Akteneinsicht und Datenschutz in der Strafrechtspflege, Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften Halle und Magdeburg

#### Referat 403

Rechtshilfe in Strafsachen, Internationale Übereinkommen, Gnadenrecht, strafrechtliches Mitteilungs- und Registerwesen, Korruption

#### Referat 404

Justizielle Opferhilfe, Kriminologie, Kriminalprävention

#### Referat 40

Strafvollstreckungsrecht, Ordnungswidrigkeitenrecht, strafbares DDR-Unrecht, Fachaufsicht über die Staatsanwaltschaften Dessau-Roßlau und Stendal

#### Referat 406

Sozialer Dienst der Justiz, Nebenstrafrecht

#### Referat 407

Aus- und Fortbildung

#### Referat 408

Innerer Dienst

#### Landesjustizprüfungsamt

#### Prüfungsabteilung I

Ausbildung der Rechtsreferendare, Erste und Zweite juristische Staatsprüfung, Prüfung nichtrichterlicher Dienste

#### Prüfungsabteilung II

Recht und Koordinierung der Juristenausbildung, Prüfungsrecht und Prüfungsverfahrensrecht, Verwaltungsrechtssachen

#### Leitstelle für Frauen- und Gleichstellungspolitik

Landesbeauftragte für Frauen- und Gleichstellungspolitik

#### LI

Mainstreaming, Landesprogramm für ein geschlechtergerechtes Sachsen-Anhalt, LSBTTI, EU-Ressortkoordination

#### LII

Frauen und Gleichstellung, Frauenfördergesetz, Entwicklung und Organisation der Fraueninfrastruktur, Gleichstellungspolitische Projekte

# Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit (Straf- und Zivilgerichte)

# Oberlandesgericht Naumburg

Landgericht Dessau-Roßlau

Landgericht Halle Landgericht Magdeburg

Landgericht Stendal

# Amtsgerichte

Bitterfeld-Wolfen Dessau-Roßlau Köthen Wittenberg Zerbst

## **Amtsgerichte**

Eisleben
Halle (Saale)
Merseburg
Naumburg
Sangerhausen
Weißenfels
Zeitz

## **Amtsgerichte**

Aschersleben Bernburg Halberstadt Haldensleben Magdeburg Oschersleben Quedlinburg Schönebeck Wernigerode

# Amtsgerichte

Burg Gardelegen Salzwedel Stendal

# Gerichte der Fachgerichtsbarkeiten

Oberverwaltungsgericht des Landes Sachsen-Anhalt in Magdeburg Landessozialgericht

Sachsen-Anhalt in Halle (Saale)

Landesarbeitsgericht

Sachsen-Anhalt in Halle (Saale)

Finanzgericht

des Landes Sachsen-Anhalt in Dessau-Roßlau

# Verwaltungsgerichte

Halle Magdeburg

# Sozialgerichte

Dessau-Roßlau Halle Magdeburg

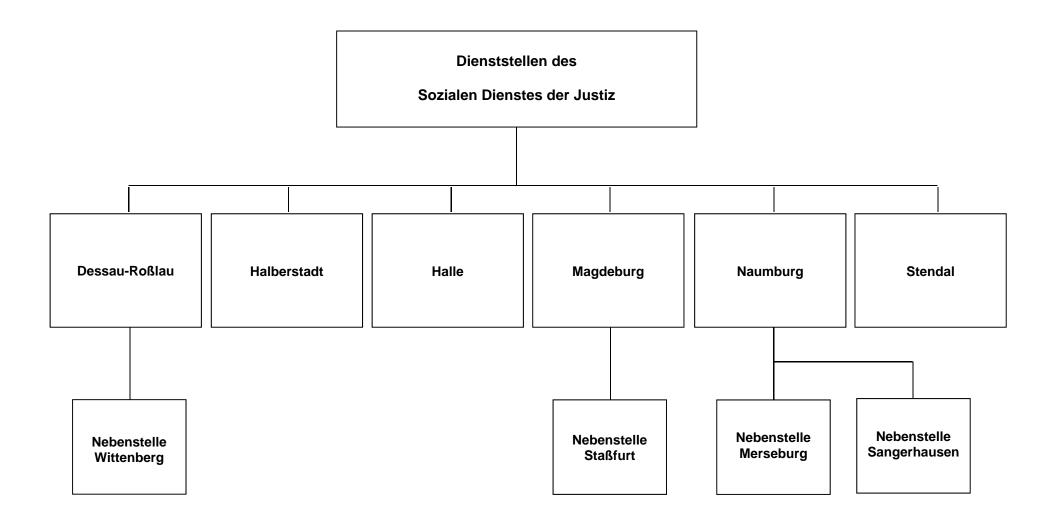
## **Arbeitsgerichte**

Dessau-Roßlau Halle Magdeburg Stendal

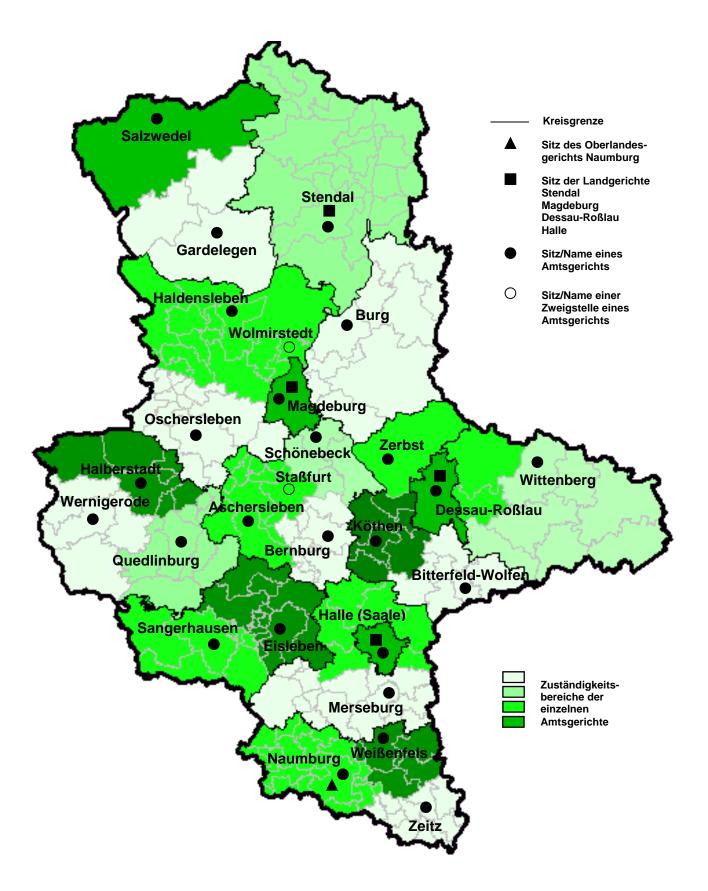
# Justizvollzugsanstalten / Jugendanstalten

Anstalt	Haftplätze <sup>*)</sup> (ges.: 1941)	Zweckbestimmung laut Vollstreckungsplan des Landes Sachsen-Anhalt vom 1. Mai 2019
JVA Burg	681	<ul> <li>Untersuchungshaft</li> <li>Freiheitsstrafen über 2,5 Jahre im Erst- und Regelvollzug</li> <li>Sicherungsverwahrung</li> <li>Sozialtherapeutische Behandlung</li> </ul>
JVA Halle (am Kirchtor 20)	258	<ul> <li>Untersuchungshaft</li> <li>Freiheitsstrafen bis 2,5 Jahre im Erst- und Regelvollzug</li> </ul>
	40 (für Frauen)	<ul><li>Untersuchungshaft</li><li>Freiheitsstrafen bis 2 Monate</li></ul>
Nebenstelle (WBusch-Str. 38)	368	- Freiheitsstrafen bis 2,5 Jahre im Erst- und Regel- vollzug
JVA Volkstedt	190	- Freiheitsstrafen bis 2,5 Jahre im Erst- und Regel- vollzug
Jugendanstalt Raßnitz	382	<ul> <li>Jugendstrafe</li> <li>Untersuchungshaft bei Jugendlichen und Heranwachsenden</li> <li>Sozialtherapeutische Behandlung Jugendlicher</li> <li>Freiheitsstrafe bis 2,5 Jahre bis zur Vollendung des 26. Lebensjahres</li> </ul>
Jugendarrestanstalt Halle	22	- Jugendarrest (Kurz- und Freizeitarrest, Dauerarrest, Warnschussarrest)

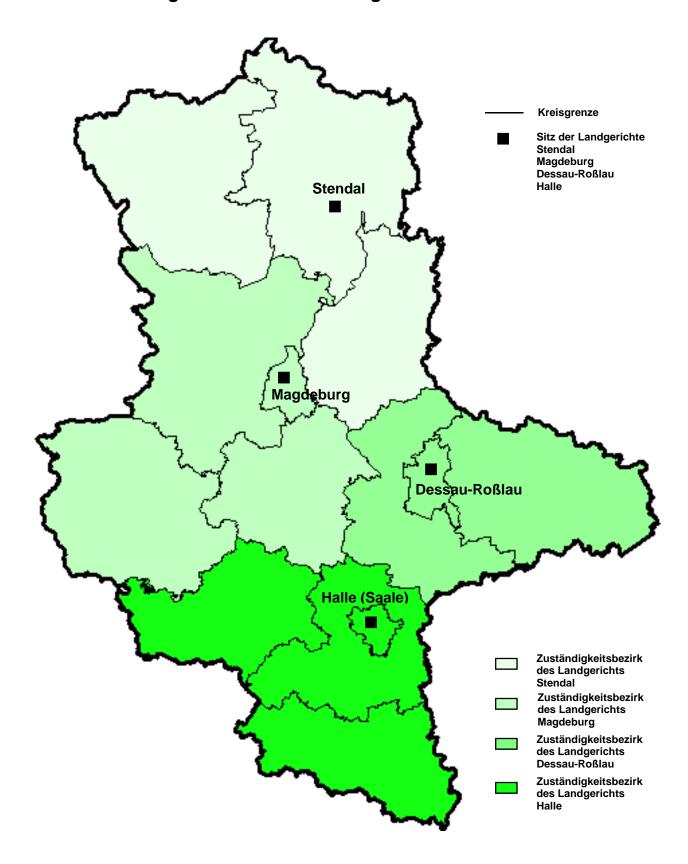
Alle Anstalten verfügen über eine Abteilung des offenen Vollzuges. \*) Stand 01.05.2019



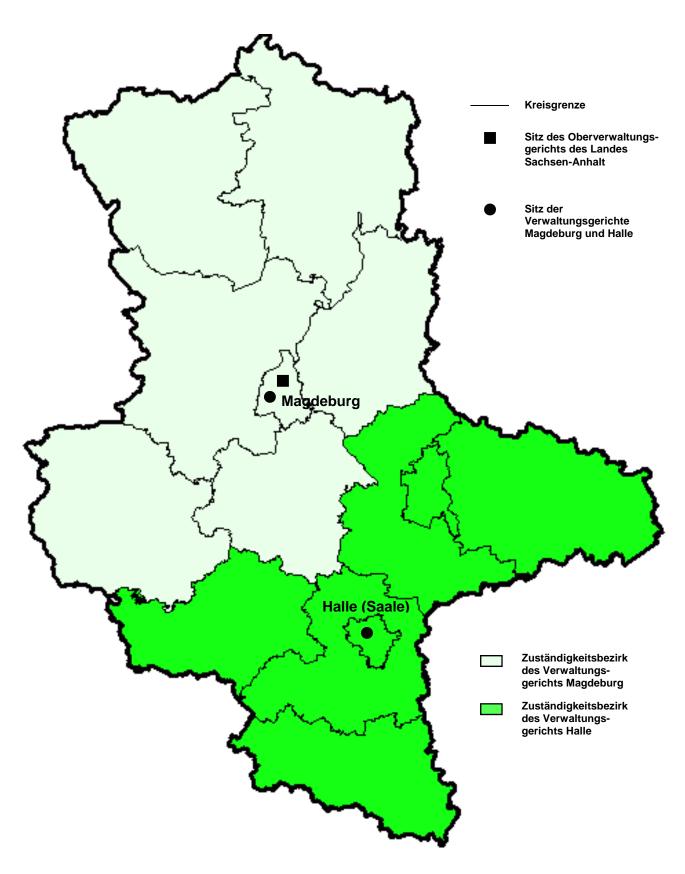
# 2.3.1.1 Gerichte der ordentlichen Gerichtsbarkeit



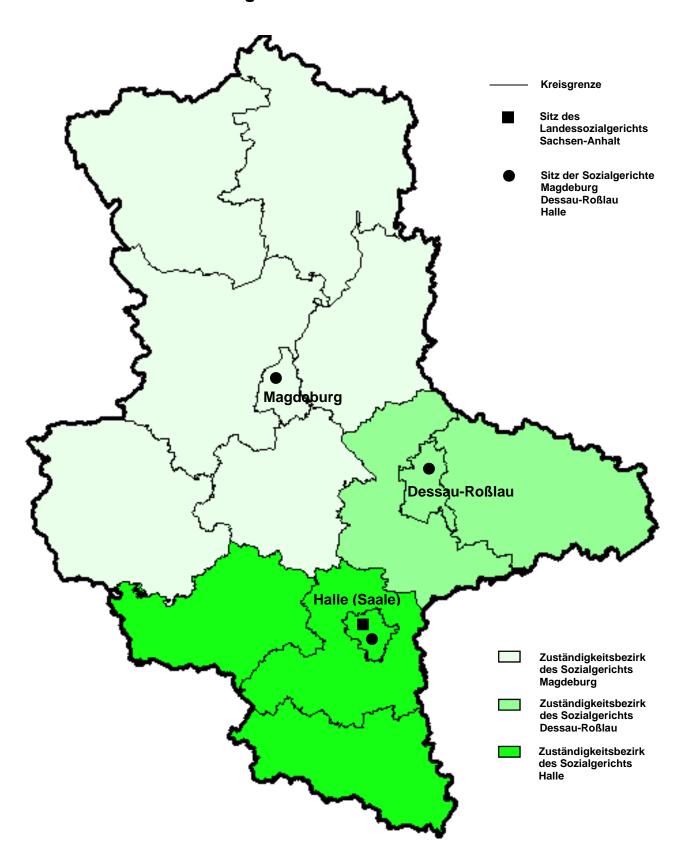
# 2.3.1.2 Zuständigkeitsbezirke der Landgerichte



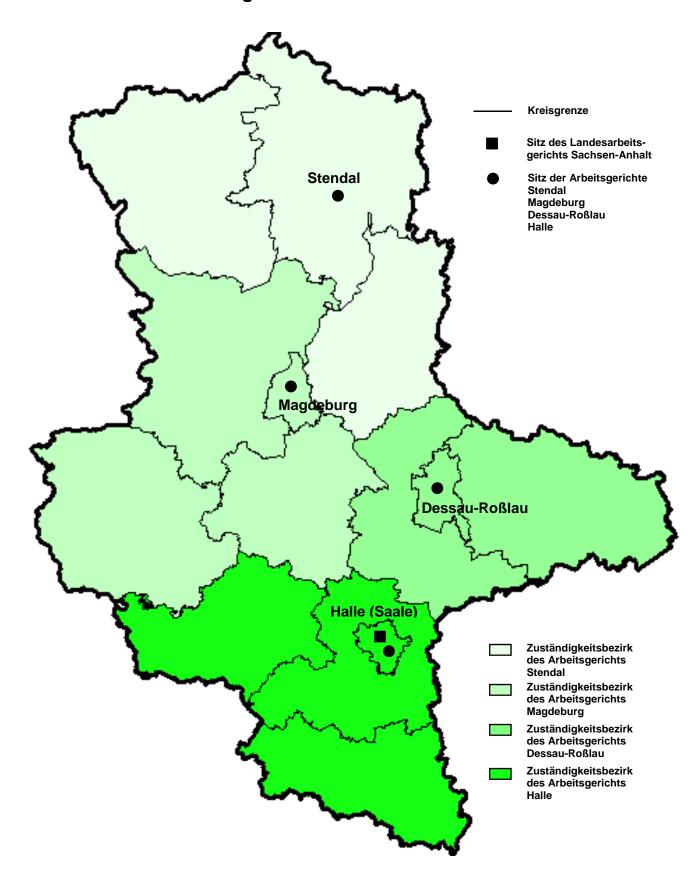
# 2.3.2 Gerichte der Verwaltungsgerichtsbarkeit



# 2.3.3 Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit



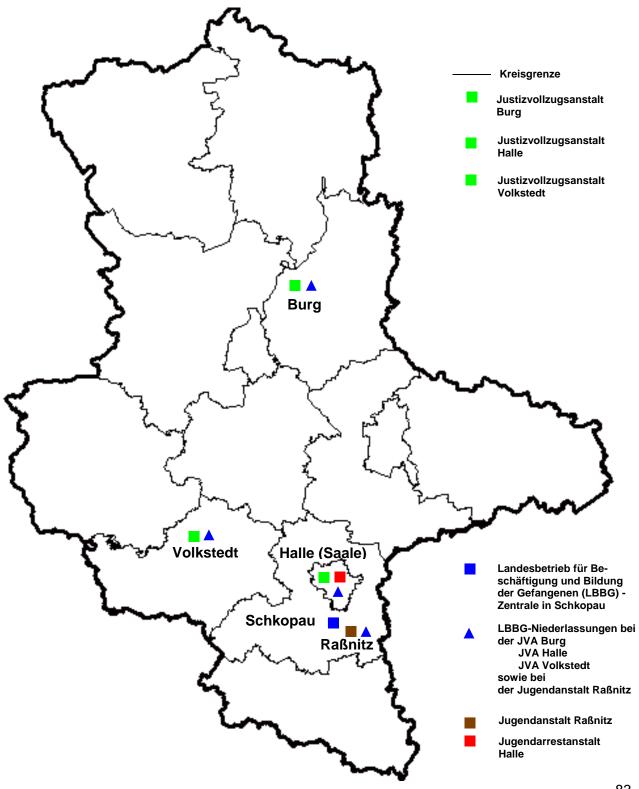
# 2.3.4 Gerichte der Arbeitsgerichtsbarkeit



# 2.3.5 Staatsanwaltschaften



2.3.6 Justizvollzugsanstalten, Jugendstrafanstalt, Jugendarrestanstalt und Landesbetrieb für die Beschäftigung und Bildung der Gefangenen



## 2.4 Ministerium der Finanzen

Vom Ministerium der Finanzen werden hauptsächlich folgende Aufgaben bzw. Zuständigkeiten wahrgenommen:

- Landeshaushalt und Finanzpolitik, Finanzbeziehungen EU,
- · Kassen- und Rechnungswesen,
- · Kosten- und Leistungsrechnung,
- Personal- und Stellenentwicklung Land, Personalvermittlungsstelle,
- Besoldungs-, Versorgungs- und Tarifrecht, Beamtenrecht,
- Koordinierung und Steuerung der Informations- und Kommunikationstechnologie landesweit (IKT-Abteilung des Beauftragten der Landesregierung für Informationstechnik),
- E-Government in der Landesverwaltung,
- Vermögens- und wirtschaftspolitische Angelegenheiten,
- · Bürgschaften,
- Bund-Länder-Finanzausgleich, Kommunaler Finanzausgleich,
- Öffentliche Banken, Sparkassen und öffentlich-rechtliche Versicherungen,
- Schulden, Kreditaufnahme, Liquiditätsmanagement,
- Liegenschaftsmanagement für die landeseigenen Liegenschaften,
- Hochbauangelegenheiten und Hochbauaufgaben des Landes und im Wege der Organleihe für den Bund, Hochschulbau, Zuwendungsbau,
- Innovations- und Investitionsprogramm zur energetischen und allgemeinen Sanierung von Kindertageseinrichtungen und Schulen im ländlichen und städtischen Bereich (STARK III ELER) und der energetischen Sanierung von außerschulischen Sportstätten und Hochschulgebäuden sowie Kultureinrichtungen im gesamten Fördergebiet (STARK III plus EFRE),
- Steuerrecht und steuerliches Verfahrensrecht, Angelegenheiten der steuerberatenden Berufe, Allgemeine Gebührenordnung,
- Steuerverwaltung,
- Strategisches quantitatives Personalmanagement,
- Personalvertretungsrecht und
- Zentraler IKT-Dienstleister Dataport (AöR).

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen gehören in der unmittelbaren Landesverwaltung folgende Behörden:

- Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt (Karte 2.4.1),
- 14 Finanzämter (Karte 2.4.2)

darunter das

Finanzamt Dessau-Roßlau mit Bezügestelle und Landeshauptkasse Sachsen-Anhalt.

#### Aufgabenbeschreibungen der Behörden

#### Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt

Der Landesbetrieb Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt (BLSA) nimmt als obere Landesbehörde Aufgaben im Bereich Liegenschaften, Liegenschaftsverwaltung, Verwaltung Sondervermögen, Grundstock und staatlicher Hochbau wahr. Er übt die Eigentümerfunktion des Landes Sachsen-Anhalt im Bereich des Liegenschafts-, Immobilien- und Baumanagements aus. Ausgenommen sind die Grundstücksangelegenheiten der Landesstraßen-, Landeswasserstraßenund Forstverwaltung sowie einzelner Landesbetriebe (§ 26 LHO) und der Stiftungen des Landes. Mit den Hochschulen wurde eine Vereinbarung zur Aufgabenverteilung bezüglich des Bau- und Liegenschaftsmanagements geschlossen.

Der Landesbetrieb BLSA unterliegt der Dienst- und Fachaufsicht des Ministeriums der Finanzen. Zu den Aufgaben des Landesbetriebes BLSA gehören

#### im Bereich des Immobilienmanagements:

- Grundstücksverkehr, Grundstücksentwicklung, Verwertung von Immobilien,
- Verwaltung und Bewirtschaftung der Liegenschaften sowie Gebäudemanagement, soweit nicht nach den vorhandenen oder zukünftig abzuschließenden Nutzungsvereinbarungen bzw. Mietverträgen Leistungen vom Nutzer selbst zu erbringen sind,
- Einführung des Mieter-Vermieter-Modells ab 1. Januar 2014 mit marktangepassten Mieten bis auf die in der Ausnahmeverordnung aufgelisteten Liegenschaften sowie die Hochschulliegenschaften,
- Bedarfsplanung und -deckung bei der Behördenunterbringung, Standortmanagement und
- Portfoliomanagement;

im Bereich des <u>staatlichen Hochbaus Land und des staatlichen Hochbaus Bund</u> im Wege der Organleihe auf der Grundlage eines Verwaltungsabkommens und des <u>Zuwendungsbaus</u>:

- Vorbereitung und Durchführung aller im öffentlichen Interesse im staatlichen Hochbau zu erbringenden Planungs- und Bauleistungen und Sicherstellung der Einhaltung der öffentlichrechtlichen Vorschriften.
- Planung und Durchführung von Bau- und Bauunterhaltungsmaßnahmen, insbesondere Projektsteuerung, Planung, Bauüberwachung, Abrechnung und Dokumentation der Baumaßnahmen,
- gutachterliche Tätigkeiten zu Objekten,
- fachtechnische Prüfungen von Zuwendungsbaumaßnahmen nach § 44 BHO / § 44 LHO und
- Erarbeitung der Unterlagen für die Haushaltsaufstellung und die Bewirtschaftung der Haushaltsmittel (Hochbau und technische Gebäudeausrüstung).

#### Finanzämter

Im Land Sachsen-Anhalt sind 14 Finanzämter mit Sitz in Bitterfeld-Wolfen, Dessau-Roßlau, Eisleben, Genthin, Haldensleben, Halle (Saale), Magdeburg, Merseburg, Naumburg, Quedlinburg, Salzwedel, Staßfurt, Stendal sowie Wittenberg eingerichtet. Den Finanzämtern obliegen insbesondere die Festsetzung und Erhebung der Steuern nach dem Einkommen, dem Ertrag und dem Umsatz.

Darüber hinaus ist dem **Finanzamt Dessau-Roßlau** der Fachbereich Finanzdienstleistungen mit der <u>Bezügestelle</u> und der <u>Landeshauptkasse Sachsen-Anhalt</u> zugeordnet.

## <u>Bezügestelle</u>

Der Bezügestelle obliegen die Bezügezahlungen für die Bediensteten (Beamte, Richter, Tarifbeschäftigte) des Landes Sachsen-Anhalt, die Festsetzung von Beihilfe sowie die Zahlungen an Versorgungsempfänger. Für die Landesbediensteten ist die Bezügestelle zuständig für die Festsetzung von Trennungsgeld, Umzugskosten und Dienstunfallfürsorge.

## Landeshauptkasse Sachsen-Anhalt

im Bereich der IT dauerhaft gewährleisten.

Die Landeshauptkasse Sachsen-Anhalt nimmt die Kassengeschäfte für alle Dienststellen des Landes mit Ausnahme der Kassengeschäfte im Bereich der Steuererhebung wahr. Sie ist auch zuständig für die Vollstreckung aller öffentlich-rechtlichen Forderungen (ohne Steuerforderungen).

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums der Finanzen gehört in der mittelbaren Landesverwaltung folgende Anstalt des öffentlichen Rechts:

#### Dataport.

Für das Land Sachsen-Anhalt ist Dataport zentraler Dienstleister auf dem Gebiet der Informationstechnik. Das Land Sachsen-Anhalt ist dem Staatsvertrag zur rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts "Dataport" zum 1. März 2014 beigetreten. Weitere Träger der Anstalt sind die Länder Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern, die Freie und Hansestadt Hamburg, die Freie Hansestadt Bremen und Niedersachsen.

Das Land Sachsen-Anhalt befindet sich in der Informationstechnik in einem fortlaufenden Konsolidierungsprozess, der vor dem Hintergrund der sich abzeichnenden demografischen Entwicklung im öffentlichen Dienst des Landes und der mittel- und langfristigen Perspektiven für den Landeshaushalt nur im Rahmen von länderübergreifenden Kooperationen fortgeführt werden kann. Die Zusammenarbeit im Trägerverbund soll die effiziente und kostenbewusste Aufgabenerledigung

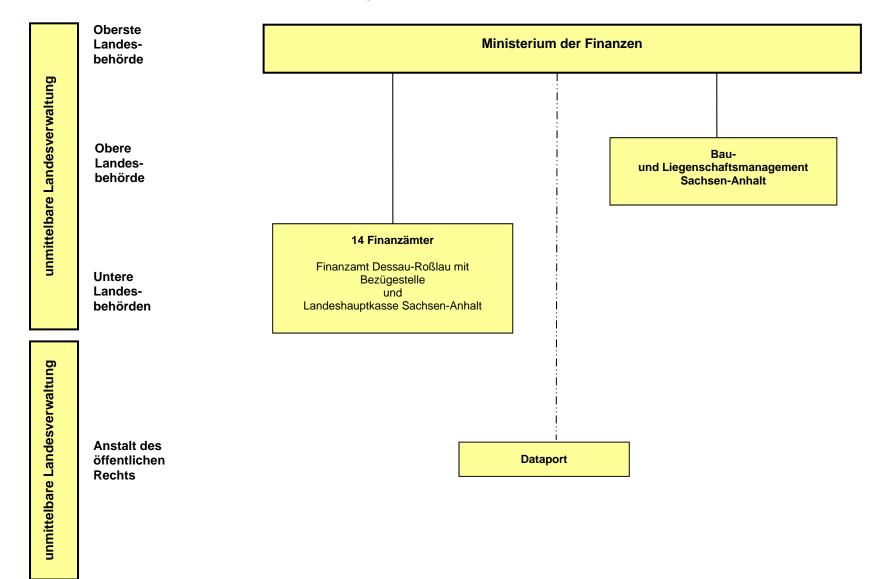
Sitz von Dataport ist Altenholz in Schleswig-Holstein. Die Niederlassung von Sachsen-Anhalt befindet sich am Standort Magdeburg mit einer Außenstelle in Halle (Saale).

#### Organisationsplan Ministerbüro / Kabinett / Stabsstelle SACHSEN-ANHALT **Minister** Landtag Bund-Länder-Ministerium der Finanzen Michael Richter Finanz-Presse- und beziehungen Öffentlichkeitsarbeit Staatssekretär Staatssekretär Stabsstelle Dr. Klaus Klang Rüdiger Malter HGR / Gleichstellung / - Amtschef -Gender Mainstreaming Abteilung 1 Abteilung 2 Abteilung 3 Abteilung 4 Abteilung 5 Vermögens- und wirtschaftspolitische Allgemeine Ange-Haushalts-Steuern Informations- und legenheiten, abteilung Angelegenheiten Kommunikations-Dienst- und technologie (IKT) des Tarifrecht **Landes Sachsen-Anhalt** Referat 11 Referat 31 Referat 36 Referat 41 Referat 21 Referat 51 Zentrales Beteiligungs-management des Landes, Unternehmen des öffentlichen OZG / Portalverbund, Geschäftsstellen Föderales Informationsmanagement (FIM) und Behördenfinder Deutschland (BFD) Organisation des MF, Innere Dienste Gesamthaushalt, Finanz-Hochschulbauplanung, Hochschulbauförderung Organisation und Personal planung, Einzelplan 13, Steuerschätzungen, Finanz-politik, Stabilitätsrat, Hochder Steuerverwaltung wasser 2013, Allgemeines Haushaltsrecht, Kassenwese Stiftungsangelegenheiten Referat 12 Referat 22 Referat 32 Referat 37 Referat 42 Referat 52 IKT / E-Government Infrastruktur, Standards, Informationssicherheits- und Notfallmanagement Personal des MF und EU-Angelegenheiten, EPSAS, Sparkassenaufsicht, Öffentliches Banken- und Baumaßnahmen Land, Umsatzsteuer, bewertungspersonelle Dienstaufsicht über den BLSA abhängige Steuern, sonstige Verkehrssteuern, Datenschutz, Verwaltungskostenrecht ationssystem Sach Hochschulbaumaßnahmen. Anhalt (ISA), Haushalt für StK, MB und MLV Versicherungswesen Investitionsbank, Zuwendungsbau, Technische Gebäudeausrüstung, OTI Risikocontrolling, Bürgschaften, Finanzierungs-hilfen EU-Bescheinigungsbehörde EFRE/ESF Referat 43 Referat 13 Referat 23 Referat 33 Referat 38 Außenprüfung, Steuer-fahndung, Bußgeld- und Strafsachen, Steueraufsicht, Spiel-bank, Aus- und Fortbildung der Finanzämter, Organisation der StD AV und ELStAM, Arbeitsoptimierung Referat 53 Informations- und Kommunika-tionstechnik des Ressorts MF (ohne Finanzämter mit Aus-nahme der Finanzdienste), Einführung Dokumenten-management- und Vorgangs-IKT-Projektmanagement / Strategie, Projektbegleitung Haushalt für MI, MW und MULE, Gender Budgeting Geld- und Kapitalmarktgeschäfte Bundesbau, Fachaufsichts-führende Ebene Bundesbau Referat 14 Referat 24 Referat 34 Referat 44 Referat 54 Haushalt LT, MF, MS, MJ, LRH, LfD und Einzelpläne 19 und 20, Sondervermögen, Beauftragte/r Einzelplan 53, 54 und 55 Liegenschaftsverwaltung, Fachaufsicht und Organisatorische Dienstauf-sicht Landesbetrieb BLSA IKT-Vertragsmanagement, Globales Lizenzmanagement, Steuerung IT Dienstleister (SITD) Steuerberatungsrecht, Allgemeines Abgabenrecht, Vollstreckung, steuerliches Kassenwesen Tarifrecht Tarifrecht, Personalvertretungsrecht, Personalvermittlungsstelle der Landesverwaltung (PVS), Geschäftsstelle des Landespersonalausschusses (LPA) Referat 25 Referat 35 Referat 45 Referat 55 Grundsatzfragen und Regel-werke Staatshochbau, Öffent-liches Auftragswesen, Bau-fachliche Laufbahnfragen, Ver-waltungskosten-Vereinbarung Bundesbau, STARK III Stellen- und Personalausgabenhaushalte, Strategisches Personalma-nagement Einkommensteuer (Über-schusseinkünfte, Lohnsteuer), Kirchensteuer, Lohnsteuer-zerlegung, Vermögensbildung IT der Finanzämter (ohne Finanzdienste), Geschäftsstelle CIO, IKT-Grundsatz und -Strategie Referat 15 Referat 26 Referat 46 Körperschaftsteuer, Gewerbe-steuer, Gemeinnützigkeit, Um-wandlungssteuerrecht, Inter-nationales Steuerrecht, Invest-HAMISSA 2.0, Leitstelle HAMISSA 2.0, Landesleitstelle Fördermitteldatenbank Besoldungs- und Versor-gungsrecht, Beihilfe Referat 16 mentsteuerrecht, Einkommen-Referat 27 steuer (Gewinneinkünfte), In-vestitionszulage, Solidaritäts-Haushalt (Epl. 04, 19, 20, 51) Kommunale Finanzbeziehungen zuschlag Referat 17 EU-Verwaltungsbehörde für die ESI-Fonds – EU-VB Justiziariat und Innenrevision (Innenrevision unmittelbar dem Amtschef unterstellt) EFRE/ESF

EU-Verwaltungsbehörde für die ESI-Fonds – EU-VB ELER

# Organisationsübersicht für den Geschäftsbereich





Dienst- und Fachaufsicht

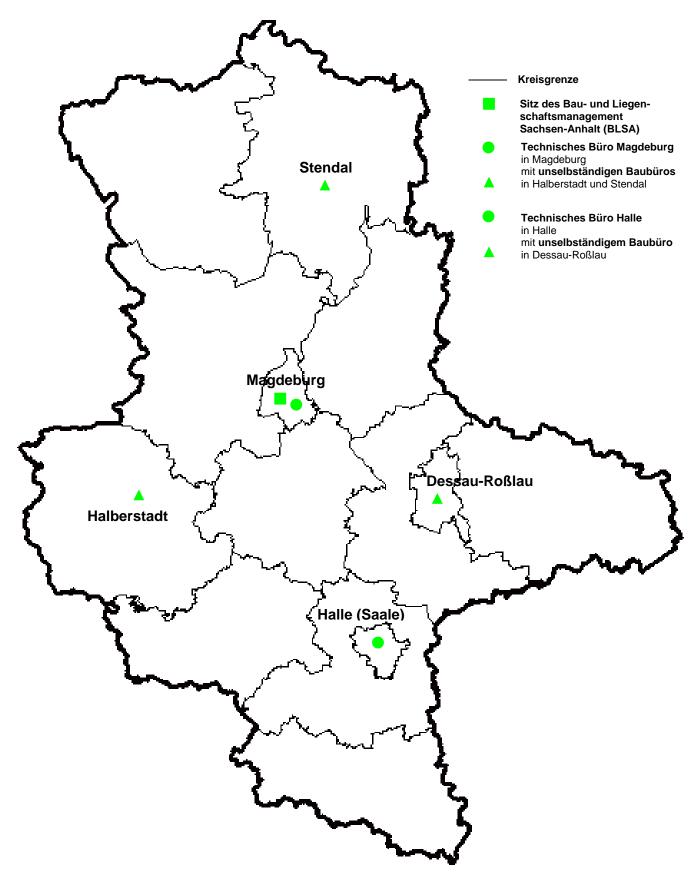
<sup>- · · -</sup> Rechtsaufsicht

# Organisationsplan Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt

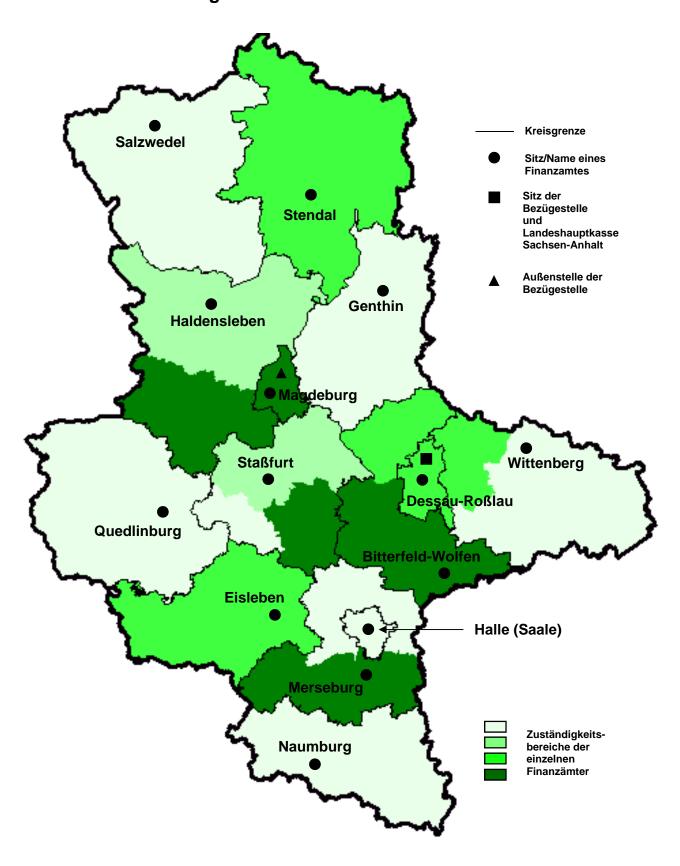


Innenrevision Ministerium der Finanzen Geschäftsführer/-in Strategisches Controlling Geschäftsbereich 2 - Bau- und Liegenschaftsmanagement Geschäftsbereich 1 - Zentrale Dienste **Fachbereich Fachbereich Fachbereich Fachbereich Fachbereich Fachbereich Fachbereich Fachbereich Fachbereich** Direktionsbereich 11 12 21 23 26 27 13 22 Betriebs-Personal-Finanz-Rechtsange-Kauf-Technisches Grundsatz Bundesbau Zuwendungslegenheiten / männisches Gebäude-Land und bau management management management Vergabe, Fis-Gebäude-Dritte management kalerbschaften, management Vermögenszuordnung Standort Magdeburg Baubüro Halberstadt Team Team **Team** Team Technisches Büro Magdeburg Baubüro Stendal N 22 N 23 N 25 N 24 Gebäude-Fachdienste Bau-**Planung** management durchführung **Team** Team **Team Team** Technisches Büro Halle S 25 Baubüro Dessau S 22 S 23 S 24 Standort Halle Gebäude-Bau-Fachdienste **Planung** management durchführung

# 2.4.1 Bau- und Liegenschaftsmanagement Sachsen-Anhalt



# 2.4.2 Finanzverwaltung



# 2.5 Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration

Vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration werden hauptsächlich folgende Aufgaben bzw. Zuständigkeiten wahrgenommen:

#### Gesundheit

- Ärztliche, zahnärztliche und psychotherapeutische Versorgung (ambulant, stationär und sektorenübergreifend),
- Apothekenwesen,
- Arznei-/Betäubungsmittelwesen und neue psychoaktive Stoffe,
- Aufsicht über landesunmittelbare Kranken- und Pflegekassen, Kassen(zahn)ärztliche Vereinigung und Medizinischen Dienst der Krankenversicherung Sachsen-Anhalt,
- Badegewässerhygiene,
- Europäische Gesundheitspolitik,
- Leichen-, Bestattungs- und Friedhofswesen,
- Gesundheitswirtschaft,
- Gesundheitsschutz, Gesundheitsförderung, Gesundheitsprävention,
- Heilberufe und Fachberufe des Gesundheitswesens einschließlich Schulen für nichtärztliche Heilberufe (soweit nicht das Ministerium für Bildung nach § 2 Abs. 4 Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt zuständig ist),
- Heimaufsicht, Wohn- und Teilhabegesetz,
- Hygiene,
- Aufsicht über Kammern für Humanheilberufe,
- Krankenhausplanung und -finanzierung,
- Krebsregister,
- Landesprüfungsamt für Sozialversicherung,
- Öffentlicher Gesundheitsdienst / Medizinische Angelegenheiten,
- Pflege, stationäre Pflegeeinrichtungen und sonstige Wohnformen,
- Private Kranken- und Pflegeversicherung,
- Sozialversicherung (Kranken- und Pflegeversicherung),
- Trinkwasserhygiene,
- Umweltmedizin, Umwelthygiene (soweit nicht MULE zuständig);

#### Soziales

- Armuts- und Reichtumsmonitoring,
- Beauftragte(r) der Landesregierung von Sachsen-Anhalt für die Belange der Menschen mit Behinderungen - Landesbehindertenbeauftragter,

- Demografische Entwicklung unter besonderer Berücksichtigung der Arbeitsmarkt-, Gesundheits-, Sozial- und Familienpolitik in Abstimmung mit dem MLV,
- Europäische Sozialpolitik,
- Kinderbeauftragte(r),
- Kriegsopferversorgung und Kriegsopferfürsorge, soziales Entschädigungsrecht, Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (Soziale Ausgleichsleistungen nach Abschnitt 3), Anti-D-Hilfegesetz,
- Suchtprävention und Suchtkrankenhilfe,
- Maßregelvollzug einschließlich der Unterbringung gemäß § 11 Therapieunterbringungsgesetz,
- Politik für Menschen mit Behinderungen,
- Unterbringung nach dem Gesetz über Hilfen für psychisch Kranke und Schutzmaßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt, Psychisch Kranke,
- Soziale Berufe,
- Soziale Innovationen,
- Sozialhilfe,
- Sozialpolitik,
- Sozialversicherung (gesetzliche Renten- und Unfallversicherung),
- Schiedsstelle nach SGB VIII, SGB XI und SGB XII,
- Stiftung Anerkennung und Hilfe, Anlauf- und Beratungsstelle;

#### Familie

- Außerschulische Jugendbildung,
- Assistierte Reproduktion,
- Beratungsangebote,
- Ehe-, Familien-, Lebens- und Erziehungsberatung,
- Elterngeld,
- Europäische Jugendpolitik,
- Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz,
- Familienhilfe, Familienförderung,
- Freiwilligendienste im sozialen, medizinischen, sportlichen und (sozial-)pädagogischen Bereich,
- Frühkindliche Bildung,
- Internationale Jugendarbeit,
- Jugendsozialarbeit,
- Kinder- und Jugendhilfe,
- Kinderschutz / Frühe Hilfen,
- Landesjugendamt,

- Seniorenpolitik,
- Schwangerschaftsberatung,
- Unterhaltsvorschuss,
- Wohlfahrtspflege;

#### Arbeit

- Arbeit,
- Arbeitsmarktpolitik,
- Arbeitsrecht,
- Berufliche Aus- und Weiterbildung,
- Europäische Arbeitsmarktpolitik,
- Finanzielle Förderung der beruflichen Bildung und betrieblichen Ausbildung,
- Grundsicherung für Arbeitsuchende,
- Bildungs- und Teilhabepaket,
- Integration schwerbehinderter Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt,
- Tarifrecht (gewerbliche Wirtschaft, Handel), Tarifausschuss,
- Tarifregister;

## Integration

- Integrationsbeauftragte(r) der Landesregierung,
- Integrationspolitik,
- Förderung der Interkulturellen Kompetenz und der Willkommenskultur,
- Verbesserung der Partizipation und Teilhabemöglichkeiten von Migrantinnen und Migranten -Unterstützung der Migrantenselbstorganisationen,
- Finanzielle Förderung von Maßnahmen zur Unterstützung der Integration von Zugewanderten,
- Integration von Zugewanderten in Arbeit,
- Niedrigschwellige Sprachförderung,
- Erstinformation und Beratung für Zugewanderte,
- Geschäftsstelle des Landesintegrationsbeirats;

#### Verbraucher- und Arbeitsschutz

- Arbeitsschutz,
- Europäische Arbeitsschutzpolitik,
- Fleischhygiene,
- Lebensmittel- und Bedarfsgegenständeüberwachung,
- Marktüberwachung für Verbraucherprodukte nach dem Produktsicherheitsgesetz,
- Medizinprodukte,

- Verbraucheraufklärung,
- Verbraucherschutz;

#### Demokratie- und Engagementförderung

- Rechtliche Regelungen,
- Konzeptionen für zivilgesellschaftliche Initiativen,
- Öffentlichkeitsarbeit,
- Versicherung ehrenamtlicher Träger,
- Anerkennung zivilgesellschaftliches Engagement,
- Grundsatzfragen der Demokratieförderung, Prävention und Bekämpfung von Rechtsextremismus,
- Entwicklung und Umsetzung von Konzepten gegen Rechtsextremismus sowie Rassismus,
- Islamismus und andere Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit,
- Landeskoordinierungsstelle für das Bundesprogramm "Demokratie leben!",
- Weiterentwicklung des Beratungsnetzwerkes gegen Rechtsextremismus,
- Koordinierung der kommunalen Partnerschaften für Demokratie (PfD) sowie der Modellprojekte,
- Ausstiegs- und Distanzierungsprojekte aus dem Rechtsextremismus,
- Radikalisierungsprävention im Themenfeld Islamismus und Abbau von Islamfeindlichkeit,
- Leitung des Landespräventionsnetzwerkes Islamismus,
- Ressortübergreifende Koordinierung des Landesprogramms für Demokratie, Vielfalt und Weltoffenheit,
- Konzeptionelle Weiterentwicklung des Landesprogramms in Kooperation mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren.
- Federführende Koordinierung der Gremien zur fachlichen Abstimmung und Umsetzung des Landesprogramms (Zivilgesellschaftlicher Beirat, IMAK),
- Grundsatzfragen der Antidiskriminierungsarbeit,
- Informations- und Aufklärungsarbeit zum Abbau von Diskriminierungen,
- Betreuung und Weiterentwicklung der bestehenden netzwerkorientierten Beratungsinfrastruktur.

Im Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration sind folgende Landesbeauftragte angesiedelt:

## • Integrationsbeauftragte(r) der Landesregierung

Die/der Integrationsbeauftragte der Landesregierung nimmt hauptsächlich folgende Aufgaben wahr:

- Informations- und Aufklärungsarbeit zum Abbau von Fremdenfeindlichkeit sowie zur Förderung des interkulturellen Dialogs,
- Betreuung besonderer Zuwanderungsgruppen, insbesondere Flüchtlinge und schutzbedürftige Gruppen,
- Beratung von Ratsuchenden in integrations- und zuwanderungsrechtlichen Fragen sowie im Hinblick auf Diskriminierungserfahrungen (Einzelfälle),
- Mitarbeit in der Härtefallkommission,
- Vertretung des Politikfeldes nach außen, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der/des Integrationsbeauftragten und
- Integrationspreis des Landes Sachsen-Anhalt.

# Beauftragte(r) der Landesregierung von Sachsen-Anhalt für die Belange der Menschen mit Behinderungen - Landesbehindertenbeauftragter

Die/der Beauftragte der Landesregierung von Sachsen-Anhalt für die Belange der Menschen mit Behinderungen - Landesbehindertenbeauftragter nimmt hauptsächlich folgende Aufgaben wahr:

- Ansprechpartner für alle Menschen mit Behinderungen,
- Bindeglied zwischen Menschen mit Behinderungen und Verwaltung,
- Mittler zwischen Menschen mit Behinderungen, Selbsthilfeverbänden, Politik und öffentlicher Verwaltung,
- Beratung der Landesregierung in allen Fragen von Menschen mit Behinderungen und Unterbreitung von Vorschlägen zur Inklusion von Menschen mit Behinderungen in die Gesellschaft,
- Beteiligung an Verfahren der Gesetz- und Verordnungsgebung im Rahmen seiner Zuständigkeiten,
- Abbau und Entgegenwirken von Diskriminierung und Benachteiligung von Menschen mit Behinderungen,
- Einhaltung des Benachteiligungsverbotes,

- Wahrnehmung des Vorsitzes und der Geschäftsführung des Behindertenbeirats des Landes Sachsen-Anhalt,
- Leitung und Geschäftsführung des Runden Tisches für Menschen mit Behinderungen,
- Geschäftsführung und Vorsitz des Inklusionsausschusses des Landes Sachsen-Anhalt und
- Berichterstattung gegenüber dem Landtag.

## Kinderbeauftragte(r)

Die/der Kinderbeauftragte nimmt hauptsächlich folgende Aufgaben wahr:

- Beratung der Landesregierung in allen Angelegenheiten der Kinderpolitik,
- Ansprechpartnerin/Ansprechpartner für Kinder zur Kinderpolitik des Landes,
- Beteiligung an Verfahren der Gesetz- und Verordnungsgebung, soweit sie Kinder betreffen,
- Initiierung und Mitwirkung an der Entwicklung von Strategien, Konzeptionen und Programmen zur Kinderpolitik im Land Sachsen-Anhalt,
- Bekanntmachung der UN-Kinderrechtekonvention,
- Mitwirkung an der Entwicklung politischer und sozialer Rahmenbedingungen zur Förderung von Kindern,
- Förderung von Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit und
- Leitung der Geschäftsstelle der Landeselternvertretung (KiFöG).

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration gehören in der unmittelbaren Landesverwaltung folgende Behörden:

- Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt (Karte 2.5.1),
- Sozialagentur Sachsen-Anhalt (Karte 2.5.1)
- Teile des Landesverwaltungsamtes (Referate 201, 203, 207, 302 und die Abteilung 5).

## Aufgabenbeschreibungen der Behörden

#### Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt

Mit Wirkung vom 1. Januar 2004 wird das Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt (LAV) als Landesbetrieb gemäß § 26 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt geführt.

Das LAV ist mit den Fachbereichen "Hygiene", "Lebensmittelsicherheit", "Veterinärmedizin" und "Arbeitsschutz" für ganz Sachsen-Anhalt zuständig und nimmt folgende Aufgaben wahr:

## Fachbereich Hygiene

Es werden auf den Gebieten der Epidemiologie, der Krankenhaus- und Praxishygiene, der Trinkund Badewasserhygiene, der Kommunalhygiene, der Umweltmedizin und des Infektionsschutzes einzelfall- und bevölkerungsbezogene Datenerhebungen und Laboruntersuchungen sowie deren nachfolgende fachliche Bewertungen durchgeführt. Sie dienen der Erkennung, Verhütung und Bekämpfung von übertragbaren Krankheiten, dem Schtz und der Verbesserung des umweltbezogenen Gesundheitszustandes sowie der Verringerung arzneimittelbdingter Gefährdungen der Bevölkerung in Sachsen-Anhalt.

In der Arzneimittelprüfstelle werden Proben im Rahmen der Arzneimittel- und Apothekenüberwachung amtlich untersucht. Der Fachbereich ist zuständige Behörde für den öffentlichen Gesundheitsdienst und alle Maßnahmen der Seuchenbekämpfung im landesweiten Maßstab und mit landesweiter Bedeutung sowie Fortbildungsstätte für die Beschäftigten des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. Die Gesundheitsberichterstattung einschließlich der Pflege der dazu gehörigen Internetplattform ist eine weitere Aufgabe des Fachbereichs.

## Fachbereich Lebensmittelsicherheit

Es werden die im Rahmen der amtlichen Lebensmittel- und Bedarfsgegenstandsüberwachung nach Probenplänen sowie aus besonderem Anlass gezogenen Proben von Lebensmitteln, Wein, Bedarfsgegenständen, kosmetischen Mitteln und Tabakwaren untersucht und sachverständig auf der Grundlage von europäischen und nationalen Rechtsnormen beurteilt. Dies schließt Untersuchungen zur Abklärung lebensmittelbedingter Erkrankungen, von Proben, die als Verbraucherbeschwerden eingegangen sind, sowie von gentechnisch veränderten Lebensmitteln ein. Es werden weiterhin Untersuchungen und sachverständige Beurteilung von Produkten des Weinrechts durchgeführt. Die Sachverständigen des Fachbereiches unterstützen die Behörden der Landkreise und kreisfreien Städte des Landes im Rahmen von Teamkontrollen in Lebensmittelunternehmen des Landes mit überregionaler Bedeutung.

#### Fachbereich Veterinärmedizin

Es werden morphologische, mikrobiologische, molekularbiologische, serologische, parasitologische und elektronenoptische Untersuchungen an Materialien von lebenden und gefallenen Hausund Wildtieren zur Überwachung und Feststellung von Tierseuchen und Zoonosen nach dem Tiergesundheitsgesetz sowie zur Feststellung oder zum Ausschluss anderer Todes- und Erkrankungsursachen durchgeführt. Darüber hinaus werden Monitoring- und andere Untersuchungen zu pharmakologisch wirksamen Substanzen und anderen Rückständen und Umweltkontaminanten vorgenommen. Durch den staatlichen Tierseuchenbekämpfungs- und Tierschutzdienst des Landes werden Programme zur Bekämpfung von Tierseuchen und zur Einhaltung von Nutztierhaltungsnormen bearbeitet. Die Task-Force Tierseuchenbekämpfung unterstützt die Veterinärbehörden des Landes sowohl bei der Vorbeugung als auch bei der Bekämpfung von Tierseuchenausbrüchen sowie bei der Überwachung der Einhaltung von Tierschutznormen in der Nutztierhaltung. Durch den epidemiologischen Dienst werden Risikobewertungen zu Tierseuchen und Zoonosen durchgeführt. Darüber hinaus erfolgt durch den technischen Kontrolldienst die sachverständige Begutachtung von Maschinen und Einrichtungen entlang der Lebensmittelkette und in der Tierkörperbeseitigung.

#### Fachbereich Arbeitsschutz

Der Fachbereich ist gemäß Zuständigkeitsverordnungen zuständige Behörde für den Vollzug des technischen, medizinischen und sozialen Arbeitsschutzes. Darüber hinaus ist dieser Fachbereich auch zuständig für den technischen Verbraucherschutz und die allgemeine Produktsicherheit, soweit es sich um Produkte handelt, die dem Produktsicherheitsrecht zuzuordnen sind.

Hierbei werden Marktüberwachungen bei den Wirtschaftsakteuren (Hersteller, Bevollmächtigte, Einführer und Händler) durchgeführt, Produkte auf die Einhaltung der gesetzlich vorgegebenen Sicherheitsanforderungen geprüft und darauf aufbauend die notwendigen Maßnahmen (z. B. Nachbesserung, Verbot des Inverkehrbringens, Rückruf vom Markt, Information der Öffentlichkeit) getroffen.

## **Ethik-Kommission des Landes Sachsen-Anhalt**

Beim Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt ist die "Ethik-Kommission des Landes Sachsen-Anhalt" mit deren Geschäftsstelle angesiedelt.

Die Ethik-Kommission ist für die Bewertung klinischer Prüfungen von Arzneimitteln zur Anwendung am Menschen zuständig.

## Sozialagentur Sachsen-Anhalt

Die Sozialagentur Sachsen-Anhalt wurde durch Beschluss der Landesregierung vom 23. März 2004 mit Wirkung vom 1. Juli 2004 als Landesbetrieb gemäß § 26 Abs. 1 der Landeshaushaltsordnung des Landes Sachsen-Anhalt errichtet. Sitz der Sozialagentur ist in Halle (Saale).

Die Sozialagentur nimmt die im Gesetz zur Ausführung des Zwölften Buches Sozialgesetzbuch - Sozialhilfe - (AG SGB XII) vom 8. Januar 2005 (GVBI. LSA S. 8), zuletzt geändert durch Gesetz vom 13. August 2014 (GVBI. LSA S. 394), und im Erlass des Ministeriums für Gesundheit und Soziales vom 14. Juni 2004 (MBI. LSA S. 330) über die Errichtung der Sozialagentur festgelegten Aufgaben des Landes Sachsen-Anhalt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe (üöTrSh) wahr, sofern die Aufgaben nicht dem Ministerium vorbehalten oder nach § 4 AG SGB XII von den Landkreisen und kreisfreien Städten im Rahmen des Heranziehungsverhältnisses durchzuführen sind.

Die Sozialagentur nimmt die Steuerungsfunktion bei den Aufgaben des überörtlichen Trägers der Sozialhilfe wahr und übt die Fach- und Rechtsaufsicht zur Sicherung eines einheitlichen Vollzuges gegenüber den Landkreisen und kreisfreien Städten als herangezogene Gebietskörperschaften (hGk) aus.

#### Darüber hinaus

- übernimmt sie die zentral durchzuführenden Aufgaben (z. B. Grundsatzfragen, rechtliche Vertretung vor Gerichten, Abschluss von Leistungs-, Vergütungs- und Prüfungsvereinbarungen nach SGB XI und XII, Vertretung in der Kommission "K75" u. a.),
- realisiert sie die Fortbildung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der hGk zur Sicherung einer einheitlichen Rechtsanwendung bei den herangezogenen Aufgaben,
- führt sie ein einheitliches Sozialhilfecontrolling durch,
- hält sie den rehabilitations-pädagogischen Fachdienst vor,
- ist sie Widerspruchsbehörde,
- ist sie die zuständige Stelle für die Anerkennung und Förderung von Angeboten nach §§ 45 a bis d SGB XI,
- ist sie die zuständige Landesbehörde nach § 82 Abs. 3 und 4 SGB XI,
- vertritt sie das Land Sachsen-Anhalt in bundesweiten Gremien der üöTrSh (z. B. Bundesarbeitsgemeinschaft - BAGüS) und

- vertritt sie den üöTrSh in den Fachausschüssen der Werkstatt für behinderte Menschen (WfbM).

## Landesverwaltungsamt

Dem Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration obliegt die Fachaufsicht über Aufgaben, die in den Referaten 201, 203, 207, 302 und in der Abteilung 5 des Landesverwaltungsamtes wahrgenommen werden:

## Referat 201 - Gefahrenabwehr, Hoheitsangelegenheiten, Sport (teilweise)

- Bestattungsrecht (Bestattungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (BestattG LSA),
- Glücksspielgesetz (Suchtprävention für diesbezügliche Maßnahmen im Bereich des Glücksspiels);

#### Referat 203 - Verbraucherschutz, Veterinärangelegenheiten (teilweise)

- Obere Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörde,
- Fachaufsicht über die unteren Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden,
- Gesundheitsbezogener Verbraucherschutz, Überwachung von kosmetischen Mitteln, sonstigen Bedarfsgegenständen und Tabakerzeugnissen, Weinüberwachung sowie Fleisch- und Geflügelfleischhygiene, Verbraucherinformation, Überwachung von Lebensmitteln tierischer Herkunft und pflanzlicher Herkunft,
- Veterinärangelegenheiten und Verbraucherschutz im Rahmen der zivilen Verteidigung, des Katastrophenschutzes,
- Qualitätsmanagement,
- Ausbildung und Prüfung sowie Fortbildung von Lebensmittelkontrolleurinnen und Lebensmittelkontrolleuren sowie amtlichen Fachassistentinnen und Fachassistenten,
- Ausbildung und Prüfung von Veterinärreferendaren,
- Zulassungsbehörde im Sinne des Artikels 4 der VO (EG) Nr. 853/2004;

# Referat 207 - Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen, 2. SED-UnBerG, Integration, Bildung, Ausbildungsförderung (teilweise)

- Zuwendungen zur Integration von Migrantinnen und Migranten, zur Verbesserung der Situation von Flüchtlingen sowie zur interkulturellen Öffnung von Organisationen, Einrichtungen und Diensten,
- Förderprojekt "Interkulturelles Lernen in Kita und Schule";

## Referat 302 - ESF-Förderung (teilweise)

Gewährung von Zuwendungen für folgende Maßnahmen/Projekte:

- Berufswahl Richtig Angehen Frühzeitig Organisieren (BRAFO),
- Berufsorientierung und Berufsvorbereitung (Förderbereich Einzelprojekte),
- Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ),
- Assistierte Ausbildung,
- Unterstützung der Berufsausbildung und des Übergangsmanagements (Förderbereich Einzelprojekte),
- Regionales Übergangsmanagement (RÜMSA),
- Überbetriebliche Lehrunterweisung (ÜLU),
- Unterstützung der Fachkräftesicherung (Förderbereich Einzelprojekte),
- Unterstützung der Fachkräftesicherung (FK-FOKUS),
- Transferzentren an Hochschulen,
- Örtliches Teilhabemanagement,
- Förderung der Eingliederung durch Abbau von Diskriminierung,
- Niederschwellige Sprachkursangebote;

## Abteilung 5 Familie, Gesundheit, Jugend und Versorgung

## Referat 501 - Landesjugendamt - Kinder und Jugend

- Verwaltungsleitung des Landesjugendamtes, Landesjugendhilfeausschuss,
- Geschäftsführung des Landesjugendhilfeausschusses,
- Planung, konzeptionelle Entwicklung und Organisation von Fortbildungsangeboten,
- Organisation von Fachtagungen,
- Fachaufsicht, Unterhaltsvorschussleistungen gemäß Unterhaltsvorschussgesetz,
- Beratungsangebote (Telefonseelsorge, Kinder-Jugend-Elterntelefone),
- Förderung wohlfahrtspflegerische Einzelmaßnahmen,
- Bürgerschaftliches Engagement;

#### Jugendhilfe und Kinderschutz

- Beratung der Jugendämter,
- Erarbeitung von Planungs- und Entscheidungsvorschlägen für die überörtliche Jugendhilfeplanung,
- Gewährung von Zuwendungen zur Durchführung von Modellvorhaben im Rahmen der Weiterentwicklung der Jugendhilfe und des Kinderschutzes,
- Anerkennung und Beratung von Trägern der freien Jugendhilfe;

Jugendarbeit, Jugendsozialarbeit, erzieherischer Kinder- und Jugendschutz, Tagesbetreuung von Kindern

- Erarbeitung von Qualitätsstandards,
- Zuwendungen im Rahmen der Förderung von Projekten der Jugendarbeit,
- Zuwendungen im Rahmen der Förderung von Projekten des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes,
- Zuweisungen nach § 31 Kinder- und Jugendhilfegesetz Sachsen-Anhalt (KJHK-LSA),
- Zuwendungen im Rahmender Förderung von Projekten der Jugendsozialarbeit,
- Sonstige Zuwendungen/Zuschüsse gemäß SGB VIII,
- Ausnahmegenehmigung gemäß § 6 i. V. m. § 2 Nr. 5 Nichtraucherschutzgesetz,
- Beratung der Jugendämter im Rahmen der Anwendung des Unterhaltsvorschussgesetzes,
- Zuwendungen/Zuschüsse (Kindertageseinrichtungen, sonstige Investitionsvorhaben gemäß SGB VIII),
- Fachaufsicht über die örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe der Landkreise und kreisfreien Städte bei der Aufgabenwahrnehmung nach § 20 Kinderförderungsgesetz sowie Widerspruchsbehörde / Fachberatung und Fortbildung,
- Qualitätsentwicklung und Qualitätsmanagement für Kindertageseinrichtungen,
- Überörtliche Bedarfs- und Entwicklungsplanung, Statistik (Kindertageseinrichtungen);

#### Referat 502 - Landesjugendamt - Familie und Frauen (teilweise)

- Zentrale Adoptionsstelle,
- Erstattung von Jugendhilfekosten durch den überörtlichen Träger der Jugendhilfe,
- Fachaufsicht über die Landkreise und kreisfreien Städte und Widerspruchsbehörde bei der Aufgabenwahrnehmung nach dem Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz sowie Administration des ADV-Verfahrens.
- Hilfen zur Erziehung, Heimerziehung, Betriebserlaubnisverfahren und Aufsicht zum Schutz von Kindern und Jugendlichen in erlaubnispflichtigen Einrichtungen,
- Zentrale Verteilerstelle des Landes Sachsen-Anhalt zur Unterbringung, Versorgung und Betreuung unbegleiteter minderjähriger ausländischer Kinder und Jugendlicher in Sachsen-Anhalt (UMA),
- Aufgaben zum Schutz von unbegleiteten minderjährigen ausländischen Kinder und Jugendlicher in Einrichtungen der Jugendhilfe,
- Förderung / Modellprojekte von Bund / Land für UMA,
- Zuwendungen im Rahmen der Förderung von frauenspezifischen Maßnahmen,
- Zuwendungen im Rahmen der Förderung von familienspezifischen Maßnahmen,
- Förderung von Seniorenarbeit,
- Zuwendungen im Rahmen der Förderung von Projekten zu Hilfen zur Erziehung,

- Anerkennung und Förderung von Insolvenzberatungsstellen,
- Schwangerschaftsberatungsstellen;

# Referat 504 - Gesundheitswesen, Pharmazie (ausgenommen die Durchführung des § 5 Abs. 1 des Gesetzes zur Ausführung des Therapieunterbringungsgesetzes in Sachsen-Anhalt (AG ThUG LSA)

- Obere Gesundheitsbehörde; Fachaufsicht über die unteren Gesundheitsbehörden der Landkreise und kreisfreien Städte sowie Widerspruchsbehörde,
- Gesundheitlicher Bevölkerungsschutz und Medizinischer Katastrophenschutz nach § 14 b Krankenhausgesetz Sachsen-Anhalt (KHG LSA),
- Durchführung des Gesetzes über Hilfen für psychisch Kranke und Schutzmaßnahmen des Landes Sachsen-Anhalt,
- Geschäftsstelle des Ausschusses für Angelegenheiten der psychiatrischen Krankenversorgung des Landes Sachsen-Anhalt,
- Durchführung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten; Bußgeldverfahren nach SGB XI –
   Pflegeversicherung,
- Beratungsangebote (Erziehungs-, Familie-, Lebens- und Eheberatung);

## Ergänzende Aufgaben:

#### im Gesundheitsbereich

- Zuwendungen/Zuschüsse,
- Beirat Noxen Informationssystem (schädigende, krankheitserregende Stoffe),
- Entschädigungsleistungen wegen Verdienstausfalls nach § 56 und § 65 Infektionsschutzgesetz,
- Ordnungswidrigkeiten nach § 18 Krebsregistergesetz Sachsen-Anhalt (KRG LSA),
- Mitglied im Landesfachausschuss für die Anerkennung von Kur- und Erholungsorten,
- Gesundheits- und Sozialverträglichkeitsstellungnahmen bei Raumordnungsverfahren,
- Geschäftsstelle der Kommission zur Beurteilung der Zulässigkeit von Organspenden von Lebenden entsprechend dem § 8 Abs. 3 Transplantationsgesetz,
- Mitglied in der Pandemiesachverständigengruppe,
- Mitglied in der Landesarbeitsgruppe "Trinkwasser";

Pharmazie (mit Ausnahme der Apothekenüberwachung durch die Apothekerkammer Sachsen-Anhalt)

- Durchführung des Arzneimittelgesetzes,
- Durchführung des Apothekengesetzes,

- Durchführung des Heilmittelwerbegesetzes,
- Durchführung des Transfusionsgesetzes,
- Durchführung des Transplantationsgesetzes,
- Aufgaben nach dem Betäubungsmittelgesetz,
- Mitwirkung in Expertenfachgruppen und Arbeitskreisen im Bereich Pharmazie sowie in der "Gute Laborpraxis" Kommission des Landes Sachsen-Anhalt,
- Qualitätssicherungsmaßnahmen gemäß Arzneimittelgesetz-Verwaltungsvorschrift und EGrechtlichen Bestimmungen,
- Aufgaben im Zusammenhang mit der Leitung des GMP-/ GCP-Inspektorates,
- Zahlungen an länderübergreifende Einrichtungen und an den Bund;

## Referat 505 - Versorgungsärztlicher Dienst

- Leitender Arzt der Versorgungsverwaltung,
- Versorgungs- und sozialmedizinische Begutachtung in Ausgangs-, Widerspruchs- und Rechtsmittelverfahren
  - nach dem Sozialen Entschädigungsrecht (Bundesversorgungsgesetz mit Anhangs- und Sondergesetzen),
  - in Angelegenheiten der Kriegsopferfürsorge und der Hauptfürsorgestelle,
  - in Angelegenheiten der Heil- und Krankenbehandlung sowie der Orthopädischen Versorgungsstelle,
  - nach dem Schwerbehindertenrecht,
  - nach dem Landesblinden- und Gehörlosengeldgesetz,
- Sozialmedizinische Begutachtung im Auftrag des Integrationsamtes,
- Prüfungsausschussvorsitz für Gesundheitsfachberufe,
- Ärztliche Querschnittsaufgaben,
- Weiterbildung von Ärzten zur Erlangung der Bereichsbezeichnung Sozialmedizin;

#### Referat 506 - Heimaufsicht

- Heimaufsicht nach dem Gesetz über Wohnformen und Teilhabe des Landes Sachsen-Anhalt (WTG LSA),
- Geschäftsstelle der AG 29 nach § 29 Wohn- und Teilhabegesetz Sachsen-Anhalt;

#### Referat 507 - Landesprüfungsamt für Gesundheitsberufe

Akademische Gesundheitsberufe und Heilpraktikerangelegenheiten

- Durchführung der Bundesärzteordnung,
- Durchführung des Zahnheilkundegesetzes,
- Durchführung der Bundesapothekerordnung,

- Durchführung des Psychotherapeutengesetzes,
- Durchführung von Aufgaben nach dem Lebensmittelchemikergesetz LSA,
- Heilpraktikerangelegenheiten nach dem Heilpraktikergesetz,
- Durchführung der Approbationsordnungen für Ärzte, Zahnärzte, Apotheker und Psychotherapeuten sowie der Verordnung über die Ausbildung und Prüfungen staatlich geprüfter Lebensmittelchemikerinnen und Lebensmittelchemiker des Landes Sachsen-Anhalt,
- Bestätigende Stelle für die Erteilung eines Heilberufausweises durch die Apothekenkammer (§ 291a Abs. 5d Satz 1 Nr. 2 SGB V);

#### Gesundheitsfachberufe

- Durchführung von Berufsgesetzen nach Bundesrecht,
- Staatliche Anerkennung und Aufsicht über Schulen und Ausbildungsstätten,
- Erteilung von Ausbildungsermächtigungen,
- Durchführung der Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen nach Bundes- und Landesrecht,
- Erteilung staatlicher Anerkennungen nach Landesrecht,
- Fachlich-inhaltliche Betreuung der IT-Fachprogramme "SUPRA MED", "SUPRA PHARM", "SUPRA DENT", "SUPRA PSYCH" sowie des "SUPRA-NAH-Verfahren";

#### Soziale Berufe

- Durchführung des Sozialberufeanerkennungsgesetzes Sachsen-Anhalt (SozBAnerkG LSA),
- Staatliche Anerkennung zu Berufs- und Studienabschlüsse auf den Gebieten der Sozialpädagogik sowie verwandten Gebieten;

#### Geschäftsstellen

- Geschäftsstelle für die Sachverständigenkommission zur Überprüfung nach dem Heilpraktikerrecht,
- Geschäftsstelle für den Gutachterausschuss für Widerspruchsverfahren in Heilpraktikerangelegenheiten;

## Referat 508 - Integrationsamt

- Erhebung und Verwendung der Ausgleichsabgabe,
- Kündigungsschutz (SGB IX) / Widerspruchsausschuss,
- Begleitende Hilfe im Arbeitsleben,
- Integrationsprojekte,
- Öffentlichkeitsarbeit, Schulung und Bildung,
- Integrationsfachdienste,
- Technischer Beratungsdienst bzgl. begleitender Hilfen im Arbeitsleben:

## Referat 509 - Landesversorgungsamt

- Allgemeine, übergreifende Angelegenheiten für die Versorgungsverwaltung / Kriegsopferfürsorge einschließlich solcher Angelegenheiten nach dem Anti-D-Hilfe-Gesetz, der Kapitalentschädigung und Opferpension nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz sowie dem Gesetz über das Blinden- und Gehörlosengeld,
- Widerspruchs- und Klageverfahren für die Versorgungsverwaltung zu den zuvor genannten Rechtsgebieten,
- Schadenersatzangelegenheiten im Rahmen des sozialen Entschädigungsrechts und nach dem Gesetz über das Blinden- und Gehörlosengeld,
- Erstattung von Fahrgeldausfällen an Verkehrsunternehmen für die unentgeltliche Beförderung schwerbehinderter Menschen im Nahverkehr,
- Bewilligung von Kuren in Angelegenheiten des Sozialen Entschädigungsrechts,
- Allgemeine Angelegenheiten im Rahmen der Kostenerstattung an Krankenkassen nach § 22 Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG);

#### Referat 510 - Versorgungsamt - Hauptfürsorgestelle, Soziales Entschädigungsrecht

- Durchführung des sozialen Entschädigungsrechts: Gewährung von Rentenleistungen / Entschädigungen einschließlich Heil- und Krankenbehandlung, Orthopädische Versorgung nach dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) und den Annexgesetzen,
- Entschädigungsleistungen nach dem Anti-D-Hilfegesetz,
- Unterstützungsleistungen für Bürger der ehemaligen DDR bei Gesundheitsschäden infolge medizinischer Maßnahmen nach dem Unterstützungsabschlussgesetz (UntAbschlG),
- Angelegenheiten der Kriegsopferfürsorge; Hauptfürsorgestelle,
- Gewährung von besonderen Zuwendungen nach § 17a Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (Opferpension),
- Kostenerstattung nach § 22 Schwangerschaftskonfliktgesetz (SchKG) und § 11 BVG,
- Kostenerstattung nach § 11 Bundesvertriebenengesetz;

#### Referat 511 - Versorgungsamt - Schwerbehindertenrecht

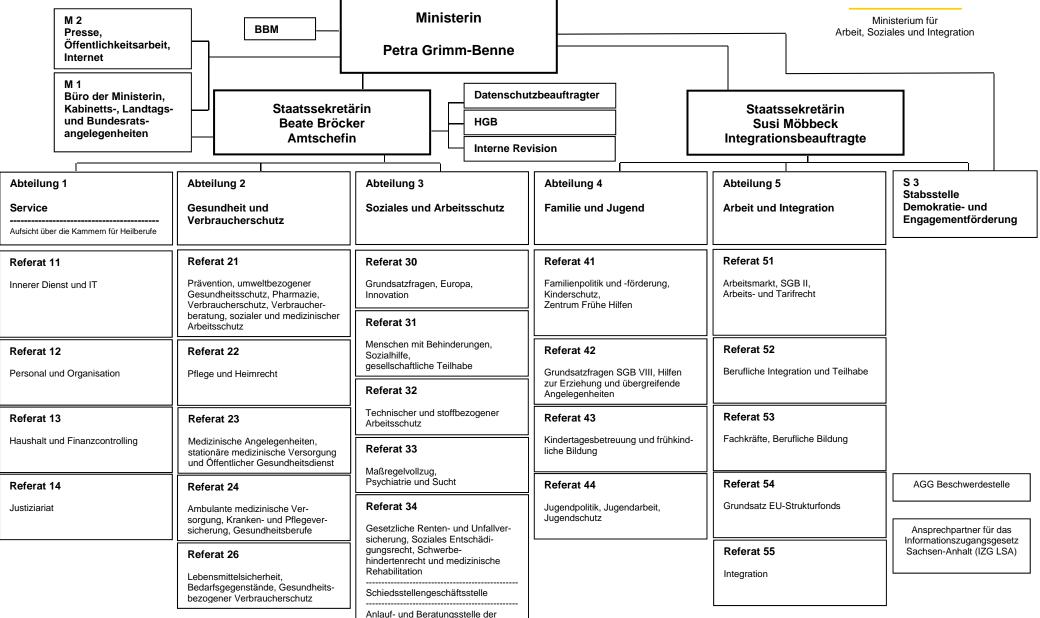
- Durchführung des Sozialgesetzbuches IX Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen,
- Durchführung des Gesetzes über das Blinden- und Gehörlosengeld im Land Sachsen-Anhalt,
- Kostenerstattung f
   ür die Versorgungsverwaltung nach dem Justizverg
   ütungsund -entschädigungsgesetz.

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Integration gehört in der mittelbaren Landesverwaltung folgendes beliehenes Unternehmen:

# • SALUS gGmbH.

Die SALUS gGmbH ist eine Gesellschaft mit hundertprozentiger Landesbeteiligung und wurde durch das Land Sachsen-Anhalt im Wege einer Beleihung damit beauftragt, die hoheitliche Aufgabe des Maßregelvollzuges für das Land wahrzunehmen.

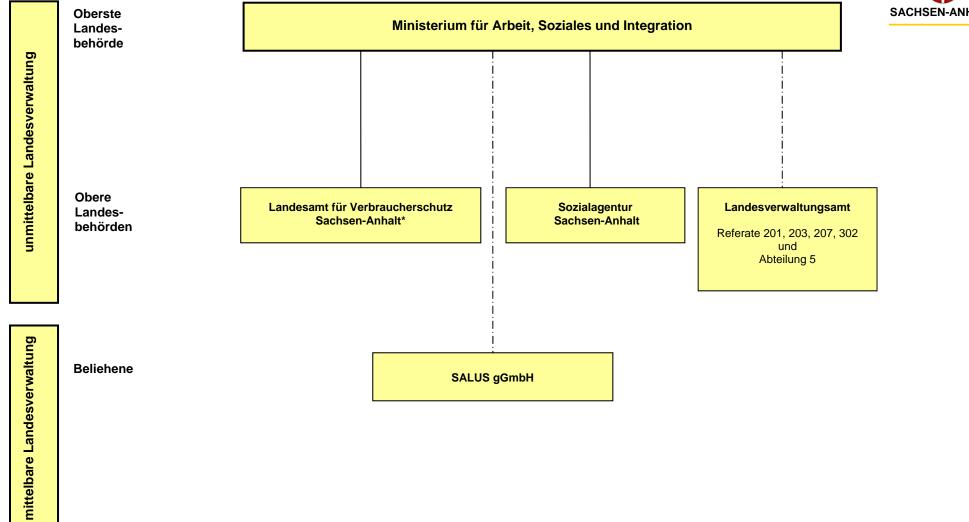




Stiftung "Anerkennung und Hilfe"

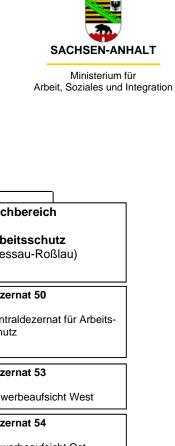
# Organisationsübersicht für den Geschäftsbereich



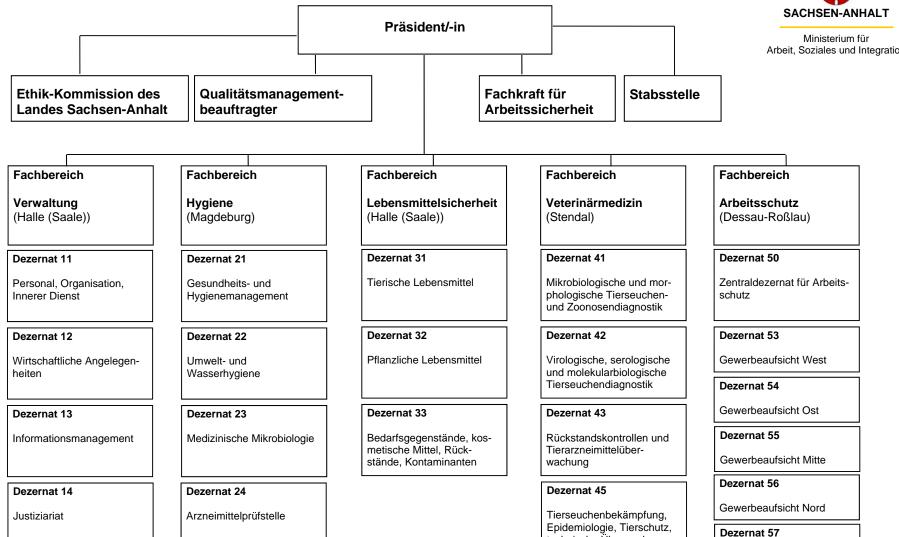


Dienst- und Fachaufsicht
Fachaufsicht
\* Fachaufsicht bei MS und MULE

# Organisationsplan Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt



Gewerbeaufsicht Süd



technische Überwachung

# Organisationsplan Sozialagentur Sachsen-Anhalt

Direktor/-in



Ministerium für Arbeit, Soziales und Integration

### Geschäftsbereich 1 Service

- Organisation
- Innere Dienste
- Personalangelegenheiten einschl. Aus- und Fortbildung des eigenen Personals
- Haushalt / Zahlungsverkehr
- Verfahren nach § 264 SBG V
- Sozialhilfe Controlling
- IT-Verfahren LÄMMkom
- interne IT

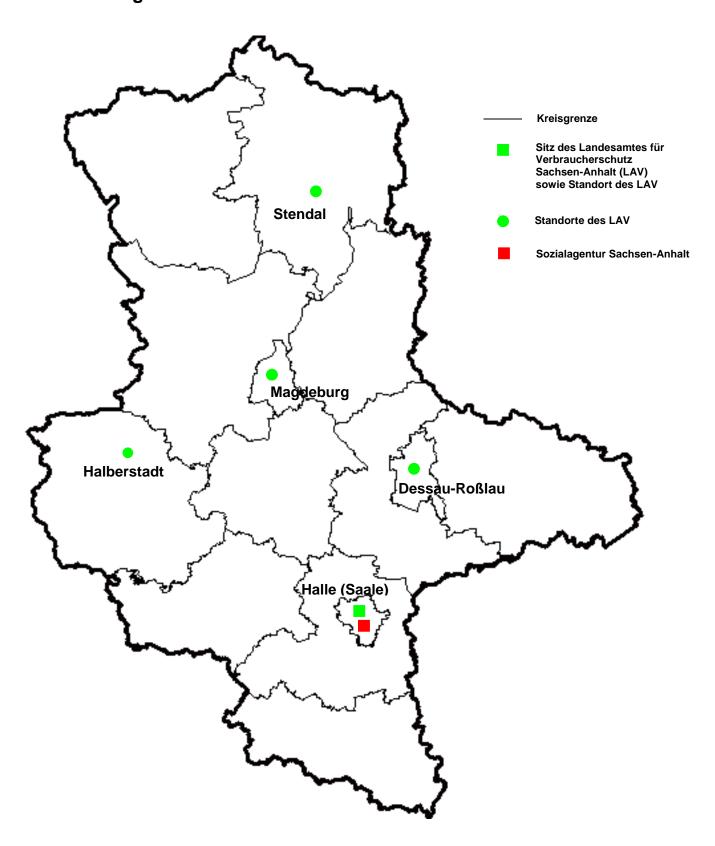
# Geschäftsbereich 2 Vertragswesen und Hilfeplanung

- fachplanerische Aufgaben
- Entgelte / Abschluss von Vereinbarungen und Verträgen nach SGB XII, SGB XI, Vorbereitung von Kostenübernahmeerklärungen etc.
- Zustimmungsverfahren zur gesonderten Berechnung von Investkosten (§ 82 Abs. 3 SGB XI)
- reha-pädagogischer Fachdienst

# Geschäftsbereich 3 Zentrale Aufgaben / Recht

- Grundsatzfragen zum Sozialrecht
- Fachaufsicht
- Aus- und Fortbildung der hGken
- Widerspruchsstelle gemäß § 99 SGB XII
- Durchführung von Klageverfahren
- Zentral zu erledigende Hilfen
- Zentral zu erledigende Annexaufgaben

# 2.5.1 Landesamt für Verbraucherschutz Sachsen-Anhalt, Sozialagentur Sachsen-Anhalt



# 2.6 Ministerium für Bildung

Vom Ministerium für Bildung werden hauptsächlich folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Allgemein bildendes und berufsbildendes Schulwesen, Erwachsenenbildung und lebenslanges
   Lernen, Lehreraus-, -fort- und -weiterbildung, politische Bildung,
- Schulrecht, Schulaufsicht, Schulentwicklungsplanung, Schulbauförderung und
- Kirchenangelegenheiten.

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Bildung gehören in der unmittelbaren Landesverwaltung folgende Behörden und Einrichtungen:

- Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt,
- Landesschulamt (Karte 2.6.1),
- 3 Gymnasien in Landesträgerschaft (Karte 2.6.2),
- 5 Förderschulen in Landesträgerschaft (Karte 2.6.3),
- Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (Karte 2.6.1),
- Teile des Landesverwaltungsamtes (Referate 207, 302 und 306).

## Aufgabenbeschreibungen der Behörden und Einrichtungen

## Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt

Die Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt (LpB) ist eine unmittelbar dem Ministerium für Bildung unterstellte obere Landesbehörde. Ihre vorrangige Aufgabe ist es, durch politische Bildungsarbeit die Entwicklung und Festigung des freiheitlich-demokratischen Bewusstseins zu fördern und die Bereitschaft zum politischen Engagement zu stärken. Die Grundlage für ihre Arbeit bilden die Ziele und Wertvorstellungen des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland und der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt.

Die LpB ist seit 1991 fester und anerkannter Bestandteil der vielfältigen Bildungslandschaft in Sachsen-Anhalt. Politische Bildung im öffentlichen Auftrag leistet seitdem einen fortdauernden und unverzichtbaren Beitrag zur persönlichen und gesellschaftlichen Orientierung sowie zur Entwicklung und Festigung demokratischer Einstellungen und Verhaltensweisen.

In Sachsen-Anhalt fällt der LpB gemeinsam mit anderen Bildungsträgern die wichtige Aufgabe zu, über die Vermittlung von Kenntnissen über die demokratischen Institutionen und rechtsstaatlichen Strukturen hinaus Angebote für die Einübung einer demokratischen Streitkultur und für Meinungsvielfalt vorzuhalten. Zugleich muss die Achtung vor anderen Einstellungen und Ethnien und Wertschätzung für kulturelle und religiöse Vielfalt geweckt und gestärkt werden.

Zur Förderung und Vermittlung der politischen Bildung bietet die LpB den Bürgerinnen und Bürgern des Landes Sachsen-Anhalt ein vielfältiges Programm von Veranstaltungen und Seminaren sowie ein umfangreiches Publikationsangebot an. Über die Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen zur Durchführung von Maßnahmen zur politischen Bildung werden zudem an freie und öffentliche Träger Zuwendungen ausgereicht.

Die politische Bildungsarbeit der LpB wird ergänzt durch das "Netzwerk für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt", deren Geschäftsstelle der LpB zugeordnet ist. Zu den Aufgaben des Netzwerkes gehört es, die Arbeit von Institutionen und zivilgesellschaftlichen Gruppen in unserem Bundesland für Demokratie, Weltoffenheit und Toleranz und gegen Extremismus, Rassismus und Antisemitismus zu stärken und zu verknüpfen.

Darüber hinaus übernimmt die LpB zudem die Landeskoordination für das Projekt "Schule ohne Rassismus - Schule mit Courage". Darin gehen die Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit Lehrkräften, Eltern und gesellschaftlichen Partnern zur Stärkung der demokratischen Kultur in Schule und Alltag aktiv gegen alle Formen von Diskriminierung, z. B. Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz, vor. Weiterhin koordiniert die LpB das Bundesprogramm "Zusammenhalt durch Teilhabe". Zudem ist die LpB auch ein EUROPE DIRECT Informationszentrum der Europäischen Kommission (EDIC).

#### Landesschulamt

Schulbehörden sind das Ministerium für Bildung als oberste Schulbehörde und das Landesschulamt (LSchA).

Die Schulaufsicht umfasst die Gesamtheit der staatlichen Aufgaben zur inhaltlichen, organisatorischen und planerischen Gestaltung sowie personelle Untersetzung des Schulwesens. Die Schulaufsicht umfasst dabei Fachaufsicht, Dienstaufsicht und Rechtsaufsicht im Schulbereich.

Das LSchA hat die Aufgabe der Aufsicht, Beratung und Unterstützung der Schulen bei deren pädagogischer und organisatorischer Entwicklung und sichert die Unterrichtsversorgung. Es fördert die Selbstständigkeit der Schulen und nutzt die Ergebnisse der Evaluation für seine Beratungstätigkeit.

Das LSchA nimmt die Aufgaben der schulpsychologischen Beratung wahr und übt die Rechtsaufsicht über die Schulträger, Schulplanungsträger und Träger der Schülerbeförderung bei der Erfüllung der diesen schulgesetzlich obliegenden Aufgaben aus. Die Grenzen der staatlichen Schulaufsicht über die Schulen in freier Trägerschaft ergeben sich aus § 83 Abs. 2 des Schulgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt (SchulG LSA).

## Gymnasien in Landesträgerschaft

Die drei Gymnasien in Landesträgerschaft sind Schulen mit genehmigten inhaltlichen Schwerpunkten. Das Land Sachsen-Anhalt ist für diese Schulen nach § 65 Abs. 4 SchulG LSA der Schulträger. Die Gymnasien ermöglichen begabten und interessierten Schülerinnen und Schülern des Landes eine vertiefte schulische Ausbildung im mathematisch-naturwissenschaftlich-technischen, sprachlichen oder musisch-künstlerischen Bereich.

Neben dem Regelunterricht mit den Inhalten und Zielen nach den Rahmenrichtlinien und Fachplänen des Landes Sachsen-Anhalt werden vertiefende und ergänzende Lerninhalte im jeweiligen inhaltlichen Schwerpunkt vermittelt. Dafür werden zusätzliche Unterrichtsstunden bereitgestellt. Wegen des landesweiten Einzugsbereiches verfügen alle Schulen über ein angeschlossenes Wohnheim.

Die grundständigen Aufgaben und Angelegenheiten des Schulträgers, Haushalts- und Investitionsplanungen, die Stellenausstattung der Schulen und Wohnheime, Fragen zu den baulichen Erfordernissen und Bauplanungen sowie grundsätzliche Angelegenheiten zur inhaltlichorganisatorischen Ausrichtung nimmt das Ministerium für Bildung direkt wahr. Die schul- und verwaltungsfachliche Betreuung sowie die Personalbewirtschaftung ist weitestgehend dem Landesschulamt übertragen worden.

## Förderschulen in Landesträgerschaft

Das Land Sachsen-Anhalt ist Schulträger von fünf Förderschulen mit überregionalem Einzugsbereich. Für Kinder, die nicht täglich nach Hause fahren können, hält das Land Wohnheimplätze bereit. Die Schülerbeförderung wird von den Landkreisen und kreisfreien Städten geregelt, in denen die Kinder im Schulpflichtalter ihren Hauptwohnsitz haben.

Die grundständigen Aufgaben des Schulträgers sowie die grundsätzlichen Angelegenheiten zur inhaltlich-organisatorischen Ausrichtung dieser Förderschulen für Blinde und Sehgeschädigte, für Gehörlose und Hörgeschädigte sowie für Körperbehinderte werden vom Ministerium für Bildung wahrgenommen.

Dazu gehören insbesondere alle Angelegenheiten der Haushalts- und Investitionsplanungen, die Stellenausstattung der Schulen und Wohnheime sowie die Fragen zu den baulichen Erfordernissen und Bauplanungen.

Die schulfachlich-organisatorischen Aufgaben, die verwaltungsfachliche Betreuung sowie die Personalbewirtschaftung sind weitestgehend dem Landeschulamt übertragen worden.

# Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt

Das Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt (LISA) ist als eine dem Ministerium für Bildung nachgeordnete Fachbehörde für die Qualitätsfeststellung an Schulen, die Schul- und Unterrichtsentwicklung, die Lehrerausbildung, die Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte und die Medienangelegenheiten im Schulbereich zuständig.

Aufgaben der Schulaufsicht nimmt das LISA bei der externen und internen Evaluation, der Ausbildung und Prüfung der Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter und Referendarinnen und Referendare sowie bei der Fort- und Weiterbildung des an Schulen tätigen pädagogischen Personals für die Schulbehörde wahr (§ 82 Abs. 3 SchulG LSA).

Die Geschäftsbereiche des LISA stellen sich wie folgt dar:

## Schulqualität

- Erarbeitung, Erprobung und Evaluation von Rahmenrichtlinien, Lehrplänen,
- Qualitätsfeststellung an Schulen u. a. durch Planung, Entwicklung und Durchführung von Verfahren der externen Evaluation.
- Durchführung, Begleitung und Evaluation von Schul- und Modellversuchen,
- Unterstützung der Schulen bei schulinternen Evaluationen und Schulprogrammarbeit,
- Erstellen der Aufgaben für die zentralen Schülerleistungserhebungen,
- Auswertung zentraler Leistungserhebungen,
- Erarbeitung und Erprobung von Medienkompetenzkonzepten für Schule und Unterricht,
- Entwicklung, Produktion und Bereitstellung von Lehr- und Lernmitteln sowie Medien für den Unterricht.
- Prüfung und Zulassung von Schulbüchern,

- Inhaltliche Betreuung außerschulischer Lernorte sowie pädagogischer Arbeitsstellen,
- Betrieb und Gestaltung des Bildungsservers Sachsen-Anhalt;

## Lehrerbildung

Die <u>Staatlichen Seminare für Lehrämter Magdeburg und Halle</u> nehmen im Rahmen des Vorbereitungsdienstes folgende Aufgaben wahr:

- Planung, Koordinierung, Durchführung und Auswertung des Vorbereitungsdienstes für die Lehrämter an Grundschulen, an Sekundarschulen, an Gymnasien und an Förderschulen sowie an berufsbildenden Schulen,
- Mitwirkung bei Lehramtsprüfungen für alle Lehrämter nach Maßgabe der entsprechenden Verordnungen,
- Mitwirkung bei der Fortbildung der Ausbildenden, der Fortbildung der Mentorinnen und Mentoren und bei Lehrerfortbildungsveranstaltungen und
- Durchführung von Anpassungslehrgängen im Rahmen der Verfahren zur Anerkennung ausländischer Lehrerabschlüsse.

Das Landesprüfungsamt für Lehrämter (LPA) nimmt unter anderem folgende Aufgaben wahr:

- Organisation, Vollzug, Evaluation und Statistik der Ersten Staatsprüfungen einschließlich Ergänzungs- und Erweiterungsprüfungen sowie von Prüfungen nach berufsbegleitenden Studiengängen für die Lehrämter an Grundschulen, an Sekundarschulen, an Gymnasien und an Förderschulen,
- Bewertung von Lehrerabschlüssen aus anderen Bundesländern und
- Verfahren zur Anerkennung ausländischer Lehrerabschlüsse.

# • Lehrerfortbildung und Lehrerweiterbildung

- bietet den Schulen und dem an Schulen t\u00e4tigen p\u00e4dagogischen Personal Unterst\u00fctzung bei systembezogenen und individuellen Fortbildungen sowie bei der Lehrerfort- und Lehrerweiterbildung zu speziellen F\u00e4chern oder Fachrichtungen aller Schulformen,
- Anerkennung von Veranstaltungen weiterer Träger der Lehrerfortbildung,
- Qualifizierung von Fortbildnerinnen und Fortbildnern, Fachbetreuerinnen und Fachbetreuern,
   Medienpädagogischen Beraterinnen und Beratern sowie Schulentwicklungsberaterinnen und
   Beratern zur Unterstützung der Schulen bei der eigenen Qualitätsentwicklung,

- Maßnahmen der amtsvorbereitenden Qualifizierung von Lehrkräften zu schulischen Führungskräften,
- Unterstützung der Lehrkräfte (Berufs- und Seiteneinsteiger) in der Berufseingangsphase.

# Landesverwaltungsamt

Dem Ministerium für Bildung obliegt die Fachaufsicht über Aufgaben, die in den Referaten 207, 302 und 306 des Landesverwaltungsamtes wahrgenommen werden:

# Referat 207 - Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen, 2. SED-UnBerG (teilweise), Integration, Bildung, Ausbildungsförderung

- Erwachsenenbildung / Weiterbildung, Lebenslanges Lernen,
- Bildungsfreistellung;

# Referat 302 - ESF-Förderung (teilweise)

- Administration nachstehender ESF-Programme:
  - Schulerfolg sichern,
  - Produktives Lernen,
  - Alphabetisierung und Verbesserung der Grundbildung Erwachsener;

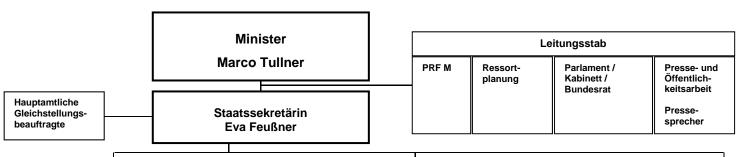
# Referat 306 - Städte- und Wohnungsbauförderung, Wohnungswesen, Schulbauförderung (teilweise)

- Zuwendungen im Rahmen der Schulbauförderung.

Dem Ministerium für Bildung obliegt die Stiftungsaufsicht über folgende staatliche Stiftung des öffentlichen Rechts:

• Stiftung Schulpforta.

# Organisationsplan





Ministerium für Bildung

Abteiluna 1
-------------

Allgemeine und übergreifende Angelegenheiten

#### Referat 11

Organisation, zentrale Angelegenheiten, innerer Dienst

#### Referat 12

Grundsatzangelegenheiten des öffentlichen Dienstrechts, Arbeits-, Tarif- und Sozialrecht, Personalangelegenheiten des Ministeriums, LpB

#### Referat 13

Haushalt, Finanzplanung, EU-Förderung

#### Referat 14

Allgemeine Rechtsangelegenheiten, Datenschutz, Schulgesetzgebung, Kirchenangelegenheiten, Ethik- und Religionsunterricht

#### Referat 15

Informations- und Kommunikationstechnik

#### Referat 16

Digitale Bildung, Bildungsmanagementsystem

#### Abteilung 2

Schulaufsicht der allgemein- und berufsbildenden Schulen

#### Referat 21

Grundsatzangelegenheiten des allgemein bildenden Schulwesens, übergreifende schulische Themen, Gymnasien, Fachgymnasien, Landesschulen, LSchA, Inklusion, Berufsorientierung

#### Referat 22

Grundsatzangelegenheiten des berufsbildenden Schulwesens, Berufsbildende Schulen

#### Referat 23

Grundschulen, Förderschulen, sonderpädagogische Förderung, pädagogische Mitarbeiter, Begabtenförderung, Wettbewerbe

#### Referat 24

Sekundarschulen, Gemeinschaftsschulen, Gesamtschulen, Ganztagsschulen

#### Referat 25

Schulpsychologie, fächerübergreifende Themen, EU- und internationale Angelegenheiten

#### Referat 26

Bedarfsplanung, Prognosen, Unterrichtsversorgung, Statistiken der allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen

#### Abteilung 3

Ressourcen, Rahmenbedingungen, Unterstützungssysteme

#### Referat 31

Qualitätsentwicklung, Lehrerbildung, LISA, Grundsatzangelegenheiten der KMK und länderübergreifende Koordinierung

#### Referat 32

Schulen in freier Trägerschaft, Schulrecht, Schulsport

#### Referat 33

Personalangelegenheiten der Schulen, LISA, LSchA, Personalentwicklung

#### Referat 34

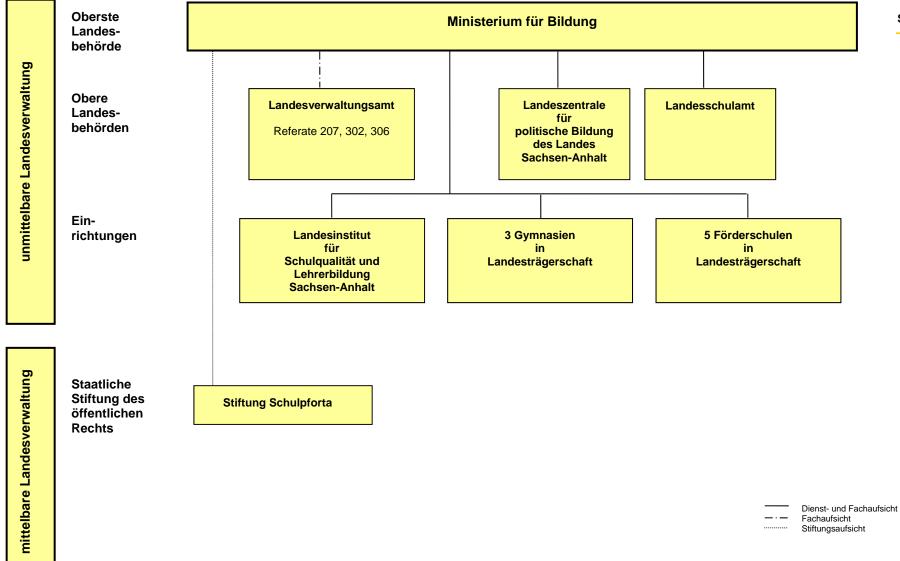
Erwachsenenbildung, Lebenslanges Lernen, Politische Bildung, Dolmetscher und Übersetzer

#### Referat 35

Entwicklung des Schulnetzes, Schulbau, Angelegenheiten der kommunalen Schulträger

# Organisationsübersicht für den Geschäftsbereich





# Organisationsplan Landeszentrale für politische Bildung des Landes Sachsen-Anhalt



Ministerium für Bildung

Geschäftsstelle Kuratorium Grundsatzangelegenheiten, aktuelle Themen und Sonderprojekte, Sachsen-Anhalt-Monitor, Wahlen, Israel / Naher Osten BfH, Zuwendungen, Verwendungsnachweisprüfung, Haushalt / Finanzplanung, Kassen- und Rechnungswesen Organisation und
Beschaffung,
Informations- und
Kommunikationstechnik,
Innerer Dienst,
Anerkennung von
Bildungsveranstaltungen
gem. UrlVO LSA

Bildungsservice, Publikationen, Autorenlesungen, Ausstellungen

#### Referat I

Demokratiebildung und Engagementförderung

Geschäftsstelle Netzwerk für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt

Koordinierung des Netzwerks für Demokratie und Toleranz in Sachsen-Anhalt

Landeskoordination des Schulnetzwerks "Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage" (SOR-SMC)

Landeskoordinierungsstelle des Programms "Zusammenhalt durch Teilhabe"

Bildungsangebote im Bereich Demokratiepädagogik, Integration, Extremismusprävention

#### Referat II

Politische Systeme, Historisch-politische Bildung

Direktor/-in

[Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt]

Europäische Union, europäischer Integrationsprozess

Bundes- und Landespolitik

Kommunalpolitik

Landeskunde Sachsen-Anhalt

Deutsche Geschichte im 20. Jahrhundert

Aufarbeitung der Geschichte des Nationalsozialismus und der DDR

Koordination des Arbeitskreises Erinnerungskultur Sachsen-Anhalt

Kooperation mit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

### Referat III

Politische Kommunikation im Kontext neuer Medien

Politische Prozesse im Kontext sozialer Netzwerke

Neue Formen politischer Meinungsbildung und Beteiligung

Politische Bildung und neue Medien

Entwicklung und Umsetzung einer Kommunikationsstrategie der LpB

Entwicklung und Umsetzung neuer Methoden und Formate der politischen Bildung

Presse-/ Öffentlichkeitsarbeit

# Organisationsplan Landesschulamt



Ministerium für Bildung

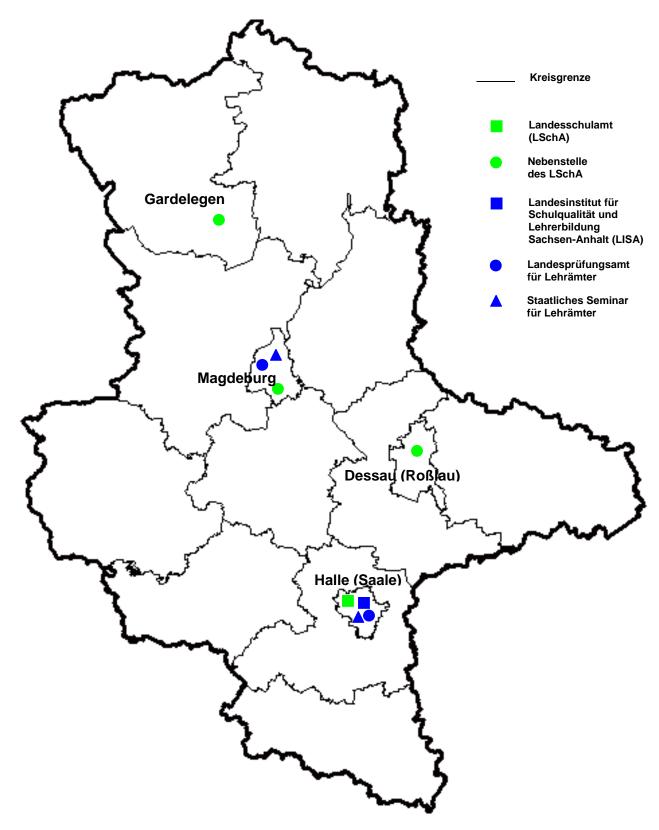
-		iviiriisteriurii fur Bildurig
	Direktor/-in	Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Koordinierung im Leitungs- bereich
Abteilung 1	Abteilung 2	Abteilung 3
Zentrale Dienste	Allgemein- und Berufsbildende Schulen, Schulpsychologische Beratung	Unterrichtsversorgung und Lehrerpersonalien
Referat 11	Referat 21	Referat 31
Personal, Organisation, Innerer Dienst, Informations- und Kommunikationstechnik	Grund- und Förderschulen	Unterrichtsversorgung, Datenerhebung, Schulentwicklungsplanung
Referat 12	Referat 22	Referat 32
Haushalt	Sekundarschulen	Lehrerpersonalien Bereich Süd
Referat 13	Referat 23	Referat 33
Justiziariat, Schulrecht	Schulpsychologische Beratung	Lehrerpersonalien Bereich Nord
	Referat 24	
	Gymnasien, Gesamtschulen	
	Referat 25	
	Berufsbildende Schulen	

# Organisationsplan Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt

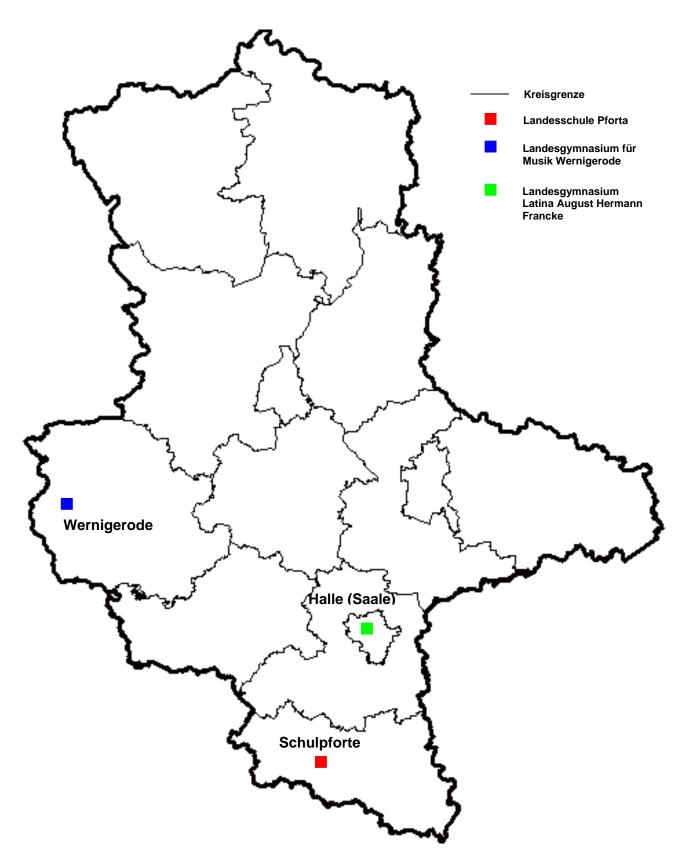


Ministerium für Bildung Direktor/-in Stellvertreter des/-r Direktors/-in Öffentlichkeitsarbeit FB 1 FB<sub>2</sub> FB3 FB 4 FB V Qualitätsfest-Schul- und Lehrerfort-Lehreraus-Verwaltung bildung, stellungen an **Unterrichts**bildung und Schulen Lehreramts-Lehrerweiterentwicklung prüfungen bildung **FG 11 ZG 1** FG 21 FG 31 FG 41 Evaluation und Lehrpläne, Staatliches Grundsatzange-Personal, Rahmenrichtlinien, legenheiten, Amts-Inspektion an Schu-Seminar Halle Innere Dienste, vorbereitung für zulen (nördliches Zentrale Leistungs-Organisation, sons-Sachsen-Anhalt) erhebungen künftige Führungstige Rechtskräfte, Multiplikaangelegenheiten toren ZG 2 FG 22 FG 32 **FG 12** FG 42 Staatliches Evaluation und Empirische Metho-Pädagogik, Psychogemeinsame Seminar Magdeburg Inspektion an Schuden, Schulleistungslogie, IT-Gruppe überfachliche The-LISA / LSchA len (südliches Sachuntersuchungen, sen-Anhalt) pädagogische Entmen, Berufseinsteiwicklungsvorhaben ger und Projekte FG 33 FG 23 FG 43 **ZG** 3 Schulische Medien-Landesprüfungsamt Unterrichtsbereich Haushalt bildung, Bildungsfür Lehrämter Mathematik, Inforserver matik, Naturwissenschaften, Technik FG FG 44 **ZG 4** ESF-geförderte Unterrichtsbereich Veranstaltungs-Lehrkräfte-Sprachen, Künste management qualifizierung (befris-FG 45 Unterrichtsbereich Gesellschaftswissenschaften, Sport FG 46 Berufliche Bildung

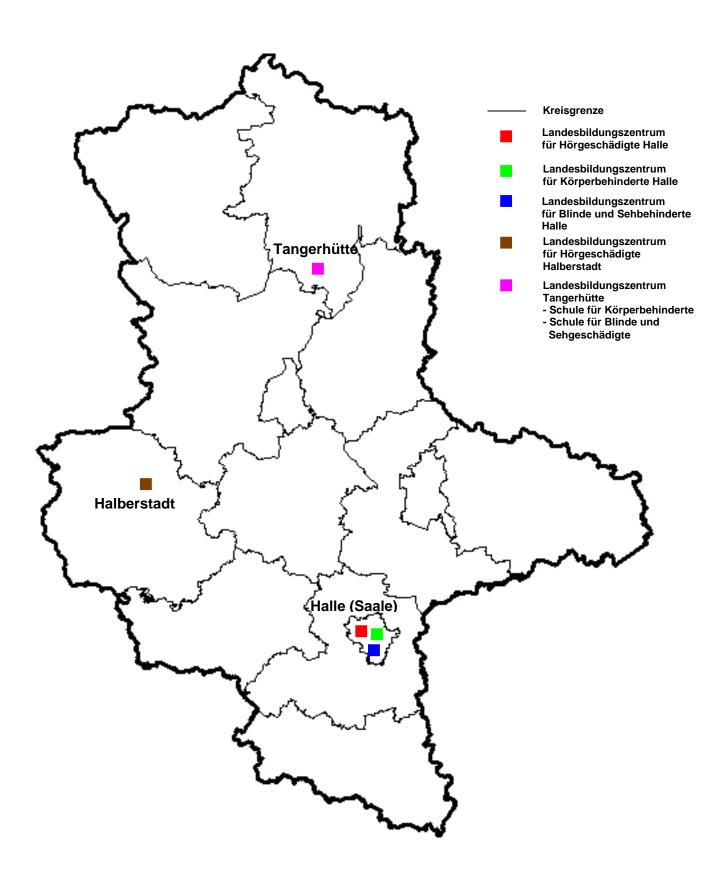
# 2.6.1 Landesschulamt, Landesinstitut für Schulqualität und Lehrerbildung Sachsen-Anhalt



# 2.6.2 Gymnasien in Landesträgerschaft



# 2.6.3 Förderschulen in Landesträgerschaft



# 2.7 Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung

Vom Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung werden hauptsächlich folgende Aufgaben bzw. Zuständigkeiten wahrgenommen:

- Hochschulen, Hochschulentwicklungsplanung, Hochschulrecht, Studienreform, Studienangebote, Studien- und Prüfungswesen, Studentenwerke, Studentenwohnraumförderung, Ausbildungsförderung nach dem BaföG und AFBG, Wissenschaftliche Bibliotheken,
- Koordinierung der Forschungsförderung, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen,
- Digitalisierung, Verbesserung der Breitbandversorgung in Sachsen-Anhalt,
- Wirtschaftspolitik, Industriepolitik, Wirtschaftsförderung, Industrieansiedlung,
- Mittelstandspolitik, Existenzgründung, Unternehmenssicherung, Forschungs- und Technologiepolitik, Innovation, Informationsgesellschaft, Medienwirtschaft,
- Wirtschaftsordnung, Gewerbe- und Handwerksrecht, Wettbewerbsrecht, Landeskartellbehörde,
- Bergbau, Geologie, Eichwesen und
- Außenwirtschaft, Binnenmarkt, Standortmarketing, Tourismus, Messen.

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung gehören in der unmittelbaren Landesverwaltung folgende Behörden:

- Landesamt f
  ür Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt (Karte 2.7.1),
- Landeseichamt Sachsen-Anhalt (Karte 2.7.2),
- Teile des Landesverwaltungsamtes (Referate 03, 201, 207, 301 und 302).

## Aufgabenbeschreibungen der Behörden

# Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt

Das Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt (LAGB) entstand durch Verschmelzung der Bergämter Halle und Staßfurt und des Geologischen Landesamtes.

Auf dem Geschäftsfeld der Geologie hat es insbesondere folgende Aufgaben:

- geologische, bodenkundliche, geochemische und geophysikalische Untersuchungen, soweit hieran ein öffentliches Interesse besteht,
- die geowissenschaftliche und bodenkundliche Landesaufnahme und Veröffentlichung entsprechender Kartenwerke,

- die Bestandsaufnahme der mineralischen Rohstoffe und Energiestoffe sowie des Grundwassers und Mitarbeit bei der Nutzbarmachung dieser Ressourcen,
- die Bearbeitung umweltgeologischer Fragestellungen,
- die Mitarbeit bei der Raumplanung und Landesentwicklung, insbesondere zur Daseinsvorsorge für den Boden, das Grundwasser und den geologischen Untergrund und
- die Mitarbeit beim Aufbau und der Pflege des Bodeninformationssystems, die Publikation geowissenschaftlicher Arbeitsergebnisse des Amtes.

Auf dem Geschäftsfeld des Bergwesens werden in Ausführung des Bundesberggesetzes durch das Landesamt unter anderem folgende Leistungen erbracht:

- Bestätigung der Gewinnungsrechte,
- Erteilung von Bergbauberechtigungen,
- Maßnahmen der Aufsicht über Markscheider und die Ausführung markscheiderischer Arbeiten,
- Durchführung des Betriebsplanverfahrens,
- Wahrnehmung der unmittelbaren Betriebsaufsicht,
- Begleitung von Maßnahmen zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit in stillgelegten bergbaulichen Anlagen in bestimmten Fällen,
- Genehmigung auf den Gebieten des Abfall-, Immissionsschutz-, Strahlenschutz-, Naturschutzund Wasserrechts und
- Erarbeitung von Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange.

#### Landeseichamt Sachsen-Anhalt

Das Landeseichamt Sachsen-Anhalt (LEA) ist zuständig für die Durchsetzung und den Vollzug der eichrechtlichen Vorschriften.

Aufgabenbereiche des LEA sind vorrangig:

- Eichung von Messgeräten im gesetzlich geregelten Bereich,
- Prüfung von Messgeräten,
- Anerkennung und Beaufsichtigung von Prüfstellen der Energie- und Wasserversorgung,
- Anerkennung und Beaufsichtigung von Instandsetzerbetrieben und Wartungsdiensten,
- Anerkennung und Überwachung von Qualitätssicherungssystemen bei Messgeräteherstellern,
- Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten im Rahmen der Zuständigkeiten,
- Überwachung von Fertigpackungen, Messbehältnissen und Schankgefäßen,
- Nachschau im geschäftlichen Verkehr,

- Überwachung auf Einhaltung der gesetzlichen Einheiten,
- Registrierung von Schusswaffen (Beschussgesetz),
- Marktaufsicht über die vom Hersteller erstgeeichten Messgeräte,
- Überwachung des Inverkehrbringens und der in Verkehr gebrachten Messgeräte nach Richtlinie 2004/22/EG und
- Marktüberwachung nach dem Energieverbrauchsrelevante-Produkte-Gesetz (EVPG) und dem Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz (EnVKG).

## Landesverwaltungsamt

Dem Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung obliegt die Fachaufsicht über Aufgaben, die in den Referaten 03, 201, 207, 301 und 302 des Landesverwaltungsamtes wahrgenommen werden:

# Referat 03 - Einheitlicher Ansprechpartner, Innenrevision (teilweise)

Einheitlicher Ansprechpartner;

# Referat 201 - Gefahrenabwehr, Hoheitsangelegenheiten, Sport (teilweise)

- Gaststätten- und Gewerberecht,
- Geldwäschegesetz;

# Referat 207 - Landesamt zur Regelung offener Vermögensfragen, 2. SED-UnBerG, Integration, Bildung, Ausbildungsförderung (teilweise)

- Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) und Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG);

# Referat 301 - Wirtschaft (teilweise)

- Wirtschaftsförderung,
- Gewerbe, Handel, Handwerk,
- Schwarzarbeitsbekämpfung,
- Preisangelegenheiten,
- Öffentliches Auftragswesen,
- Vergaberecht;

# Referat 302 - ESF-Förderung (teilweise)

- Qualifizierungs-/ Existenzförderung - Existenzgründung.

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung gehören in der mittelbaren Landesverwaltung folgende Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts:

Staatliche Hochschulen,

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg (Karte 2.7.3),

Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg (Karte 2.7.3),

Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle (Karte 2.7.3),

Fachhochschulen (Karte 2.7.4)

- Hochschule Anhalt,
- Hochschule Harz,
- Hochschule Magdeburg-Stendal,
- Hochschule Merseburg,
- Universitätsklinikum Magdeburg A.ö.R.\*, Universitätsklinikum Halle (Saale) (Karte 2.7.3),
- Studentenwerk Halle, Studentenwerk Magdeburg.

# Aufgabenbeschreibungen der Körperschaften und Anstalten des öffentlichen Rechts

## Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt

Die Hochschulen dienen entsprechend ihrer spezifischen Aufgabenstellung der Pflege und Entwicklung der Wissenschaften und der Künste durch Forschung und künstlerische Vorhaben sowie durch Lehre, Studium, Weiterbildung und Kunstausübung. Sie bereiten auf berufliche Tätigkeiten vor, die eine Anwendung wissenschaftlicher Erkenntnisse und wissenschaftlicher Methoden oder die Fähigkeit zu künstlerischer Gestaltung erfordern. Die Fachhochschulen dienen dabei speziell den angewandten Wissenschaften und widmen sich entsprechend anwendungsbezogenen Lehr-, Forschungs- und Entwicklungsaufgaben. Den Kunsthochschulen obliegen die Pflege und Weiterentwicklung der Künste und ihrer Grundlagenwissenschaften. Sie dienen der Vermittlung künstlerischer und kunstwissenschaftlicher Fähigkeiten und bereiten auf kunstpädagogische Berufe vor.

Die Hochschulen haben die ständige Aufgabe, im Zusammenwirken mit den zuständigen staatlichen Stellen, Inhalte und Formen von Lehre und Studium hinsichtlich neuer Entwicklungen in Wissenschaft, Forschung, Technik, Kultur sowie in der beruflichen Praxis zu überprüfen und fortzuführen.

A.ö.R. ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.

Die Hochschulen dienen auch dem weiterbildenden Studium, bieten Weiterbildungsmöglichkeiten an und beteiligen sich an Weiterbildungsveranstaltungen anderer Institutionen. Sie fördern die Weiterbildung ihres Personals. Die Hochschulen führen im Rahmen ihres Weiterbildungsangebotes Umschulungsmaßnahmen, insbesondere für Hoch- und Fachhochschulabsolventen, durch.

Bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben sollen die Hochschulen untereinander und mit anderen Forschungs-, Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie mit Partnern der Wirtschaft zusammenarbeiten und so die Verbreitung und Nutzung ihrer Forschungsergebnisse im gesellschaftlichen Leben und in der beruflichen Praxis sowie in der praxisorientierten Umweltbildung fördern.

Durch einschlägige Forschung, Wissenstransfer und Kooperation mit der Wirtschaft sind die Hochschulen ein wichtiger Motor für Innovation, Technologietransfer und die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze. Dabei tragen sie aktiv zur Clusterbildung und Stärkung des regionalen Umfeldes bei.

Die Hochschulen fördern entsprechend ihrer spezifischen Aufgabenstellung den wissenschaftlichen und künstlerischen Nachwuchs. Sie wirken bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben auf die tatsächliche Verwirklichung der Gleichstellung von Frauen und Männern hin. In Forschung, Lehre, Studium und Weiterbildung sowie bei der Gestaltung der Arbeitsabläufe in diesen Bereichen werden unterschiedliche Lebenswirklichkeiten und Interessen von Frauen und Männern berücksichtigt.

Darüber hinaus ergreifen die Hochschulen Maßnahmen zur Beseitigung von bestehenden Nachteilen von Wissenschaftlerinnen, anderen weiblichen Beschäftigten und Studentinnen und zur Erhöhung des Anteils von Frauen und Männern in Bereichen, in denen sie unterrepräsentiert sind. Zunehmend berücksichtigen die Hochschulen Familienaspekte und binden Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf, Studium und Familie in ihre Organisationsstrukturen ein. Sie betreiben Forschungen auf dem Gebiet einer familien- und kinderfreundlichen Gesellschaft und beteiligen sich damit an einer neuen Wertediskussion.

Die Hochschulen wirken an der sozialen Förderung der Studierenden und an ihrer sportlichen und kulturellen Selbstbetätigung mit. Sie berücksichtigen insbesondere die besonderen Probleme von Studierenden mit Kindern und die besonderen Bedürfnisse, den Fürsorge- und Betreuungsaufwand Behinderter und chronisch kranker Studierender sowie von behinderten und schwerbehinderten Beschäftigten.

Die Hochschulen fördern die internationale, insbesondere die europäische Zusammenarbeit im Hochschulbereich. Sie fördern den Austausch mit ausländischen Hochschulen und anderen wissenschaftlichen Einrichtungen. Sie berücksichtigen die besonderen Bedürfnisse der ausländischen Studierenden.

Die Hochschulen berichten regelmäßig über Lehrangebote und Forschungsergebnisse und informieren die Öffentlichkeit über die Erfüllung ihrer Aufgaben. Sie unterrichten ihre Mitglieder über Angelegenheiten, die der hochschulpolitischen Willensbildung unterliegen.

Sie begutachten und bewerten mit dem Ziel der Qualitätsentwicklung und -sicherung die Erfüllung ihrer Aufgaben (Selbstevaluation). Alle Mitglieder und Angehörige der Hochschulen haben die Pflicht, hierbei mitzuwirken. Auf der Grundlage der internen Evaluation führt eine vom Land und von den Hochschulen unabhängige und wissenschaftsnahe Einrichtung eine weitere Begutachtung und Bewertung von Fachbereichen und Teilstrukturen der Hochschulen durch (externe Evaluation). Die Evaluationsergebnisse werden veröffentlicht.

### Universitätsklinika

Die Universitätsklinika Magdeburg A.ö.R. und Halle (Saale) genießen in der bestehenden Rechtsform weitgehende Autonomie. Sie unterstehen dabei der Rechtsaufsicht durch das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung.

Die Universitätsklinika in Sachsen-Anhalt sind Krankenhäuser der höchsten Versorgungsstufe und zugleich wissenschaftliche Einrichtungen. Sie dienen den jeweiligen Medizinischen Fakultäten der beiden Universitäten zur Erfüllung ihrer Aufgaben.

Die beiden Universitätsklinika stellen die Krankenversorgung im für Forschung und Lehre gebotenen Umfang durch stationäre und ambulante Patientenbetreuung sicher.

Unter einem Dach vereinigt jedes der beiden Universitätsklinika eine Vielzahl breit gefächerter Institute und Spezialkliniken mit umfassendem diagnostischem und therapeutischem Spektrum.

Darüber hinaus erbringen die Universitätsklinika auch Leistungen nach dem Krankenhausgesetz Sachsen-Anhalt, Leistungen in der Aus-, Fort- und Weiterbildung der Ärztinnen und Ärzte sowie der Angehörigen nichtärztlicher medizinischer Berufe und erfüllen in diesem Rahmen die ihnen übertragenen Aufgaben des öffentlichen Gesundheitswesens.

Dem Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung obliegt die Stiftungsaufsicht über folgende staatliche Stiftungen des öffentlichen Rechts:

- Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien,
- Leibniz-Institut für Neurobiologie,
- Leibniz-Institut für Pflanzenbiochemie,
- Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung,
- "Leucorea", Stiftung des öffentlichen Rechts an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg.

# Organisationsplan

**Minister** 

Prof. Dr. Armin Willingmann



Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung

Leitungsstab

Ministerbüro, Kabinett, Landtag, Bundesrat

Presse, Öffentlichkeitsarbeit, Internet

Pressesprecher

Gleichstellungsbeauftragte

Informationssicherheitsbeauftragte Staatssekretär Thomas Wünsch - Amtschef - Staatssekretär Dr. Jürgen Ude

#### Abteilung 1

Zentrale Dienste, Digitale Strategie und Breitbandversorgung

#### Referat 11

Organisation und Zentrale Dienste

#### Referat 12

Personal, Dienstrecht, Hochschulpersonal, Hochschuldienstrecht

#### Referat 13

Haushalt, Finanzplanung, Finanzcontrolling

Strukturfonds

#### Referat 14

Justiziariat, Kammeraufsicht, Handwerk, Freie Berufe, Versicherungen, Öffentliches Auftragswesen

#### Referat 15

Digitale Agenda, Digitale Projekte

#### Referat 16

Digitale Infrastruktur, Breitbandversorgung, Post und Telekommunikation

### Referat 17

Informations- und Kommunikationstechnik des MW, IT-Service, Intranet

#### Abteilung 2

Innovation, Wirtschaftsförderung und Außenwirtschaft

#### Referat 21

Regionale Wirtschaftsförderung, Bürgschaften, Beteiligungen, Unternehmensfinanzierung

#### Referat 22

Innovations- und Transferpolitik, Clusterthemen, Innovationsförderung, Geschäftsstelle RIS

#### Referat 23

Existenzgründung und Digitale Innovation

### Referat 24

Außenwirtschaft, Europäische Angelegenheiten, Entwicklungszusammenarbeit

#### **Abteilung 3**

Wirtschaftspolitik, Industrie, Tourismus und Bergbau

#### Referat 31

Wirtschaftspolitik, Energieund Umweltfragen der Wirtschaft, Statistik

Projektgruppe Strukturwandel in der Braunkohleregion

#### Referat 32

Industrieansiedlung, Unternehmensbetreuung, Beihilferecht, IT- und Kreativwirtschaft

#### Referat 33

Wettbewerbsrecht, Bankwesen, Landeskartellbehörde, Wirtschaftsund Gewerberecht

### Referat 34

**Tourismus** 

#### Referat 35

Bergbau, Geologie, Rohstoffsicherung, Mess- und Eichwesen

#### Abteilung 4

Hochschulen, Wissenschaft und Forschung

#### Referat 41

Wissenschaftspolitik, Hochschulplanung, Wissenschafts- und Hochschulgremien

#### Referat 42

Hochschulen

## Referat 43

Hochschulmedizin, Hochschulrecht, Hochschulgesetzgebung, Qualitätssicherung, Anerkennungen

#### Referat 44

Forschung und Technologietransfer, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen

## Referat 45

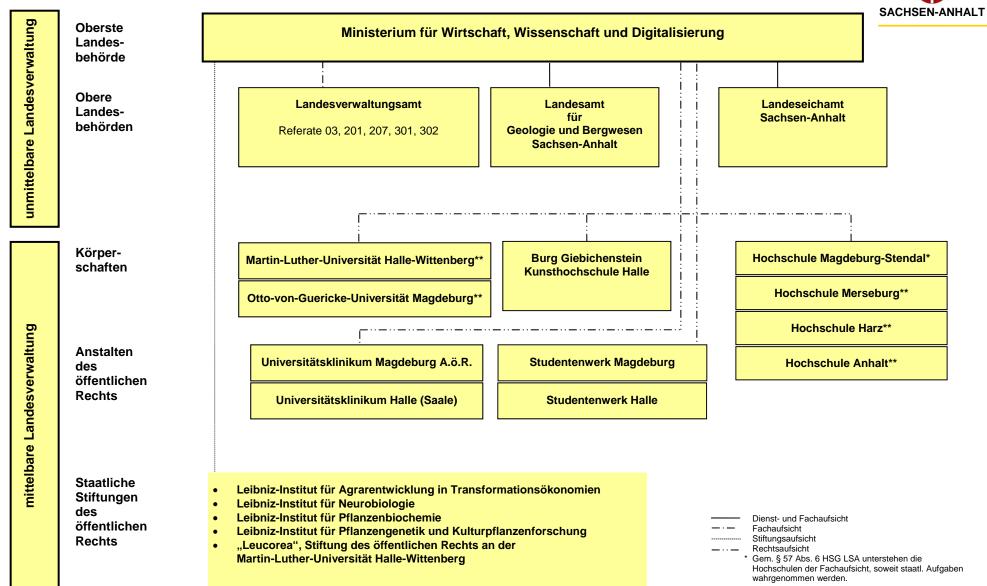
Hochschulzugang, Hochschulkapazität, Ausbildungsförderung, Studentenwerke, Digitalisierung

#### PG-OZG

Umsetzung Onlinezugangsgesetz (AL 4 direkt unterstellt)

# Organisationsübersicht für den Geschäftsbereich





# Organisationsplan Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt

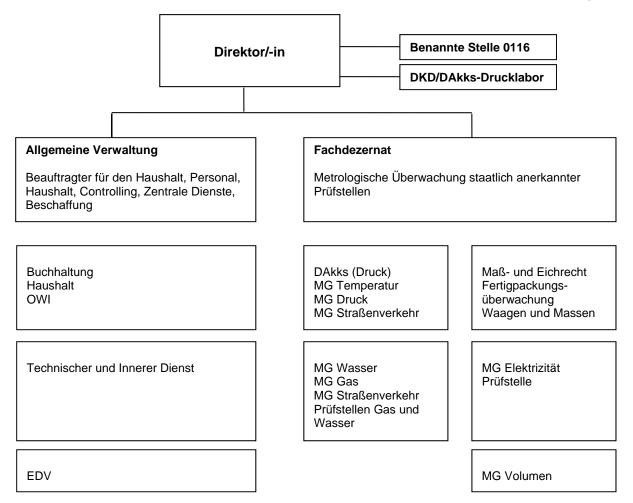


Präsident/-in Abteilung 1 Abteilung 2 **Abteilung 3** Bergbau **Geologischer Dienst** Zentrale Aufgaben Dezernat 11 Dezernat 21 Dezernat 31 Umweltschutz im Bergbau Fachinformationssysteme Zentraler Service und Archive Dezernat 12 Dezernat 22 Dezernat 32 Untertagebergbau Landesaufnahme Rechtsangelegenheiten und Analytik Dezernat 13 Dezernat 23 Dezernat 33 Übertagebergbau Angewandte Geologie Besondere Verfahrensarten und Georisiken Dezernat 14 Dezernat 24 **PG ERAM** Markscheide- und Geologische und Berechtsamtswesen, bodenkundliche Altbergbau Landesaufnahme, Geophysik **PG TUNB** 

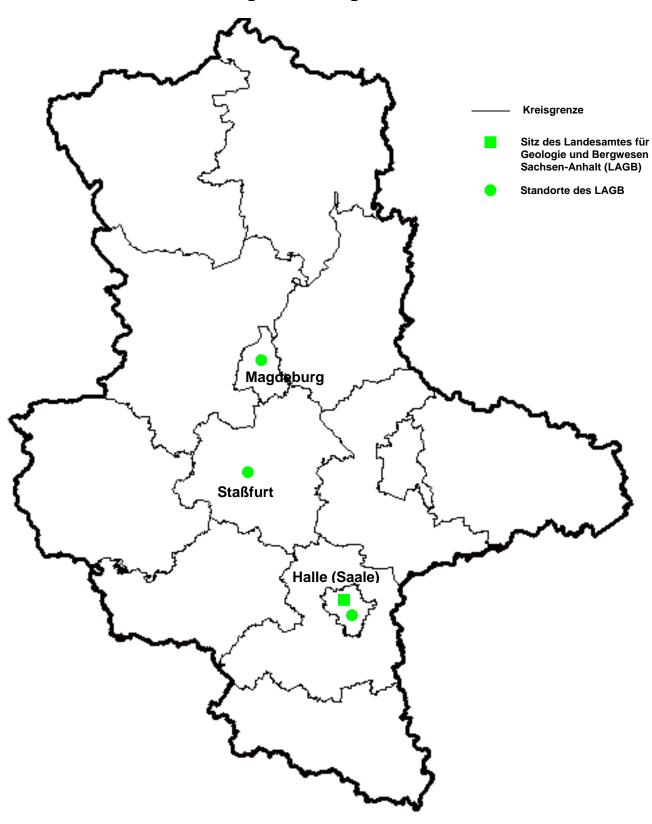
# Organisationsplan Landeseichamt Sachsen-Anhalt



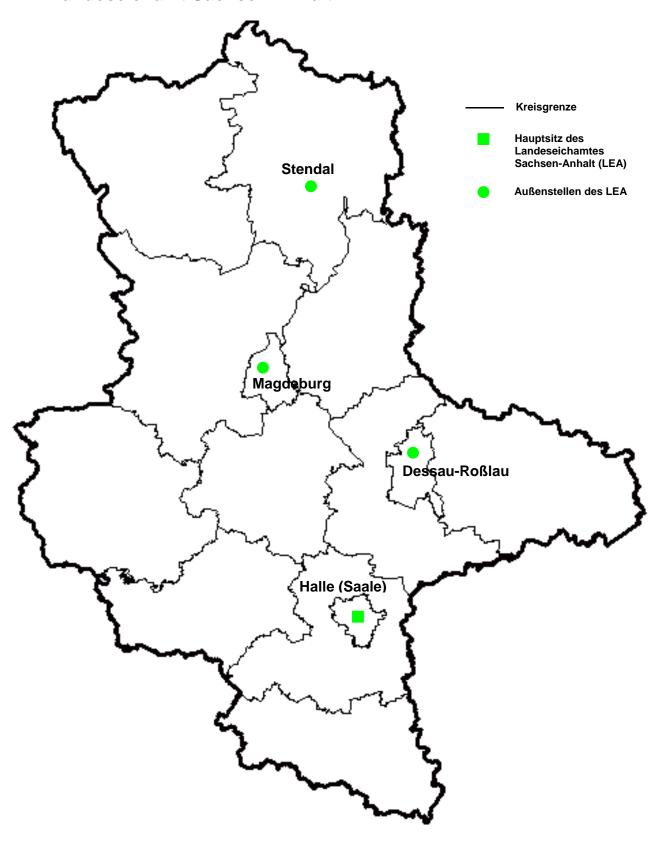
Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung



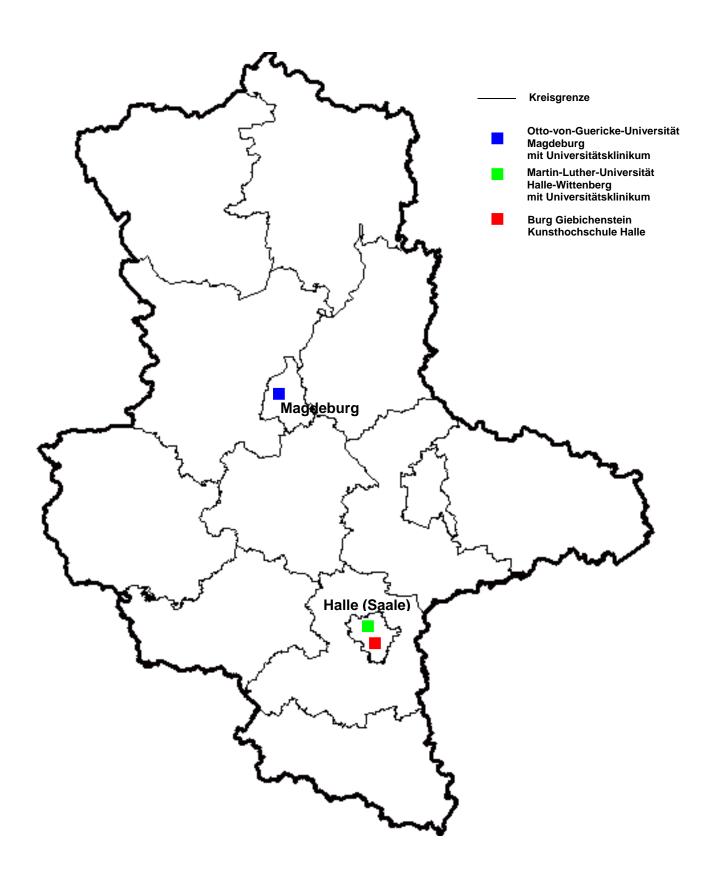
# 2.7.1 Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt



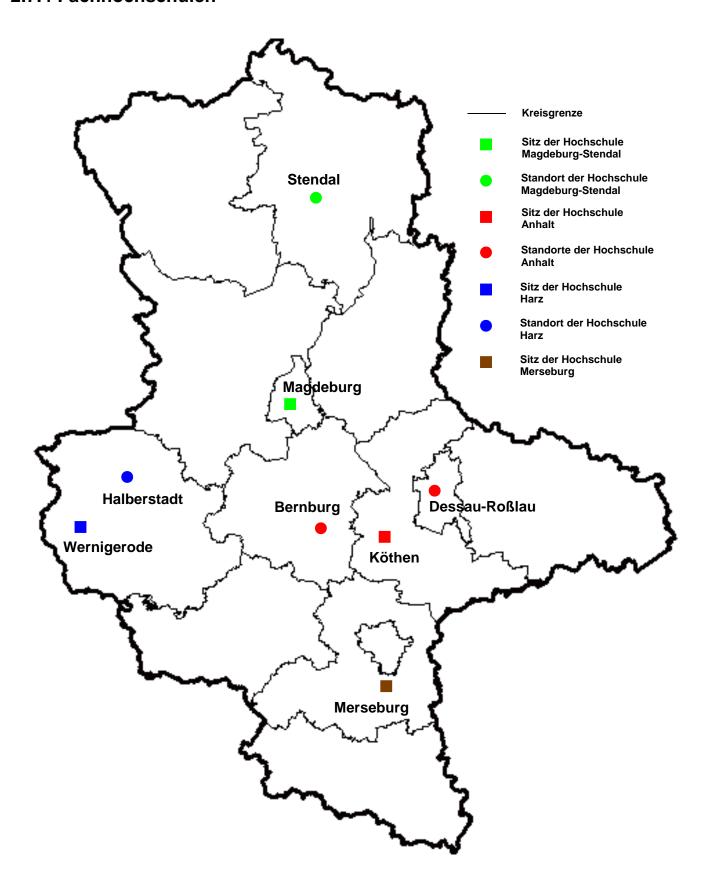
# 2.7.2 Landeseichamt Sachsen-Anhalt



# 2.7.3 Universitäten, Kunsthochschule



# 2.7.4 Fachhochschulen



# 2.8 Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie

Vom Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie werden hauptsächlich folgende Aufgaben bzw. Zuständigkeiten wahrgenommen:

- · Landfrauen, Landjugend,
- Agrarpolitik der Land- und Ernährungswirtschaft, Fördermaßnahmen, Dorferneuerung,
- Domänen, Liegenschaften,
- Ernährungsvorsorge,
- Umwelt

(Sonderprogramme, Umweltallianz, Umweltforschung, Nachhaltigkeit, Umweltbildung und -erziehung),

Wasserwirtschaft

(Wasserbewirtschaftung, Gewässer und Anlagenunterhaltung, Hochwasserschutz, Gewässerschutz, Wasserversorgung, Grundwasserschutz, Abwasserbeseitigung, anlagenbezogener Gewässerschutz),

Immissionsschutz

(Luftreinhalteplanung, Klimaschutz, Emissionsminderung, Anlagensicherheit, Lärmbekämpfung),

- Chemikaliensicherheit,
- Bodenschutz,
- Kreislaufwirtschaft (Sonderabfall, Siedlungsabfall),
- · Altlasten,
- Naturschutz

(Schutzgebiete, Arten- und Biotopenschutz, Flächenschutz, Landschaftsplanung und -entwicklung, Eingriffsregelung),

- Gentechnik, Genressourcen,
- Kerntechnik

(Strahlenschutz, Nukleare Entsorgung, atomrechtliche Verfahren),

Landwirtschaft

(pflanzliche und tierische Erzeugung, ökologischer Landbau, pflanzliche und tierische Märkte, Technik und Bauwesen, Agrarmarketing, nachwachsende Rohstoffe, Betriebswirtschaft, landwirtschaftliche Unternehmensberatung, Sachverständigenwesen, Agrarstatistik, Agrarbericht, Vermögensauseinandersetzung nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz, Qualitäts- und Umweltsicherung in der Landwirtschaft, Bioenergie, Standortsicherung),

#### Ländlicher Raum

(Landesentwicklung und Bodenmanagement, Planungen im ländlichen Raum, Agrarstrukturverwaltung, landwirtschaftliches Bodenrecht, ländliche Infrastruktur),

#### Veterinärwesen

(Veterinärverwaltung, Tierschutz, Tierseuchenbekämpfung, Futtermittelüberwachung, Tierarzneimittelüberwachung),

#### Forst

(Forst- und Jagdpolitik, Forstverwaltung, forstliche Hoheitsangelegenheiten und Fördermaßnahmen, Wald- und Holzwirtschaft, Landesforstbetrieb, forstliche Liegenschaften),

- Berufliche Bildung und
- Energie

(Energieaufsicht, Energieregulierung, Energiepolitik, Energiestrukturentwicklung, Energieberatung).

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie gehören in der unmittelbaren Landesverwaltung folgende Behörden und Einrichtungen:

- Landesforstbetrieb Sachsen-Anhalt (Karte 2.8.1),
- Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau Sachsen-Anhalt (Karte 2.8.2)
   mit dem Landwirtschaftlichen Betrieb Iden,
- Landeszentrum Wald (Karte 2.8.3),
- Landesamt f
   ür Umweltschutz Sachsen-Anhalt (Karte 2.8.4),
- Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (Karte 2.8.4),
- 4 Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten (Karte 2.8.5),
- Großschutzgebiete (Karte 2.8.4)
  - Biosphärenreservatsverwaltung Mittelelbe,
  - Biospährenreservatsverwaltung Karstlandschaft Südharz,
  - Naturparkverwaltung Drömling,
- Nationalparkverwaltung Harz (Karte 2.8.4),
- Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt,
- Teile des Landesverwaltungsamtes (Referat 203 und Abteilung 4).

#### Aufgabenbeschreibungen der Behörden und Einrichtungen

#### Landesforstbetrieb Sachsen-Anhalt

Der Landesforstbetrieb Sachsen-Anhalt (LFB) ist ein erwerbswirtschaftlich ausgerichteter landeseigener Betrieb mit handelsrechtlichem Jahresabschluss und unmittelbar dem Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie unterstellt. Er soll 137.000 ha Landeswald ohne Zuschüsse des Landes und unter Wahrung der besonderen Verpflichtungen gegenüber dem Gemeinwohl vorbildlich bewirtschaften und die Ressource Holz optimal und nachhaltig nutzen und vermarkten.

Dem Betrieb obliegen neben der kostendeckenden Waldbewirtschaftung Aufgaben, wie Grundstücksverwaltung, Holzvermarktung, Waldbau und Jagd. Der LFB soll auf standörtlicher Grundlage die Waldpflege und den notwendigen Waldumbau sowie die Waldverjüngung sicherstellen, aber auch die Organisation der Jagd auf den Betriebsflächen organisieren und dabei private Jäger intensiv beteiligen.

Organisatorisch gliedert sich der LFB in die Betriebsleitung mit Sitz in Magdeburg und fünf Forstbetriebe. Die Forstbetriebe haben ihren Sitz in Tangerhütte / OT Mahlpfuhl, Dessau-Roßlau, Sangerhausen / OT Obersdorf, Harzgerode und Trautenstein.

#### Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau Sachsen-Anhalt

Die Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau Sachsen-Anhalt (LLG) mit Hauptsitz in Bernburg ist Kompetenzzentrum und technische Fachbehörde für das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie, für Behörden, Landwirtschaftsbetriebe und Verbände in Sachsen-Anhalt. Übergeordnetes Ziel ist der Erhalt und die Entwicklung einer wettbewerbsfähigen und zugleich umweltschonenden, nachhaltigen Landwirtschaft einschließlich Gartenbau.

#### Aufgabenschwerpunkte der LLG sind:

- eine anwendungsorientierte, standörtlich ausgerichtete Untersuchungs- und Forschungstätigkeit im Pflanzenbau und in der Tierzucht/-haltung,
- Erarbeitung fachlicher Grundlagen zur pflanzlichen Erzeugung, insbesondere Standortkunde, zur Pflanzenernährung, zu Futtermitteln, zur nachhaltigen Landbewirtschaftung, für den Gartenbau, zur Tierhaltung und zur Milch- und Fleischproduktion,
- Betriebswirtschaft, Sachverständigenwesen, Beraterseminare,
- Demonstrationsbetrieb für Tierhaltung des Landes Sachsen-Anhalt,
- Saat- und Pflanzgutanerkennung und -verkehrskontrolle,
- Kontrollbehörde für den ökologischen Landbau,

- Landwirtschaftliche Berufsbildung (Fachschule für Landwirtschaft, überbetriebliche Ausbildung,
   Fort- und Weiterbildung) und
- Koordinierung, Information, Kontaktvermittlung, Projektbegleitung auf dem Gebiet nachwachsender Rohstoffe.

#### Landwirtschaftlicher Betrieb Iden

Die Aufgabenschwerpunkte des Landwirtschaftlichen Betriebes Iden sind:

- Demonstrationsbetrieb für Tierhaltung des Landes Sachsen-Anhalt,
- praktische Basis für die überbetriebliche Ausbildung und die Durchführung von Versuchen,
- Grundbetreuung der im Betrieb gehaltenen Tierarten,
- Milch- und Fleischproduktion,
- Futter- und Marktfruchtproduktion und
- Erstausbildung in den Berufen Land- und Tierwirt.

#### **Landeszentrum Wald**

Das Landeszentrum Wald (LZWald) ist ein landeseigener Dienstleistungsbetrieb für den Wald im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie. Der Betriebsleitung in Halberstadt sind zehn Betreuungsforstämter in Annaburg, Arendsee, Dessau-Roßlau, Flechtingen, Genthin, Klötze, Letzlingen, Ziegelroda, Nedlitz und Wippra nachgeordnet. Das LZWald betreut auf vertraglicher Grundlage private und kommunale Waldbesitzer und deren Zusammenschlüsse. Als Kompetenzzentrum ist der LZWald für den praktischen Waldschutz auf der gesamten Waldfläche zuständig. Neben den fünf Jugendwaldheimen bieten das Haus des Waldes und die Betreuungsforstämter vielseitige waldpädagogische Projekte an.

Das LZWald nimmt insbesondere folgende Aufgaben wahr:

- forstliche Fachbehörde (Waldschutz) für untere, obere und oberste Fachbehörden,
- Waldbrandschutz,
- Unterstützung / Beratung und Betreuung der Waldbesitzer von Privatwald und Körperschaftswald.
- Schutz und Überwachung des Waldzustandes (Schaderreger),
- Träger öffentlicher Belange im Forstbereich,
- Waldzustandsüberwachung, Waldzertifizierung,
- Waldpädagogik, forstliche Öffentlichkeitsarbeit,

- Schaffung Planungsgrundlagen für die Waldstruktur und
- forstliches Bildungszentrum (betriebliche Ausbildung der Forstwirtinnen und Forstwirte, Fortund Weiterbildungslehrgänge, Schulprojekte).

#### Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt

Das Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt (LAU) ist die naturwissenschaftlich-technische Fachbehörde des Ministeriums für den Bereich des Umwelt- und Naturschutzes.

Das LAU hat seinen Sitz in Halle (Saale), Außenstellen befinden sich in Steckby (Staatliche Vogelschutzwarte Steckby und Internationaler Artenschutz / CITES-Büro), Osterburg (Umweltradioaktivität / Strahlenschutz-Landesmessstelle Nord), Magdeburg (Immissionsüberwachung, -meteorologie/-begutachtung mit Luftüberwachungssystem LÜSA) und Iden (Wolfskompetenzzentrum - WZI-).

Das LAU unterstützt das Ministerium bei der Erfüllung von gesetzlichen Verpflichtungen, bei der Entwicklung und Umsetzung umweltpolitischer Vorgaben der Landesregierung, bei der adäquaten Reaktion auf erhebliche Gefährdungen für die menschliche Gesundheit, für Tiere und Pflanzen oder für Umweltmedien (Havarien) durch Beratung und gutachterliche Stellungnahmen.

Daneben unterstützt das LAU im Rahmen der Amtshilfepflicht andere Landesbehörden bei schwierigen und/oder komplexen Einzelfällen, die von diesen Behörden nicht effektiv wahrgenommen werden können.

Das Aufgabenspektrum unterteilt sich in die Fachbereiche:

- Medienübergreifender Umweltschutz,
- Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Anlagentechnik Wasserwirtschaft,
- Immissionsschutz, Klimaschutz und
- Naturschutz.

Eingeschlossen sind unter anderem die Aufgaben Chemikalien- und Gentechniksicherheit, Spezial- und Luftanalytik, Umweltradioaktivität und Strahlenschutz, wie auch die Zuständigkeit als Betreiberzentrum für das ressortübergreifende Umweltinformationssystem des Landes Sachsen-Anhalt.

Das Wolfskompetenzzentrum ist landesweit zuständig für Fach- und Koordinierungsaufgaben zum Thema Wolf und führt unter anderem Begutachtungen von Wolfrissen an Nutztieren und Präventionsberatung durch.

#### Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt

Der Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt (LHW) hat seinen Sitz in Magdeburg. Nebenstellen befinden sich in Lutherstadt Wittenberg und Halle (Saale). Standorte der Flussbereiche sind Wittenberg, Sangerhausen, Merseburg, Halberstadt, Schönebeck, Genthin und Osterburg.

Der LHW nimmt folgende Aufgaben wahr:

- Planung, Verwaltung, Bau, Betrieb und Unterhaltung von Hochwasserschutzanlagen und sonstigen wasserwirtschaftlichen Anlagen, die sich im Eigentum des Landes befinden,
- Ausbau, Entwicklung und Unterhaltung von Gewässern erster Ordnung,
- fachliche Umsetzung und Begleitung von Aufgaben des Landes aus der EU-Wasserrahmenrichtlinie,
- gewässerkundlicher Landesdienst einschließlich Hydrologischer Dienst und Gewässeranalytik und
- die Hochwasservorhersagezentrale des Landes Sachsen-Anhalt.

#### Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten

Die vier Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten (ÄLFF) sind unter anderem zuständig für Flurneuordnungs- und Bodenordnungsverfahren nach dem Landwirtschaftsanpassungsgesetz und Flurbereinigungsgesetz, die Förderung der Dorferneuerung und anderer Entwicklungsmaßnahmen im ländlichen Raum. Die Antragsbearbeitung von EU-Ausgleichsleistungen und weiterer Fördermaßnahmen in der Landwirtschaft einschließlich der Fachaufgaben bei EU-Regelungen sowie die forstliche Förderung gehören zum Aufgabenspektrum. Dem Landesverwaltungsamt sind die vier ÄLFF dienst- und fachaufsichtlich unterstellt. Im Zuge der Zentralisierung von Aufgaben der allgemeinen Verwaltung der vier ÄLFF sind die Abteilungen 1 der ÄLFF aufgelöst worden. Die ÄLFF Mitte, Anhalt und Süd verfügen seitdem über Stabsbereiche Verwaltung und Recht. Im ALFF Altmark nimmt die Zentralabteilung die entsprechenden Aufgaben wahr.

#### Großschutzgebiete

Die Biosphärenreservatsverwaltung Mittelelbe, Biosphärenreservatsverwaltung Karstlandschaft Südharz sowie die Naturparkverwaltung Drömling nehmen folgende Aufgaben wahr:

- Verwaltung der landeseigenen Großschutzgebiete,
- Aufsicht über Naturparke in freier Trägerschaft, Landschaftspflegeverbände,
- Referenzstelle Biberschutz des Landes Sachsen-Anhalt,
- Referenzstelle Fledermausschutz des Landes Sachsen-Anhalt,
- Forschung / Monitoring,
- Umweltbildung und
- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.

#### **Nationalparkverwaltung Harz**

Zum 1. Januar 2006 ist der länderübergreifende Nationalpark Harz gegründet worden. Hauptsitz der Nationalparkverwaltung ist Wernigerode, in Sankt Andreasberg ist eine Außenstelle eingerichtet. Der Nationalpark Harz umfasst mehrere Fauna-Flora-Habitat- (FFH) und Vogelschutzgebiete und ist damit Teil des europaweiten Schutzgebietsystems "Natura 2000". Im Jahr 2003 wurden die beiden Nationalparke Hochharz und Harz von der Weltnaturschutzunion (International Union for Conservation of Nature and Natural Resources (IUCN)) auch international als Nationalparke anerkannt (Kategorie II der IUCN-Kategorisierung von Schutzgebieten).

Durch den gemeinsamen Nationalpark soll die Einzigartigkeit des Naturraumes Harz durch einen einheitlichen Schutz gewährleistet, die Einheitlichkeit und Zusammengehörigkeit des Harzes erkennbar gemacht und Anstöße für ein gemeinsames regionales Handeln gegeben werden.

#### Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt

Die Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt (NW-FVA) mit Sitz in Göttingen (Niedersachsen) ist eine gemeinsame Forschungseinrichtung und Dienststelle der Länder Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt. Sie ist zuständig für die praxisnahe forstliche Forschung und die Beratung aller Waldbesitzarten in Hessen, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt. Die NW-FVA ist für 2,7 Mio. Hektar Wald, knapp ein Viertel der deutschen Waldfläche, zuständig.

Mit den vier Arbeitsbereichen Waldwachstum, Waldschutz, Waldgenressourcen und Umweltkontrolle wird ein weites Forschungsspektrum abgedeckt. Die Erarbeitung und Vermittlung praxisnaher forstwissenschaftlicher Erkenntnisse basiert auf einem umfangreichen Netz an Versuchsflächen und Naturwäldern.

#### Landesverwaltungsamt

Dem Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie obliegt die Fachaufsicht über Aufgaben, die im Referat 203 und in der Abteilung 4 des Landesverwaltungsamtes wahrgenommen werden:

#### Referat 203 - Verbraucherschutz, Veterinärangelegenheiten (teilweise)

- Tierseuchenbekämpfung, Ein- und Ausfuhrangelegenheiten / innergemeinschaftliches Verbringen,
- Tierarzneimittelwesen, Kontrolle von Tierarzneimittelherstellern und veterinärpharmazeutischer Labore, Tierimpfstoffe,
- Tierschutz, Genehmigung von Tierversuchsvorhaben,
- Fachaufsicht Landeskontrollverband, Viehkennzeichnung und -registrierung,
- amtliche Futtermittelüberwachung, Zulassung und Registrierung von Futtermittelunternehmen,
- Rindfleischetikettierung, Risikoanalyse,
- Angelegenheiten im Rahmen der zivilen Verteidigung und des Katastrophenschutzes,
- Fachaufsicht über untere Veterinärbehörden,
- Koordinierung aller Maßnahmen zur Etablierung / Fortführung eines Qualitätsmanagementsystems für das Veterinärwesen und die Lebensmittelüberwachung;

#### Abteilung 4 Landwirtschaft und Umwelt

#### Referat 401 - Kreislauf- und Abfallwirtschaft, Bodenschutz

- Genehmigungs- und Überwachungsaufgaben zu Deponien,
- Abfallwirtschaftsplanung,
- Stoffstromüberwachung bei innerstaatlichen Entsorgungen (Nachweisverfahren für gefährlichen Abfall) und grenzüberschreitende Abfallverbringungen,
- Überwachung von Abfallentsorgungsanlagen,
- Bodenschutz, Altlasten (Bearbeitung von Grundsatzfragen; Stellungnahmen zu Planungs- und Genehmigungsverfahren),
- Fachaufsicht über die unteren Abfall- und Bodenschutzbehörden, Widerspruchsverfahren zu dortigen Verwaltungsentscheidungen,
- Zuwendungsverfahren für Maßnahmen des Bodenschutzes:

## Referat 402 - Immissionsschutz, Chemikaliensicherheit, Gentechnik, Umweltverträglichkeitsprüfung

- Durchführung von Genehmigungsverfahren nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz,
- Gebiets- und anlagenbezogener Immissionsschutz einschließlich des Schutzes gegen Lärm und physikalische Umweltfaktoren,
- Anlagenüberwachung,
- Gentechnik; Genehmigungs- und Überwachungsaufgaben nach dem Gentechnikgesetz,
- Umweltverträglichkeitsprüfung als Querschnittsaufgabe,
- Vollzug des Chemikaliengesetzes, Chemikaliensicherheit,
- Fachaufsicht über die unteren Immissionsschutz- und Chemikalienbehörden; Widerspruchsverfahren;

#### Referat 404 - Wasser

- Planfeststellungsverfahren zum Ausbau von Gewässern und Hochwasserschutzanlagen,
- Wasserrechtsvollzug, Entscheidungen, Regelungen zu Hochwasserschutzanlagen, Festsetzung von Überschwemmungsgebieten,
- Talsperrenaufsicht,
- Wasserrahmenrichtlinie (Koordinierung der Arbeit in den Koordinierungsräumen, Projektmanagement, Erstellung von Bewirtschaftungsplänen und Maßnahmeprogrammen, Öffentlichkeitsarbeit),
- Entscheidungen zu Gewässerbenutzungen, zur Gewässerunterhaltung,
- Verfahren zu wassergefährdenden Stoffen,
- Fachaufsicht über die unteren Wasserbehörden (u. a. als Gefahrenabwehrbehörden), Widerspruchsverfahren,
- Zuwendungsverfahren,
- Angelegenheiten der Wasserwirtschaft im Rahmen der zivilen Verteidigung und des Katastrophenschutzes;

#### Referat 405 - Abwasser

- Wasserwirtschaftliche Verfahren / Abwasserbeseitigung in den Bereichen Kommunalabwasser, Industrieabwasser und gewerbliches Abwasser einschließlich Einleitererlaubnisse, Planfeststellungsverfahren für Abwasserbehandlungsanlagen / Kläranlagen, Genehmigung und Überwachung von Abwasseranlagen, Abwasserbeseitigungsplanung / Genehmigung von Abwasserbeseitigungskonzepten,
- Vollzug des Abwasserabgabengesetzes,
- Förderung wasserwirtschaftlicher Vorhaben; staatliche Bauverwaltung für wasserwirtschaftliche Vorhaben.

- Fachaufsicht über die unteren Wasserbehörden, Widerspruchsverfahren;

#### Referat 407 - Naturschutz, Landschaftspflege, Bildung für nachhaltige Entwicklung

- Ausweisung von Naturschutzgebieten,
- Erarbeitung von fachlichen Stellungnahmen bei geplanten Eingriffen in Natur und Landschaft,
- Bearbeitung von Förderangelegenheiten,
- Erteilung artenschutzrechtlicher Genehmigungen,
- Aufgaben im Rahmen der Umsetzung des europäischen Schutzgebietsnetzes "Natura 2000",
- Fachaufsicht über die unteren Naturschutzbehörden, Widerspruchsverfahren,
- Förderung ausgewählter Vorhaben wie Umweltbildung;

#### Referat 409 - Agrarwirtschaft, Ländliche Räume, Fischerei, Forst- und Jagdhoheit

- Fachaufsicht über die Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten,
- für einzelne Aufgaben auch Fachaufsicht über Landkreise und kreisfreie Städte (z. B. untere Fischereibehörden, Düngerecht, untere Forstbehörden), Widerspruchsbearbeitung,
- Aufgabenbereiche Agrarwirtschaft, InVeKoS einschl. Agrarumwelt- und Klimamaßnahmen, Zahlungsansprüche, Betriebsprämien, Marktordnung, Düngemittelverkehr,
- Flurbereinigung, Bodenordnung,
- Obere Flurbereinigungsbehörde,
- ländliche Räume,
- Obere Siedlungsbehörde, Grundstücks- und Landpachtverkehr,
- Obere Fischereibehörde,
- Ernährungssicherstellung und -vorsorge,
- Marktstrukturverbesserung und Innovationsförderung,
- Aufgaben der beruflichen Aus- und Fortbildung in den land- und hauswirtschaftlichen Berufen nach dem Berufsbildungsgesetz (BBiG),
- Obere Forst- und Jagdbehörde,
- Fachaufsicht über die Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten (Abteilungen Forst) und die unteren Forst- und Jagdbehörden,
- Forsthoheit,
- Feld- und Forstordnung,
- Jagdhoheit, Förderung Jagdabgabe,
- forstliche Rahmenplanung,
- Kontrollstelle f
  ür forstliches Vermehrungsgut.

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft und Energie gehören in der mittelbaren Landesverwaltung folgende Anstalten des öffentlichen Rechts:

- Landesanstalt f
   ür Altlastenfreistellung,
- Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt,
- Tierseuchenkasse Sachsen-Anhalt.

#### Aufgabenbeschreibungen der Anstalten des öffentlichen Rechts

#### Landesanstalt für Altlastenfreistellung

Die Landesanstalt für Altlastenfreistellung (LAF) ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Zentrale Aufgabe der LAF ist es, die mit der Freistellungsregelung zusammenhängenden behördlichen Aufgaben im Altlastenbereich wahrzunehmen. Dazu gehört, die unterschiedlichen behördlichen Aktivitäten des Landes Sachsen-Anhalt im Altlastenbereich zu bündeln, zu koordinieren und das nötige Know-how für die komplexen Sanierungsmaßnahmen zusammenzuführen.

Im Einzelnen sind folgende Aufgaben der LAF im Gründungsgesetz vom 25. Oktober 1999 sowie in deren Satzung verankert:

- Entscheidung über Freistellungsanträge nach dem Umweltrahmengesetz,
- Durchführung der mit der Freistellung zusammenhängenden Maßnahmen:
  - Erstellung von Sanierungskonzepten und Sanierungsplänen,
  - Entscheidung über notwendige Sanierungsmaßnahmen in Abstimmung mit den Projektbeteiligten,
- Begleitung von Ausschreibungen und Vergaben in Abstimmung mit den Projektbeteiligten,
- Begleitung, Überwachung und Abnahme der Sanierungsmaßnahmen,
- Kontrolle der Rechnungen und Kostenerstattung gegenüber den Freigestellten und
- Finanzplanung für das Land Sachsen-Anhalt.

Seit Inkrafttreten des Bodenschutz-Ausführungsgesetzes (BodSchAG) im April 2002 ist die LAF zuständige Bodenschutzbehörde für Maßnahmen in den ökologischen Großprojekten und für einige komplizierte andere Fälle.

Die LAF ist die zentrale Ansprechpartnerin für Investoren, Grundstückseigentümer und Kommunen in Sachsen-Anhalt. Sie übernimmt die Aufgaben des Landes, die sich aus der Freistellung ergeben.

Die LAF begleitet und unterstützt die Vorbereitung und Durchführung der Sanierungsmaßnahmen bis hin zur Refinanzierung, übernimmt während der gesamten Projektdauer die Abstimmung mit Behörden und koordiniert alle Beteiligten. Durch die Sicherstellung der termin- und kostengerechten Abwicklung wird der wirtschaftliche Einsatz der von Land und Bund bereitgestellten Mittel für Maßnahmen der Gefahrenabwehr und die Beseitigung von Hemmnissen für Ansiedlungen an Altstandorten erreicht.

#### **Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt**

Der Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt (TSB-LSA) ist eine Anstalt des öffentlichen Rechts. Er wird rechtlich als selbständige Einrichtung des Landes Sachsen-Anhalt nach den Bestimmungen des Gesetzes zur Errichtung der Anstalt des öffentlichen Rechts "Talsperrenbetrieb Sachsen-Anhalt" verwaltet. Die Anstalt wird mit der Planung, dem Bau, dem Betrieb und der Unterhaltung von Stauanlagen im Sinne des § 88 des Wassergesetzes für das Land Sachsen-Anhalt betraut. Dazu gehören insbesondere folgende Aufgaben:

- die Regelung des Wasserabflusses,
- die Bereitstellung und der Vertrieb von Rohwasser zur Trinkwasseraufbereitung und Brauchwasser,
- das Führen der Stauanlagendokumentationen und Baubestandswerke der zugeordneten Stauanlagen und
- das Erarbeiten von Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange in wasserrechtlichen Verfahren, soweit diese Aufgabe berührt ist.

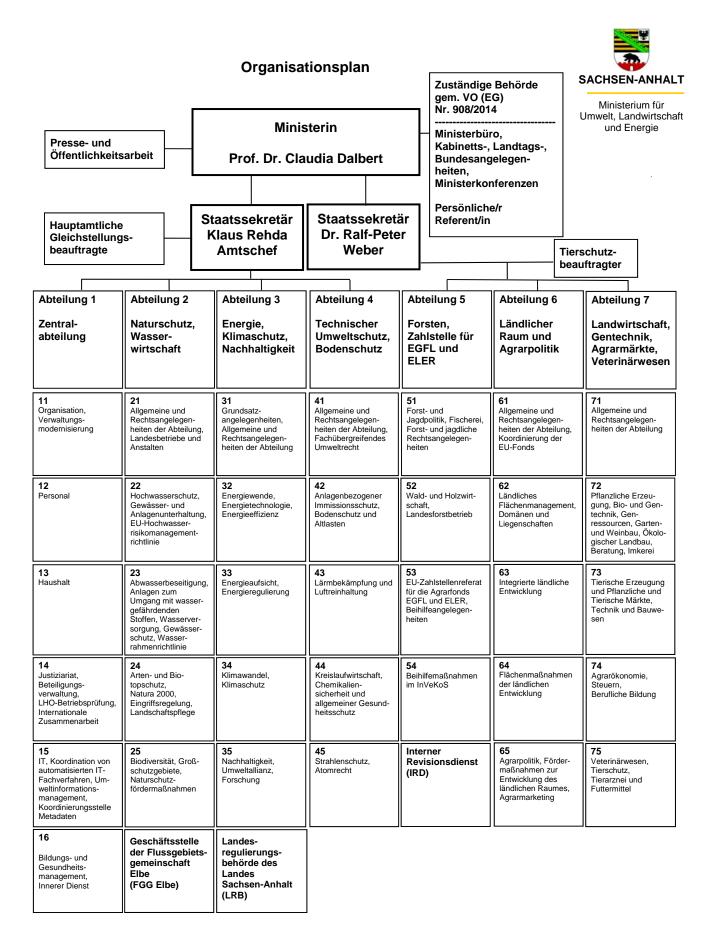
#### Tierseuchenkasse Sachsen-Anhalt

Die Tierseuchenkasse Sachsen-Anhalt ist eine rechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Magdeburg und untersteht der Rechtsaufsicht durch das Land. Aufsichtsbehörde ist das Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie. Die Tierseuchenkasse Sachsen-Anhalt hat die Aufgabe, nach Maßgabe des Gesetzes über die Tierseuchenkasse und zur Ausführung des Tiergesundheitsgesetzes (AG TierGesG) Tierverluste durch Tierseuchen oder seuchenartige Erkrankungen sowie Kosten und Schäden zu ersetzen, die bei der Bekämpfung von Tierseuchen entstehen. Sie leistet die vorgeschriebenen Entschädigungen nach Maßgabe des Tierseuchen-/Tiergesundheitsgesetzes des Bundes.

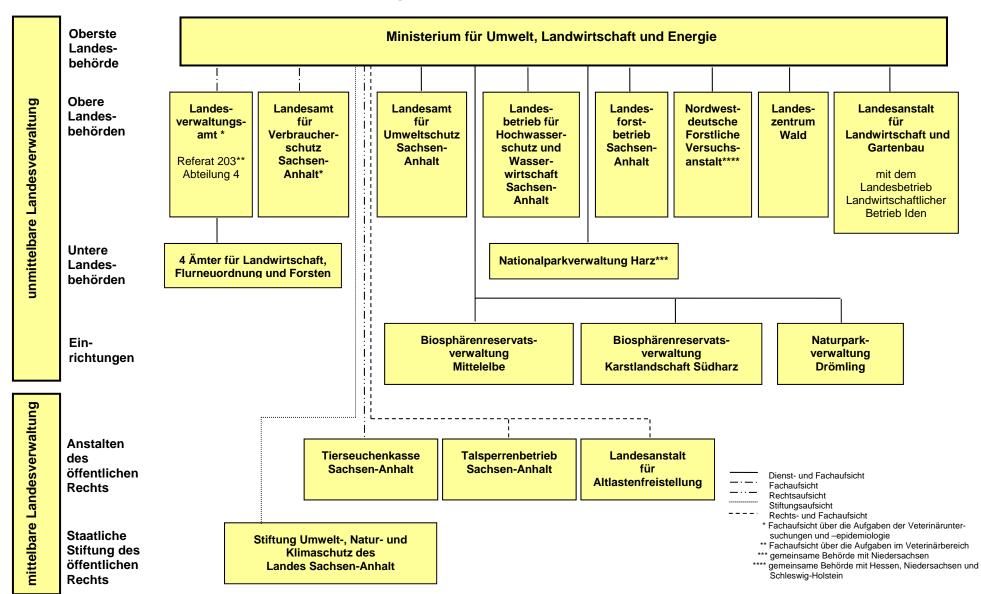
Zur Förderung der Gesundheit der Tierbestände unterhält sie einen Tiergesundheitsdienst und leistet Beihilfen für tierseuchenprophylaktische Maßnahmen. Sie ist eine Solidargemeinschaft der Tierhalter im Land Sachsen-Anhalt, die zur Finanzierung ihrer Leistungen jährlich Beiträge von den Nutzern nach Maßgabe ihrer Satzung erhebt.

Dem Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie obliegt die Stiftungsaufsicht über folgende staatliche Stiftung des öffentlichen Rechts:

• Stiftung Umwelt-, Natur- und Klimaschutz des Landes Sachsen-Anhalt.

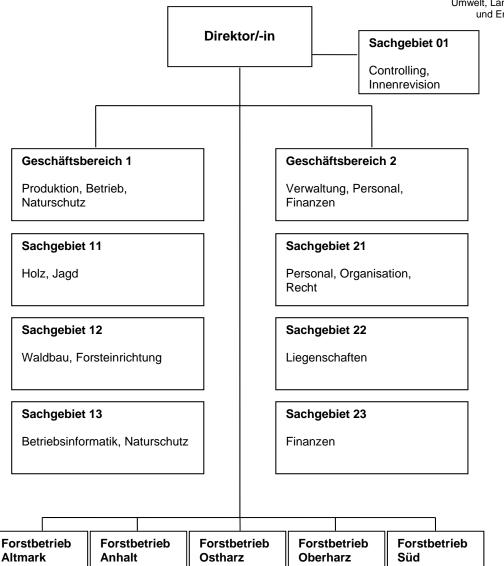


#### Organisationsübersicht für den Geschäftsbereich



## Organisationsplan Landesforstbetrieb Sachsen-Anhalt

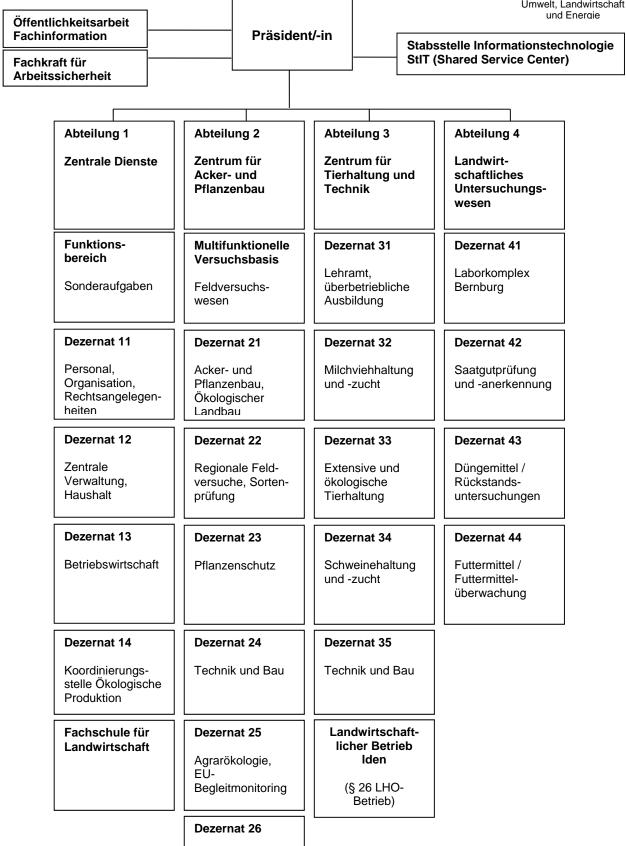




#### Organisationsplan Landesanstalt für Landwirtschaft und **Gartenbau Sachsen-Anhalt**



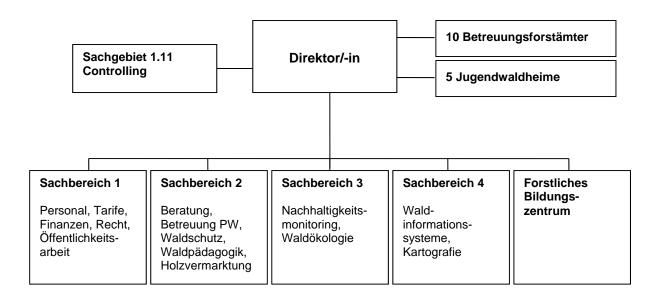
Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft



Gartenbau

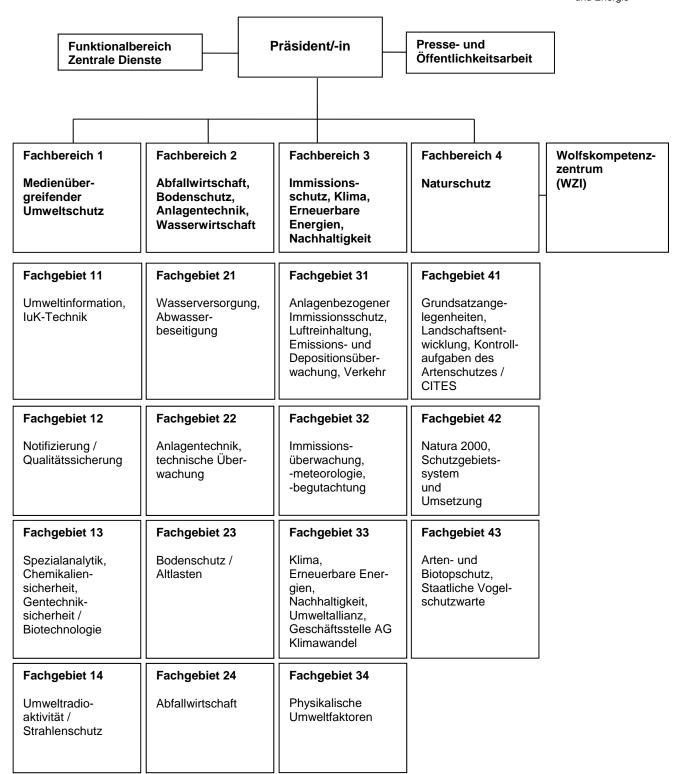
#### Organisationsplan Landeszentrum Wald





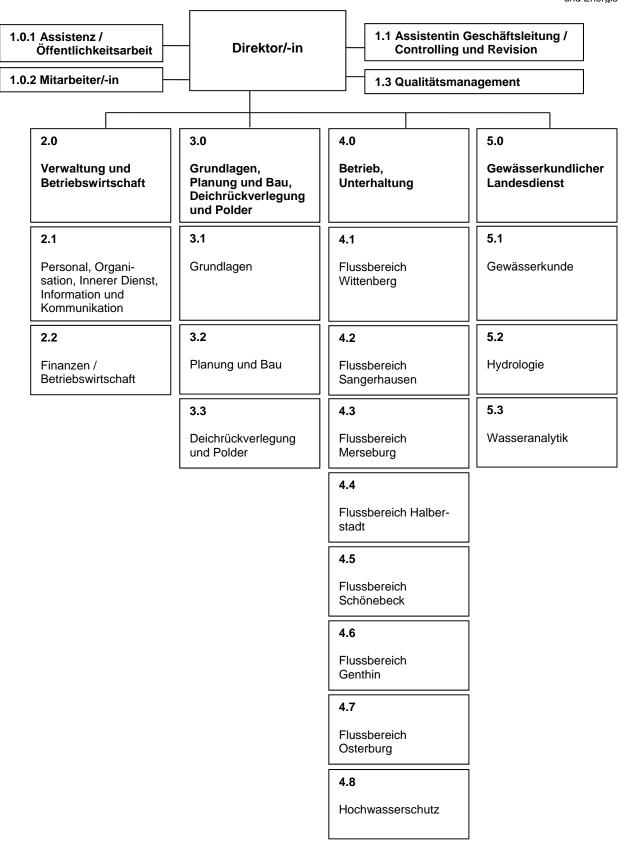
## Organisationsplan Landesamt für Umweltschutz Sachsen-Anhalt





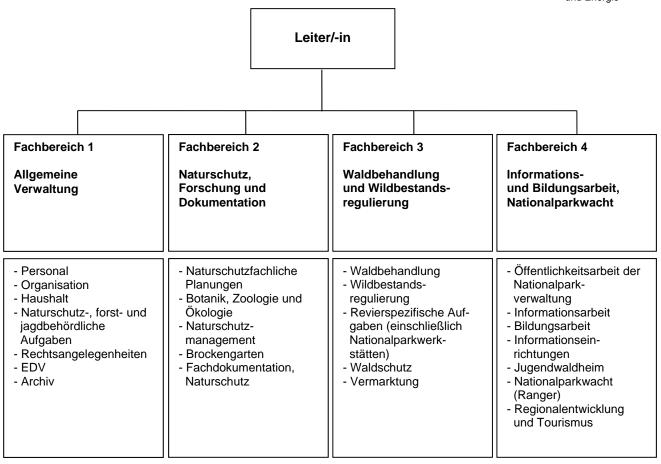
# Organisationsplan Landesbetrieb für Hochwasserschutz und Wasserwirtschaft Sachsen-Anhalt





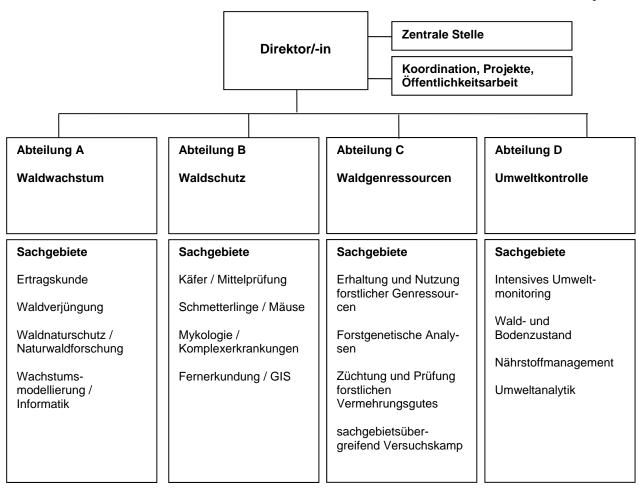
#### Organisationsplan Nationalparkverwaltung



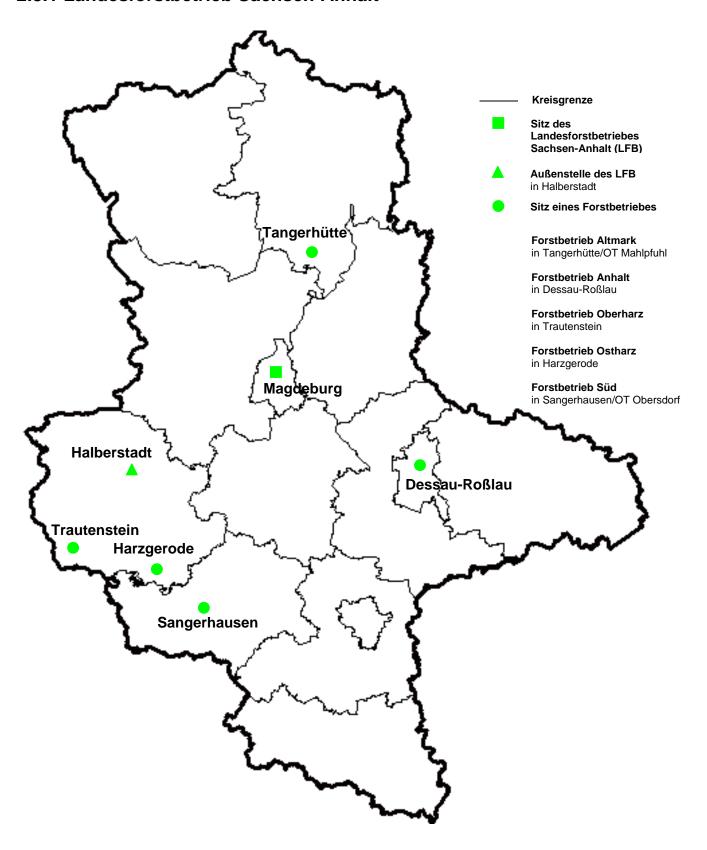


## Organisationsplan Nordwestdeutsche Forstliche Versuchsanstalt

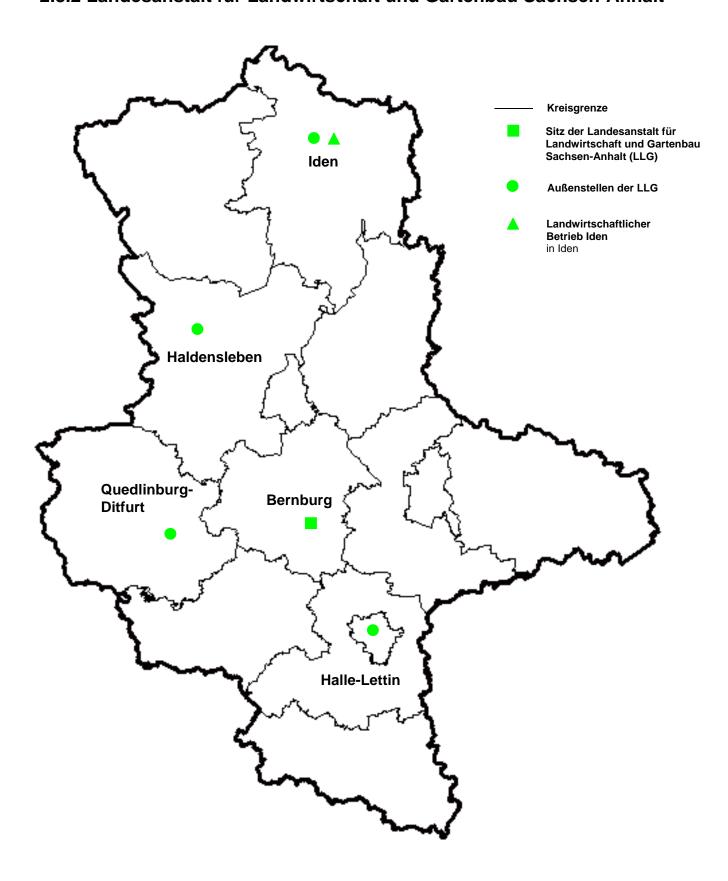




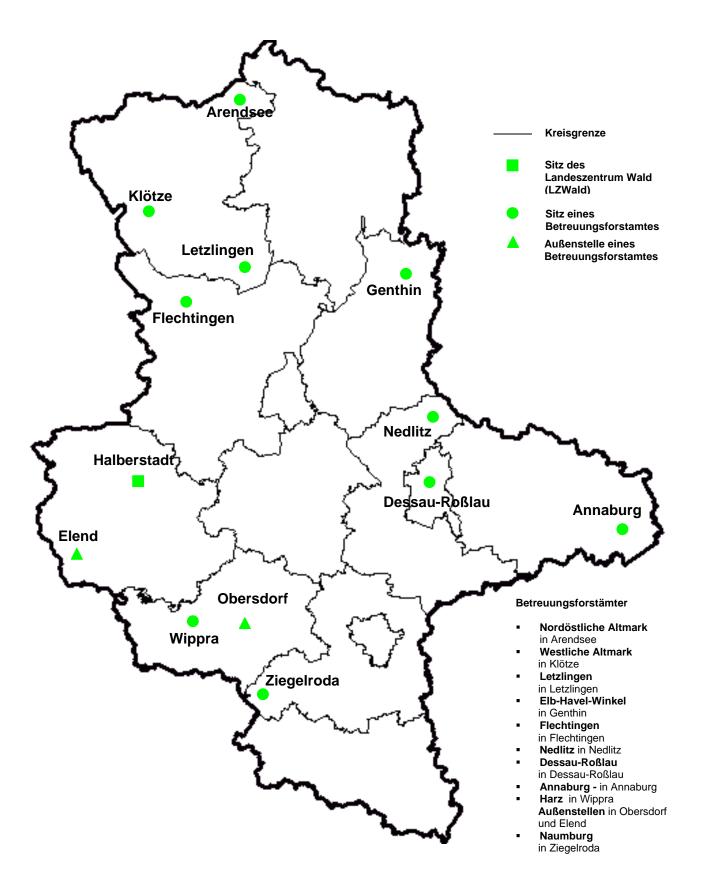
#### 2.8.1 Landesforstbetrieb Sachsen-Anhalt



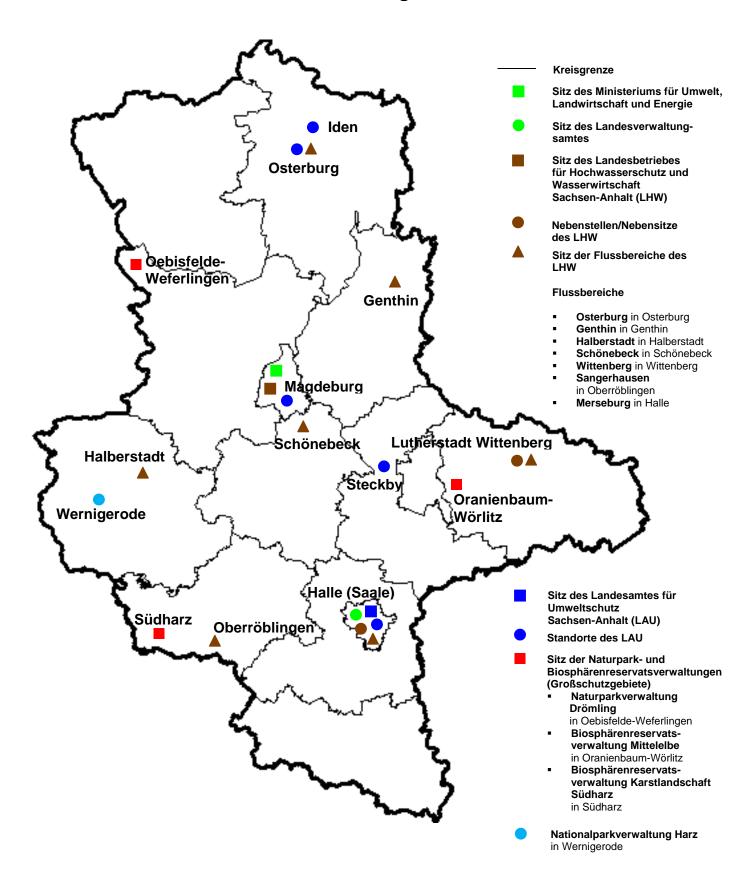
### 2.8.2 Landesanstalt für Landwirtschaft und Gartenbau Sachsen-Anhalt



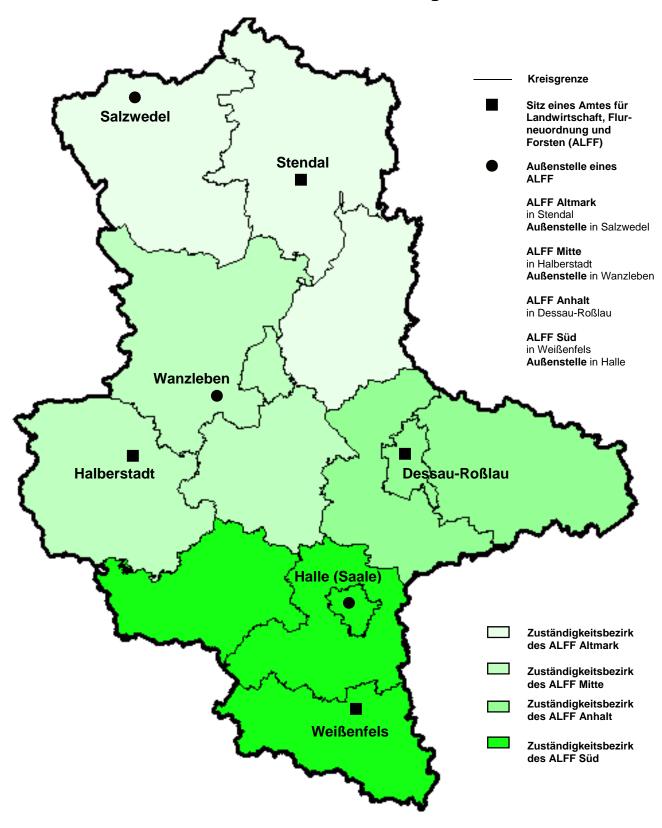
#### 2.8.3 Landeszentrum Wald



#### 2.8.4 Umwelt- und Naturschutzverwaltung



## 2.8.5 Ämter für Landwirtschaft, Flurneuordnung und Forsten



#### 2.9 Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr

Vom Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr werden hauptsächlich folgende Aufgaben bzw. Zuständigkeiten wahrgenommen:

#### • Stadtentwicklung, Wohnen

- Bauplanungsrecht,
- Baunebenrecht,
- Energetische Stadtsanierung,
- Städte- und Wohnungsbauförderung,
- Hochwasserschadensregulierung,
- Wohngeld,
- Wohnungs- und Mietrecht,
- Wohnungswirtschaft;

#### • Bauaufsicht, Bautechnik, Marktüberwachung für harmonisierte Bauprodukte

- Bauaufsicht.
- Bautechnik,
- Bauordnungsrecht,
- Marktüberwachung von harmonisierten Bauprodukten;

#### Verkehr

- Verkehrspolitik,
- Verkehrsplanung,
- Verkehrsforschung,
- Verkehrsfinanzierung,
- Verkehrssicherheit,
- Öffentlicher Personennahverkehr,
- Schienenverkehr,
- Gewerblicher Güterkraftverkehr,
- Kombinierter Ladungsverkehr,
- Häfen und Schifffahrt,
- Logistik,
- Luftverkehr und Wetterdienst,
- Ressortübergreifende Radverkehrskoordination;

#### • Straßenbau und Straßenverkehr

- Straßenplanung und -bau,
- Brückenbau,
- Straßenbaufinanzierung,
- Straßenunterhaltung, Straßenbetrieb,
- Straßenverkehrstechnik,
- Straßenverkehrstelematik,
- Straßenrecht,
- Straßenverkehrsrecht;

#### • Vermessungs- und Geoinformationswesen

- Vermessungs- und Katasterwesen,
- Geodateninfrastruktur,
- Geoinformationswesen:

#### Raumordnung und Landesentwicklung

- Europäische Raumentwicklung,
- Landesentwicklungsplanung,
- Grundlagen der Regionalplanung,
- Raumordnerische Zusammenarbeit,
- Sicherung der Landesentwicklung,
- Fach- und Rechtsaufsicht über die Landkreise und kreisfreien Städte als untere Landesentwicklungsbehörden,
- Rechtsaufsicht über die Regionalen Planungsgemeinschaften als Träger der Regionalplanung,
- Demografie,
- Raumordnungskataster,
- Amtliches Raumordnungs-Informationssystem,
- Landesplanerische Abstimmung von Einzelprojekten.

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr gehören in der unmittelbaren Landesverwaltung folgende Behörden:

- Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt (Karte 2.9.1),
- Landesamt f
   ür Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt (Karte 2.9.2),
- Teile des Landesverwaltungsamtes (Referate 305, 306, 307 und 308).

#### Aufgabenbeschreibungen der Behörden

#### Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt

Die Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt (LSBB) mit Sitz in Magdeburg ist mit ihren fünf Regionalbereichen in Stendal, Halberstadt, Magdeburg, Dessau-Roßlau und Halle (Saale) obere Straßenbaubehörde des Landes und untere Straßenverkehrsbehörde für die Autobahnen.

Als obere Straßenbaubehörde ist die LSBB zuständig für die Straßenbaufinanzierung, die Straßenplanung, den Grunderwerb, den Straßenentwurf, die Straßenverwaltung, die Straßen- und Brückenbauvorbereitung, -abwicklung und -überwachung sowie für die Organisation und Durchführung des Unterhaltungs- und Betriebsdienstes für Landes- und Bundesfernstraßen.

#### Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt

Das Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt (LVermGeo) nimmt vor allem die behördlichen Aufgaben nach dem Fachgesetz für das Geoinformationswesen wahr. Hierbei obliegt dem LVermGeo unter anderem die Führung des Liegenschaftskatasters, die Landesvermessung mit den amtlichen Bezugssystemen und der Geotopographie, die Führung und Bereitstellung des Geobasisinformationssystems des Landes sowie die Grundstückswertermittlung als Kernaufgaben.

Als zentraler Geodatenmanager des Landes befördert das LVermGeo die Erschließung der Potenziale vernetzter Geodaten. Die für den Aufbau raumbezogener Fachinformationssysteme auf der Grundlage von Geobasisdaten erforderlichen Prozesse zur Zusammenführung mit den Geofachdaten werden durch das LVermGeo koordiniert, gebündelt und vereinheitlicht.

#### Das LVermGeo ist ebenfalls zuständig für:

- die Aufsicht über die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure nach § 18 des Gesetzes über die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure im Land Sachsen-Anhalt (ÖbVermIngG LSA),
- die Fachaufsicht über die anderen behördlichen Vermessungsstellen nach § 2 Abs. 2 in Verbindung mit § 1 Abs. 3 Vermessungs- und Geoinformationsgesetz Sachsen-Anhalt (VermGeoG LSA) und
- alle Entscheidungen und Maßnahmen nach dem ÖbVermIngG LSA, soweit in diesem Gesetz nichts anderes bestimmt ist.

Das LVermGeo nimmt nach anderen Rechtsvorschriften folgende Aufgaben wahr:

- Koordinierung und fachlicher Betrieb der Geodateninfrastruktur Sachsen-Anhalt (GDI-LSA) einschließlich der zentralen Komponenten der GDI-LSA,
- Kontaktstelle für die Geodateninfrastruktur Sachsen-Anhalt nach dem Geodateninfrastrukturgesetz für das Land Sachsen-Anhalt (GDIG LSA),
- Durchführung und Mitwirkung bei der Bodenordnung sowie Anfertigung von Planunterlagen für Baupläne nach dem Baugesetzbuch (BauGB),
- Aufgaben als Geschäftsstelle des Gutachterausschusses für Grundstückswerte nach dem BauGB,
- Erteilung von Unschädlichkeitszeugnissen,
- Mitwirkung an der Durchführung des Vermögenszuordnungsgesetzes (VZOG) und
- Aufgaben als Sonderungsbehörde nach dem Bodensonderungsgesetz (BoSoG).

Das LVermGeo ist für die Ausbildungsberufe Geomatikerin / Geomatiker sowie Vermessungstechnikerin / Vermessungstechniker nach der Verordnung über die Berufsausbildung in der Geoinformationstechnologie zuständige Stelle nach § 73 Abs. 2 des Berufsbildungsgesetzes im Bereich des öffentlichen Dienstes und aufgrund einer Verwaltungsvereinbarung mit den Industrie- und Handelskammern Magdeburg und Halle-Dessau auch für den Bereich der gewerblichen Wirtschaft.

Das LVermGeo ist Koordinierungsstelle für die Ausbildung und Prüfung der Anwärterinnen und Anwärter der Laufbahngruppe 1, zweites Einstiegsamt und der Laufbahngruppe 2, erstes Einstiegsamt des vermessungstechnischen Verwaltungsdienstes in Sachsen-Anhalt. Des Weiteren koordiniert das LVermGeo die Ausbildung und Prüfung der Referendarinnen und Referendare der Laufbahngruppe 2, zweites Einstiegsamt des technischen Verwaltungsdienstes, Fachrichtung Geodäsie und Geoinformation in Sachsen-Anhalt.

Darüber hinaus wirkt das LVermGeo im Lenkungsausschuss Geobasis der Bundesländer und in den Arbeitskreisen der Arbeitsgemeinschaft der Vermessungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland (AdV) mit.

#### Landesverwaltungsamt

Dem Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr obliegt die Fachaufsicht über Aufgaben, die in den Referaten 305, 306, 307, und 308 des Landesverwaltungsamtes wahrgenommen werden:

#### Referat 305 - Bauwesen

- Städtebaurecht,
- obere Bauaufsichtsbehörde,
- Vollzug der Marktüberwachung für harmonisierte Bauprodukte,
- Genehmigungsverfahren für Fliegende Bauten,
- Zustimmungsverfahren für Bauten des Bundes und der Länder,
- Stelle für die Ausstellung eines Befähigungszeugnisses und für die Erteilung eines Gastspielprüfbuches nach Versammlungsstättenverordnung;

## Referat 306 - Städte- und Wohnungsbauförderung, Wohnungswesen, Schulbauförderung (teilweise)

- Städtebauförderung,
- Wohnungsbauförderung (Wohnungsbindungsrecht),
- Wohnungswesen / Wohngeld,
- Wohnungsfürsorge für Landesbedienstete,
- Schulbauförderung,
- Hochwasserschadensregulierung;

#### Referat 307 - Verkehrswesen

- Öffentlicher Personennahverkehr,
- Verkehrsfinanzierung,
- Abwicklung von Investitionsmaßnahmen
   (GVFG-, Regionalisierungsmittel) für den Öffentlichen Straßenpersonenverkehr (ÖSPV),
- Personenbeförderung,
- Eisenbahnen, Eisenbahnkreuzungen,
- Güterverkehr,
- Binnenschifffahrt, Häfen und Fähren,
- Luftverkehr.
- Straßenverkehr,
- Verkehrssicherheit,
- Straßenrecht / Straßenaufsicht,
- Förderung des kommunalen Straßenbaus;

#### Referat 308 - Planfeststellungsverfahren (teilweise)

- Durchführung von Planfeststellungsverfahren, Plangenehmigungsverfahren und Planverzichtsverfahren.

Zum Geschäftsbereich des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr gehört in der mittelbaren Landesverwaltung folgendes beliehenes Unternehmen:

#### • Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH.

Die Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH (NASA) nimmt als beliehenes Unternehmen öffentliche Aufgaben für das Land Sachsen-Anhalt auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrages wahr.

#### Organisationsplan



Ministerbüro Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr **Minister** Persönlicher Referent **Thomas Webel** des Ministers Presse- und Öffentlichkeitsarbeit Hauptamtliche Staatssekretär Gleichstellungsbeauftragte Kabinetts-, Landtags-Dr. Sebastian Putz und Bundesratsangelegenheiten

#### Abteilung 1

#### Allgemeine Angelegenheiten

Informationssicherheitsbeauftragter

#### Referat 11

Organisation, Informationsund Kommunikationstechnik, Innerer Dienst

#### Referat 12

Personalangelegenheiten, Aus- und Fortbildung

#### Referat 13

Haushalt, Finanz- und Fördercontrolling

#### Referat 14

EU-Angelegenheiten, Justiziariat, Korruptionsprävention, EFRE-Ressortkoordinierung

#### Abteilung 2

Städtebau und Bauaufsicht, Landesentwicklung

#### Referat 21

Grundsatz Städtebau, Stadtentwicklung, Wohnungswesen, Haushalt

#### Referat 22

Städtebauförderung, Architektur

#### Referat 23

Öffentliches Baurecht, Rechtsangelegenheiten, Wohngeld

#### Referat 24

Sicherung der Landesentwicklung

#### Referat 25

Bauaufsicht, Bautechnik, technische Fragen des Städte- und Wohnungsbaus

#### Referat 26

Landesentwicklungsplanung, Europäische Raumentwicklung

#### Abteilung 3

#### Verkehr und Straßenbau

Projektgruppe Bundesfernstraßen

#### Referat 31

Grundsatzfragen, Verkehrspolitik, Bahnen, Öffentlicher Personenverkehr

#### Referat 32

Straßenplanung und -entwurf, Straßenrecht und Straßenverwaltung; Infrastrukturplanung Autobahn

#### Referat 33

Luftverkehr, Schifffahrt, Häfen, Güterverkehr, Logistik

#### Referat 34

Verkehrs- und Straßenbaufinanzierung

#### Referat 35

Straßenverkehrsrecht, Verkehrssicherheit, Gefahrgutrecht

#### Referat 36

Straßenbau und -betrieb, Verkehrstechnik

#### Referat 37

Verkehrsstrategie, Alternative Mobilitätskonzepte

#### Abteilung 4

## Geoinformation und Demografie

Projektgruppe Interdisziplinäre Führungskräfteentwicklung technischer Fachrichtungen

#### Referat 41

Rechtsangelegenheiten der Abteilung

#### Referat 42

Geobasisinformationssystem, Geodienste

#### Referat 43

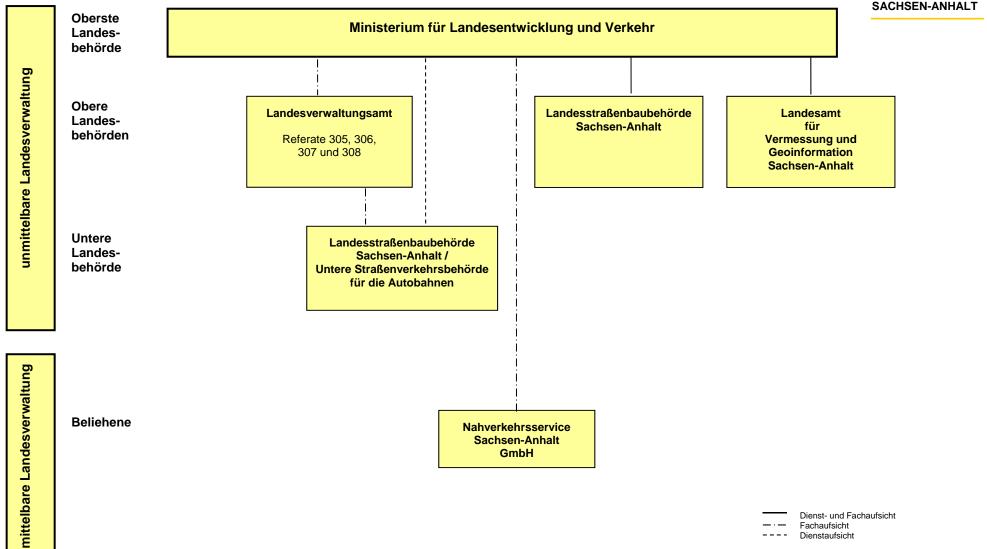
Demografische Entwicklung und Prognosen

#### Referat 44

Flächenmanagement, Amtliches Raumordnungs-Informationssystem

#### Organisationsübersicht für den Geschäftsbereich

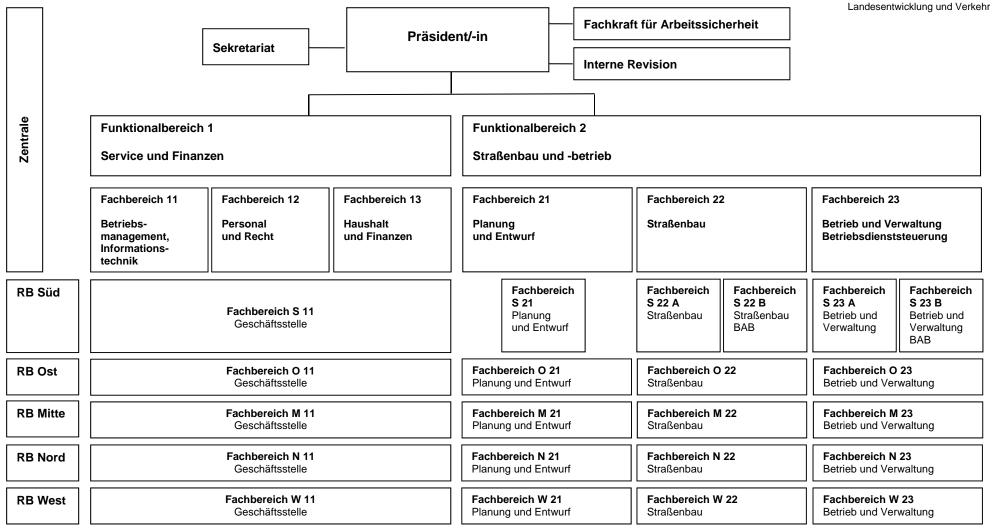




## Organisationsplan Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt



Ministerium für Landesentwicklung und Verkel



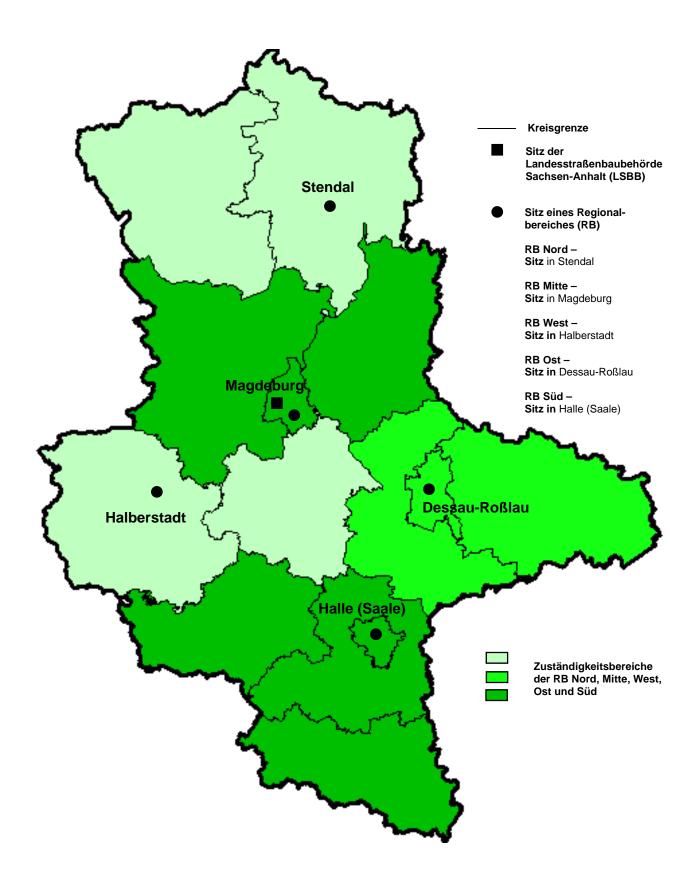
#### Organisationsplan Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt



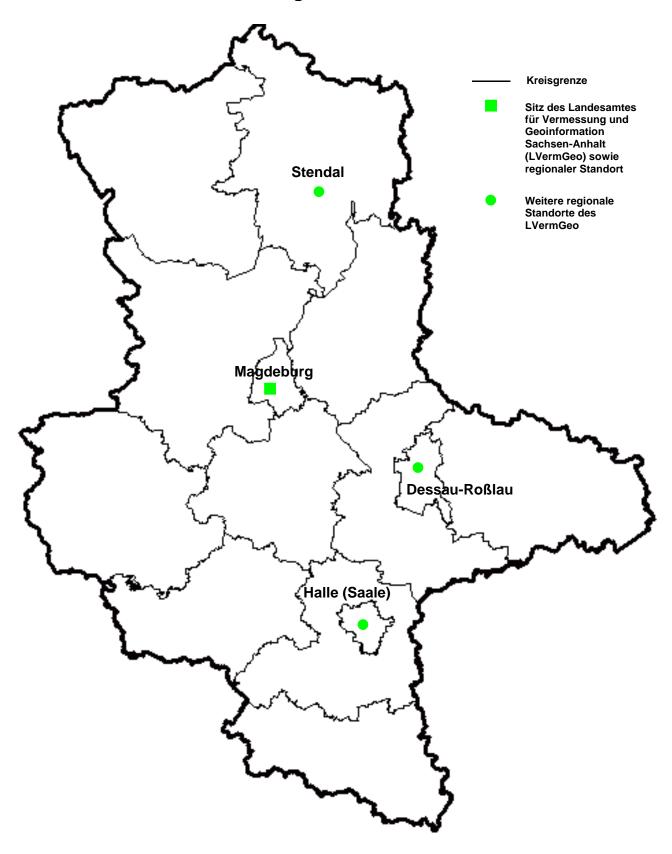
Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr

Präsident/-in					
	Funktional-	Funktional-	Funktional-	Funktional-	1
	bereich  Geschäfts- betrieb	bereich Infrastruktur, Geoservice	bereich  Geobasis- informations-	bereich  Koordinie- rung,	
			system	Rechtsange- legenheiten	
Geoleistungs- bereich	Dezernat 11	Dezernat 21	Dezernat 31	Dezernat 41	Dezernat 51
Regionale Standorte	Organisation, Innenrevision	Verfahrens- infrastruktur und -management	Integriertes Gesamtsystem	Steuerung, Controlling	Standort- koordinierung, Projekte, Controlling, Kostenstelle
					Dezernat 52
					Service, Call-Center
	Dezernat 12	Dezernat 22	Dezernat 32	Dezernat 42	Dezernat 53
	Personal, Aus- und Fortbildung	Geodaten- infrastruktur, Portal, Dienste für	Landes- vermessung	Justiziariat, allgemeine Beschwerden	Grundlagen- vermessung (nur Magdeburg)
		Geobasisdaten			Dezernat 54
Magdeburg					Liegenschaftskataster
Stendal Dessau-	Dezernat 13	Dezernat 23	Dezernat 33	Dezernat 43	Dezernat 55
Roßlau Halle (Saale)	Haushalt, Ausstattung	Geoservice, Frontoffice- management	Liegenschafts- und Kaufpreis- informations- system, Flächen- management	Fachvor- schriften, Kosten- und Benutzungs- regelungen, Vertragsange- legenheiten, ÖbVerming	Wertermittlung, Bodenordnung
					Dezernat 56
					Geotopographie (nur Halle)
	Magdeburg	Magdeburg	Magdeburg	Magdeburg	

### 2.9.1 Landesstraßenbaubehörde Sachsen-Anhalt



## 2.9.2 Landesamt für Vermessung und Geoinformation Sachsen-Anhalt



#### 3. Landesverfassungsgericht

Die Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt vom 16. Juli 1992 (GVBI. LSA S. 600) bestimmt in Artikel 76, dass ein Gesetz Verfassung und Verfahren des Landesverfassungsgerichts (LVerfG) regelt. Dies ist durch das Gesetz über das Landesverfassungsgericht vom 23. August 1993 (GVBI. LSA S. 441) geschehen.

Nach § 1 Abs. 1 des Landesverfassungsgerichtsgesetzes ist das LVerfG ein den anderen Verfassungsorganen - dem Landtag und der Landesregierung - gegenüber selbständiger und unabhängiger Gerichtshof des Landes. Es hat seinen Sitz in Dessau-Roßlau. Das LVerfG besteht aus sieben Mitgliedern. Sie werden vom Landtag für eine Amtszeit von sieben Jahren gewählt und vom Ministerpräsidenten ernannt.

Das LVerfG entscheidet insbesondere:

- über die Vereinbarkeit eines Landesgesetzes mit der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt,
   wenn ein Gericht das Verfahren gemäß Artikel 100 Abs. 1 des Grundgesetzes ausgesetzt hat,
- über Verfassungsbeschwerden, die von jedermann mit der Behauptung erhoben werden können, durch ein Landesgesetz unmittelbar in seinen Grundrechten, grundrechtsgleichen Rechten oder staatsbürgerlichen Rechten verletzt zu sein und
- über die Auslegung der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt aus Anlass von Streitigkeiten über den Umfang der Rechte und Pflichten eines obersten Landesorgans oder anderer Beteiligter, die durch die Landesverfassung oder in der Geschäftsordnung des Landtages oder der Landesregierung mit eigener Zuständigkeit ausgestattet sind, auf Antrag des obersten Landesorgans oder der anderen Beteiligten.

Eine Verfassungsbeschwerde gegen Gerichtsurteile oder gegen Behördenentscheidungen ist nicht möglich.

#### 4. Landesrechnungshof

Der Landesrechnungshof (LRH) ist mit dem Landesrechnungshofgesetz vom 7. März 1991 errichtet worden. Er ist nach Artikel 98 Abs. 1 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt eine selbständige, in der Wahrnehmung seiner Aufgaben unabhängige und nur dem Gesetz unterworfene oberste Landesbehörde. Im Rahmen seiner gesetzlichen Aufgaben unterstützt der LRH den Landtag und die Landesregierung bei ihren Entscheidungen.

Der LRH hat die gesamte Haushalts- und Wirtschaftsführung des Landes einschließlich seiner Sondervermögen und Betriebe zu überwachen und zu prüfen. Er prüft nach § 8 Fraktionsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt auch die Fraktionen des Landtages.

Für die überörtliche Kommunalprüfung ist der LRH auf Grund des Kommunalverfassungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt für die Landkreise, die kreisfreien Städte, der Gemeinden und der Verbandsgemeinden mit mehr als 25.000 Einwohnern sowie der Zweckverbände ebenfalls zuständig.

Der LRH prüft auch öffentlich-rechtliche Anstalten. Zu nennen sind hier z. B. die Norddeutsche Landesbank und der Mitteldeutsche Rundfunk zusammen mit den Rechnungshöfen der beteiligten anderen Bundesländer.

Der LRH ist ferner berechtigt, bei Stellen außerhalb der Landesverwaltung zu prüfen, wenn sie Teile des Landeshaushaltsplans ausführen oder vom Land Ersatz von Aufwendungen erhalten, Landesmittel oder Vermögensgegenstände des Landes verwalten, vom Land Zuwendungen erhalten oder auf Grund eines Gesetzes Umlagen oder ähnliche Geldleistungen an das Land abzuführen haben.

Er prüft ebenfalls die Betätigung des Landes bei Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an denen das Land unmittelbar beteiligt ist, unter Beachtung kaufmännischer Grundsätze. Sind für Prüfungen gemeinsame Zuständigkeiten gegeben, so prüft der LRH mit anderen Rechnungshöfen oder dem Bundesrechnungshof.

Der LRH prüft insbesondere die Einnahmen, Ausgaben, Verpflichtungen zur Leistung von Ausgaben, das Vermögen und die Schulden, Maßnahmen, die sich finanziell auswirken können, Verwahrungen und Vorschüsse, die Verwendung der Mittel, die zur Selbstbewirtschaftung zugewiesen sind.

Die Prüfung erstreckt sich auf die Einhaltung der für die Haushalts- und Wirtschaftsführung geltenden Vorschriften und Grundsätze.

Der LRH hat seinen Dienstsitz in Dessau-Roßlau und weitere Prüferinnen und Prüfer in der Außenstelle Magdeburg.

#### Organisationsplan



Landesrechnungshof

Senat des Landesrechnungshofes Sachsen-Anhalt Präsident Büro für Präsidial- und Senatsangelegenheiten **Kay Barthel** Pressesprecher Abteilung 2 Abteilung 3 Abteilung 4 Abteilung 1 Präsidialabteilung Referat P1 Referat 11 Referat 21 Referat 31 Referat 41

Grundsatzangelegenheiten des Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesens, Organisations- und Wirtschaftlichkeitsprüfungen, Rundfunkangelegenheiten einschließlich KEF, Querschnittsprüfungen für Öffentlichkeitsarbeit und Verfügungsfonds, Sonderprüfungen, Landtag - Epl. 01, Staatskanzlei und Ministerium für Kultur -Epl. 02, Prüfung der Jahresrechnung der Stiftungen, Sächliche Verwaltungsausgaben ohne Fachaufgaben, Justiziariat

Ministerium der Finanzen - Epl. 04, Epl. 13 - Allgemeine Finanzverwaltung, Epl. 19 - Informations und Kommunikationstechnik (IKT)

Hochbau- und Liegenschaftsverwaltung -Epl. 20

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft und Energie - Epl. 09 und 15, Epl. 13 und Epl. 14 - jeweils teilweise

Überörtliche Kommunalprüfung Wirtschaftliche Betätigung, Wohnungswesen / Städtebau / Stadtumbau, Fragen der Daseinsvorsorge, Turnusprüfunaus Epl. 14 Kap. 14 07, 14 08, 14 10

#### Referat P2

Organisation, Informations- und Kommunikationstechnik, Dokumentenmanagement, Bibliothek / Archiv

#### Referat 12

Ministerium für Inneres und Sport - Epl. 03, Kap. 03 46 Sport. Ministerium für Arbeit, Soziales und Integrati-

on - Epl. 05, Ministerium für Justiz und Gleichstellung -

Epl. 11. aus Epl. 14 Kap. 14 10 - Wohnungswesen,

Kap. 50 20 - Schwerbehinderten-Ausgleichs-Abgabe

#### Referat 22

Öffentliches Dienstrecht (Beamtenrecht, Tarifrecht, Versorgung und dienstrechtliche Nebengebiete) - staatlich und kommunal, Personalbedarfsermittlung, Organisationsprüfungen, Ministerium für Inneres und Sport -Epl. 03. Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Epl. 17 Kap. 17 10 - Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt

#### Referat 32

Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen, Wasserbau und technischer Hochwasserschutz, Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr - Epl. 14 (ohne Kap. 14 03, 14 07, 14 10)

#### Referat 42

Überörtliche Kommunalprüfung Grundsätze des Kommunalrechts. Haushalt und Finanzen. Turnusprüfungen, aus Epl. 13 Kap. 13 12

#### Referat P3

Personal, Haushalt, Innerer Dienst

#### Referat 13

Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung - Epl. 06, Ministerium für Bildung - Epl. 07 (ohne Kap.

07 04 - Landeszentrale für politische Bil-

aus Epl. 13 Kap. 13 15 - Zuschüsse an Religionsgemeinschaften. Staatskanzlei und Ministerium für Kultur - Epl. 17 (ohne Kap. 17 10 - Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt)

#### Referat 33

Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung - Epl. 08, aus Epl. 14 Kap. 14 03 Prüfung der Beteiligungen und des Vermögens des Landes sowie Wirtschaftsförderung

#### 5. Landesbeauftragter für den Datenschutz

#### Landesbeauftragter für den Datenschutz

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz ist die unabhängige Datenschutzaufsichtsbehörde in Sachsen-Anhalt. Nach Artikel 63 Abs. 2 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt wird die Person des Landesbeauftragten auf Vorschlag der Landesregierung vom Landtag mit qualifizierter Mehrheit für sechs Jahre gewählt.

Gemäß § 21 Abs. 1 Datenschutzgesetz Sachsen-Anhalt (DSG LSA) ist der Landesbeauftragte für den Datenschutz Aufsichtsbehörde im Sinne von Artikel 4 Nr. 21 in Verbindung mit Artikel 51 der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) vom 27. April 2016 (ABI. L 119 vom 04.05.2016, S. 1, L 314 vom 22.11.2016, S. 72, L 127 vom 23.05.2018, S. 2) und im Sinne von Artikel 3 Nr. 15 in Verbindung mit Artikel 41 der Richtlinie (EU) 2016/680 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die zuständigen Behörden zum Zwecke der Verhütung, Ermittlung, Aufdeckung oder Verfolgung von Straftaten oder der Strafvollstreckung sowie zum freien Datenverkehr und zur Aufhebung des Rahmenbeschlusses 2008/977/JI des Rates (ABI. L 119 vom 04.05.2016, S. 89; L 127 vom 23.05.2018, S. 9).

Infolge der Bestimmungen des Artikel 52 der DS-GVO, Artikel 42 der Richtlinie (EU) 2016/680 sowie Artikel 63 der Verfassung des Landes Sachsen-Anhalt und § 21 Abs. 1 Satz 2 DSG LSA ist der Landesbeauftragte völlig unabhängig.

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz erfüllt gegenüber allen öffentlichen Stellen die Aufgaben aus Artikel 57 der DS-GVO. Dazu stehen ihm die Befugnisse aus Artikel 58 der DS-GVO zu (§ 22 Abs. 1 Satz 1 und 2 DSG LSA).

Im Geltungsbereich Richtlinie (EU) 2016/680 erfüllt er die Aufgaben aus Artikel 46. Ihm stehen die Befugnisse aus Artikel 47 zu (§ 22 Abs. 1 Satz 4 und 5 DSG LSA).

Für den Bereich der nicht-öffentlichen Stellen ist der Landesbeauftragte für den Datenschutz die Aufsichtsbehörde nach dem Bundesdatenschutzgesetz (§ 22 Abs. 2 DSG LSA in Verbindung mit § 38 BDSG (im BDSG neu § 40)).

Nach dem DSG LSA und dem BDSG kann sich jedermann an den Landesbeauftragten wenden, wenn er meint, durch Verarbeitung bzw. Nutzung seiner persönlichen Daten durch öffentliche und/oder nicht-öffentliche Stellen in seinen Rechten verletzt worden zu sein.

Unabhängig von solchen Einzelfällen berät und kontrolliert der Landesbeauftragte alle öffentlichen und nicht-öffentlichen Stellen im Hinblick auf die Einhaltung datenschutzrechtlicher Vorschriften. Die Gerichte unterliegen seiner Kontrolle nur, soweit sie in Verwaltungsangelegenheiten tätig werden.

Stellt der Landesbeauftragte Verstöße gegen Schutzvorschriften fest, stehen ihm die Abhilfebefugnisse aus Artikel 58 Abs. 2 der DS-GVO sowie die Befugnisse gemäß Art. 47 Abs. 2 der Richtlinie (EU) 2016/680 zu.

#### Landesbeauftragter für die Informationsfreiheit

Das Informationszugangsgesetz Sachsen-Anhalt überträgt dem Landesbeauftragten für den Datenschutz die Aufgabe des Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit.

Jeder, der sich in seinen Rechten nach dem Informationszugangsgesetz Sachsen-Anhalt (IZG LSA) verletzt sieht, kann sich an den Landesbeauftragten für die Informationsfreiheit wenden. Zu seinen wesentlichen Aufgaben gehört die Vermittlung bei Streitfällen zwischen Bürgern und Behörden, die Beratung des Gesetzgebers und der Verwaltung sowie die Kontrolle der Anwendung des IZG LSA.

### Organisationsplan Landesbeauftragter für den Datenschutz



Landesbeauftragter für den Datenschutz

### Landesbeauftragter

Herr Dr. von Bose

Direktor der Geschäftsstelle des Landesbeauftragten und Stellvertreter Herr Cohaus

Referat 1

Organisation, Personal, Haushalt, Inneres, Justiz Referat 2

Soziales, Gesundheit, Bildung, Informationsfreiheit Referat 3

Informations- und Kommunikationstechnologie, E-Government Referat 4

Wirtschaft

Referat 5

Justiziariat, Europa, Internationaler Datenverkehr

#### 6. Kommunalverwaltung

#### 6.1 Gemeinden

Die Gemeinden sind Grundlage und Glied des demokratischen Staates. Sie verwalten in eigener Verantwortung ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze mit dem Ziel, das Wohl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu fördern.

Die Gemeinden sind Gebietskörperschaften und in ihrem Gebiet der ausschließliche Träger der gesamten öffentlichen Aufgaben, soweit die Gesetze nicht ausdrücklich etwas anderes bestimmen. Sie stellen in den Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit die für ihre Einwohnerinnen und Einwohner erforderlichen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen öffentlichen Einrichtungen bereit.

Gemeinden, die nicht die Rechtsstellung einer kreisfreien Stadt haben, gehören einem Landkreis an (kreisangehörige Gemeinden). Kreisangehörige Gemeinden sind Einheitsgemeinden und Mitgliedsgemeinden von Verbandsgemeinden.

Die Bezeichnung Stadt führen die Gemeinden, denen diese Bezeichnung nach dem bis zum 30. Juni 2014 geltenden Recht bereits zustand. Auf Antrag der Gemeinde kann die Kommunalaufsichtsbehörde die Bezeichnung Stadt einer solchen Gemeinde verleihen, die nach Einwohnerzahl, Siedlungsform und Wirtschaftsverhältnissen städtisches Gepräge trägt. Ortsteilen, die vor einer Gebietsänderung als ehemalige Gemeinden die Bezeichnung Stadt geführt hatten, kann die Kommunalaufsichtsbehörde das Recht verleihen, diese Bezeichnung wieder führen zu dürfen.

Die Städte Dessau-Roßlau, Halle (Saale) sowie die Landeshauptstadt Magdeburg sind kreisfreie Städte.

Organe der Einheitsgemeinde sind die Vertretung und der Hauptverwaltungsbeamte; sie tragen die Bezeichnungen Gemeinderat und Bürgermeister. In Städten führt die Vertretung die Bezeichnung Stadtrat. In Gemeinden mit mehr als 25 000 Einwohnern und in kreisfreien Städten führen die Hauptverwaltungsbeamten die Amtsbezeichnung Oberbürgermeister.

Organe in Mitgliedsgemeinden von Verbandsgemeinden sind die Vertretung und der Bürgermeister, die Vertretung trägt die Bezeichnung Gemeinderat.

In Einheitsgemeinden können Gebietsteile zu Ortschaften bestimmt werden, so dass diese eine Ortschaftsverfassung erhalten. Die Ortschaftsverfassung kann nach dem Modell Ortschaftsrat mit Ortsbürgermeister oder nach dem Modell Ortsvorsteher ausgestaltet werden. Beide Modelle bieten der örtlichen Gemeinschaft Mitwirkungsmöglichkeiten in ortschaftsbezogenen Angelegenheiten.

#### 6.2 Verbandsgemeinden

Die Verbandsgemeinde ist eine Gebietskörperschaft, deren Gebiet aus dem Gemeindegebiet ihrer Mitgliedsgemeinden besteht. Das Modell der Verbandsgemeinde wurde in Sachsen-Anhalt im Zuge der Gemeindegebietsreform, die Anfang 2011 abgeschlossen wurde, als Ausnahme zum Modell der Einheitsgemeinde eingeführt.

Die Verbandsgemeinde erfüllt anstelle ihrer Mitgliedsgemeinden gesetzlich bestimmte Aufgaben des eigenen Wirkungskreises und darüber hinaus auch die Aufgaben des eigenen Wirkungskreises, die ihr alle oder einzelne Mitgliedsgemeinden zur Erfüllung übertragen haben. Sie erfüllt des Weiteren auch die Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises der Mitgliedsgemeinden, soweit nicht Bundes- oder Landesrecht entgegensteht. Zu ihren Aufgaben gehört zudem die Führung der Verwaltungsgeschäfte der Mitgliedsgemeinden.

Die Verbandsgemeinde nimmt die ihr kraft Gesetzes obliegenden und die ihr von den Mitgliedsgemeinden zur Erfüllung übertragenen Aufgaben im eigenen Namen wahr. Die Verbandsgemeinde führt die Verwaltungsgeschäfte der Mitgliedsgemeinden in deren Auftrag und in deren Namen, sie ist hierbei an deren Beschlüsse und Grundsatzentscheidungen gebunden.

Organe der Verbandsgemeinde sind die Vertretung und der Hauptverwaltungsbeamte, sie tragen die Bezeichnungen Verbandsgemeinderat und Verbandsgemeindebürgermeister.

#### 6.3 Landkreise

Die Landkreise verwalten in eigener Verantwortung ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze durch ihre Organe mit dem Ziel, das Wohl ihrer Einwohnerinnen und Einwohner zu fördern.

Die Landkreise sind Gebietskörperschaften und, soweit die Gesetze nichts anderes bestimmen, in ihrem Gebiet die Träger der öffentlichen Aufgaben, die von überörtlicher Bedeutung sind oder deren zweckmäßige Erfüllung die Verwaltungs- oder Finanzkraft der ihnen angehörenden Gemeinden und Verbandsgemeinden übersteigt. Sie unterstützen die ihnen angehörenden Gemeinden und Verbandsgemeinden bei der Erfüllung ihrer Aufgaben und sorgen für einen angemessenen Ausgleich der gemeindlichen Lasten.

Organe des Landkreises sind die Vertretung und der Hauptverwaltungsbeamte, sie führen die Bezeichnungen Kreistag und Landrat.

Das Land Sachsen-Anhalt gliedert sich gemäß dem Gesetz zur Kreisgebietsneuregelung (LKGebNRG) vom 11. November 2005 (GVBI. LSA S. 692), geändert durch Gesetz vom 19. Dezember 2006 (GVBI. LSA S. 544), in elf Landkreise (Karte 6.3.1). Die Kreissitze der nach dem vorstehenden Gesetz neu gebildeten Landkreise ergeben sich aus den einzelnen Gesetzen zur Bestimmung des jeweiligen Kreissitzes vom 20. Dezember 2005 (GVBI. LSA S. 760 bis 768).

Kreissitz

#### Altmarkkreis Salzwedel Salzwedel, Hansestadt Anhalt-Bitterfeld Köthen (Anhalt), Stadt Börde Haldensleben, Stadt Burgenlandkreis Naumburg (Saale), Stadt Harz Halberstadt, Stadt Jerichower Land Burg, Stadt Mansfeld-Südharz Sangerhausen, Stadt Saalekreis Merseburg, Stadt Salzlandkreis Bernburg (Saale), Stadt Stendal Stendal, Hansestadt Wittenberg Wittenberg, Lutherstadt

Landkreis

### Landkreise und kreisfreie Städte im Land Sachsen-Anhalt

Spalte A Einwohner (Stand 31.12.2017)

Spalte B Fläche in Quadratkilometern

Spalte C Bevölkerungsdichte (EW/km²)

	Namen der Landkreise	Α	В	С
1	Altmarkkreis Salzwedel	84.457	2.293,28	36
2	Jerichower Land	90.465	1.576,91	57
3	Stendal	113.186	2.423,26	46
4	Wittenberg	126.815	1.930,47	65
5	Mansfeld-Südharz	138.013	1.448,84	95
6	Anhalt-Bitterfeld	161.264	1.454,26	110
7	Börde	172.619	2.366,84	72
8	Burgenlandkreis	181.968	1.413,72	128
9	Saalekreis	185.494	1.433,73	129
10	Salzlandkreis	192.739	1.427,13	135
11	Harz	216.299	2.104,57	102
	Summe			
	kreisangehöriger Bereich	1.663.319	19.873,01	83

#### kreisfreie Städte

1	Dessau-Roßlau	82.111	244,75	335	
2	Magdeburg, Landeshauptstadt	238.478	201,01	1.186	
4	Halle (Saale)	239.173	135,03	1.771	
	Summe kreisfreie Städte	559.762	580,79	963	
	Summe LSA	2.223.081	20.453,80	108	

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt

## Verteilung der Einwohner auf die Städte und Gemeinden des Landes Sachsen-Anhalt

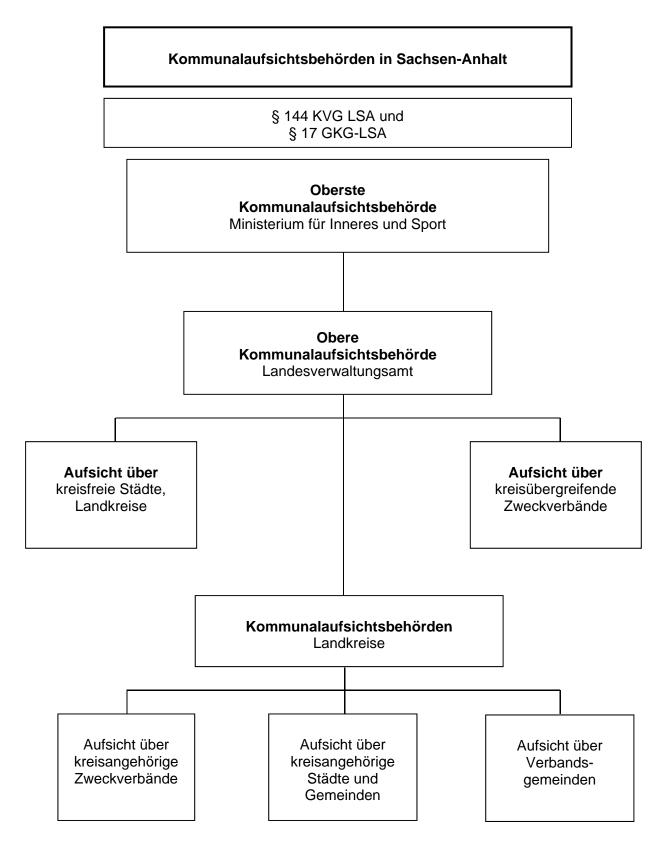
(Stand 31.12.2017)

Größenklassen (Gemeinden mitbis unter Einwohner)		Zahl der Städte und Gemeinden	Bevölkerung insgesamt am 31.12.2017	Prozentualer Anteil der Gemeinden in %
Weniger als	500	0	0	0,0
500 -	1.000	21	19.089	9,6
1.000 -	2.000	60	84.731	27,5
2.000 -	3.000	19	46.256	8,7
3.000 -	5.000	14	51.705	6,4
5.000 -	10.000	49	402.739	22,5
10.000 -	20.000	31	414.508	14,2
20.000 -	50.000	21	644.291	9,6
50.000 -	100.000	1	82.111	0,5
100.000 -	200.000	0	0	0,0
200.000 -	500.000	2	477.651	0,9
Insgesamt		218	2.223.081	100

## Entwicklung der Einwohnerzahlen großer Städte im Land Sachsen-Anhalt

(Stand 31.12.2017)

	Am 31.12.2017	01.01.1992	Veränderung
			in %
Köthen (Anhalt)	26.157	32.298	- 19,01
Aschersleben	27.712	31.015	- 10,65
Sangerhausen	26.798	31.385	- 14,62
Zeitz	28.381	38.399	- 26,09
Schönebeck (Elbe)	31.038	40.664	- 23,67
Naumburg (Saale)	32.755	30.097	8,83
Wernigerode	32.837	34.774	- 5,57
Merseburg	34.197	41.937	- 18,46
Bernburg (Saale)	32.876	38.106	- 13,72
Weißenfels	40.874	35.434	15,35
Stendal, Hansestadt	39.822	48.177	- 17,34
Halberstadt	40.871	43.657	- 6,38
Wittenberg, Lutherstadt	46.272	48.017	- 3,63
Dessau-Roßlau	82.111	95.097	- 13,66
Magdeburg, Landes-	238.478	275.238	- 13,36
hauptstadt			
Halle (Saale)	239.173	303.019	- 21,01



Kommunalaufsicht ist reine Rechtsaufsicht.

#### Aufgaben der Gemeinden

# Aufgaben des eigenen Wirkungskreises

§ 5 KVG LSA

### Selbstverwaltungsaufgaben

Aufgaben, die ihren Ursprung in der örtlichen Gemeinschaft haben oder die durch einen besonderen Bezug zu der örtlichen Gemeinschaft eigenverantwortlich und selbständig bewältigt werden können. Die Art und Weise der Aufgabenerledigung erfolgt weisungsfrei.

#### Freiwillige Aufgaben

Pflichtaufgaben

Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft, deren Übernahme und Erfüllung die Gemeinde freiwillig beschlossen hat.

Aufgaben der örtlichen Gemeinschaft, die durch Gesetz als eigene zugewiesen sind.

#### Kommunalaufsicht

erstreckt sich nur auf die Prüfung der Rechtmäßigkeit

§ 143 Abs. 2 KVG LSA i.V.m. §§ 144 bis 150 KVG LSA

# Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises

§ 6 KVG LSA

### Auftragsangelegenheiten

Aufgaben, die grundsätzlich in der Zuständigkeit und Trägerschaft von Bund oder Land liegen. Kommunale Behörden werden lediglich mit der Erledigung dieser Aufgaben beauftragt. Die Art und Weise der Aufgabenerledigung erfolgt nach Weisung.

### Auftragsangelegenheiten nach

Landesrecht

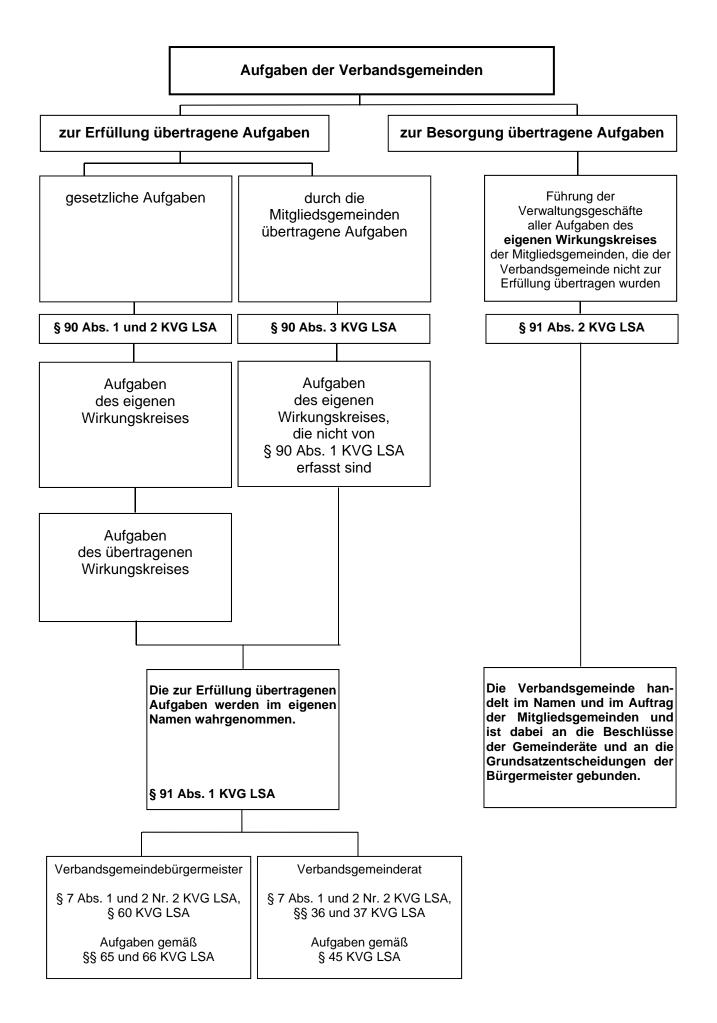
Aufgaben nach

**Bundesrecht** 

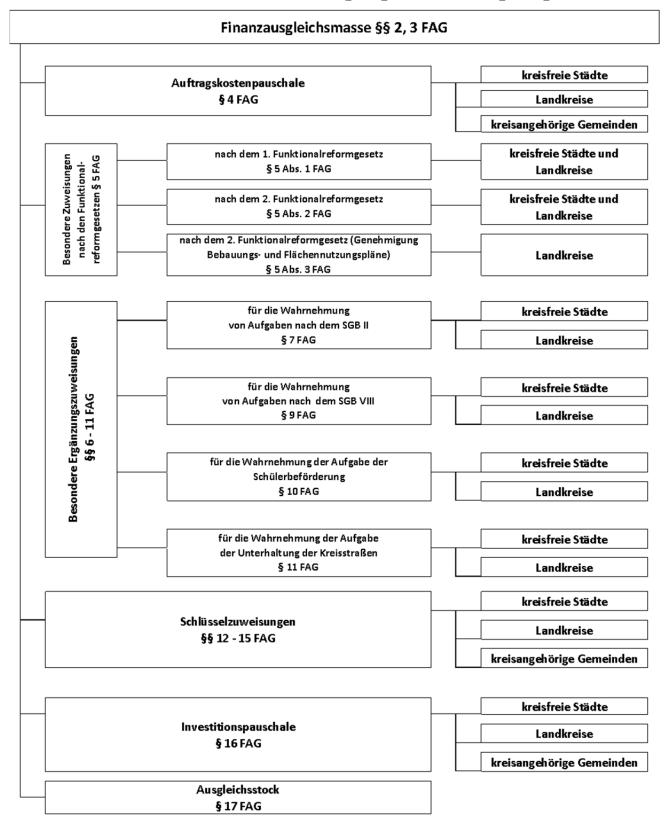
#### **Fachaufsicht**

erstreckt sich auf die Prüfung der Recht- und Zweckmäßigkeit

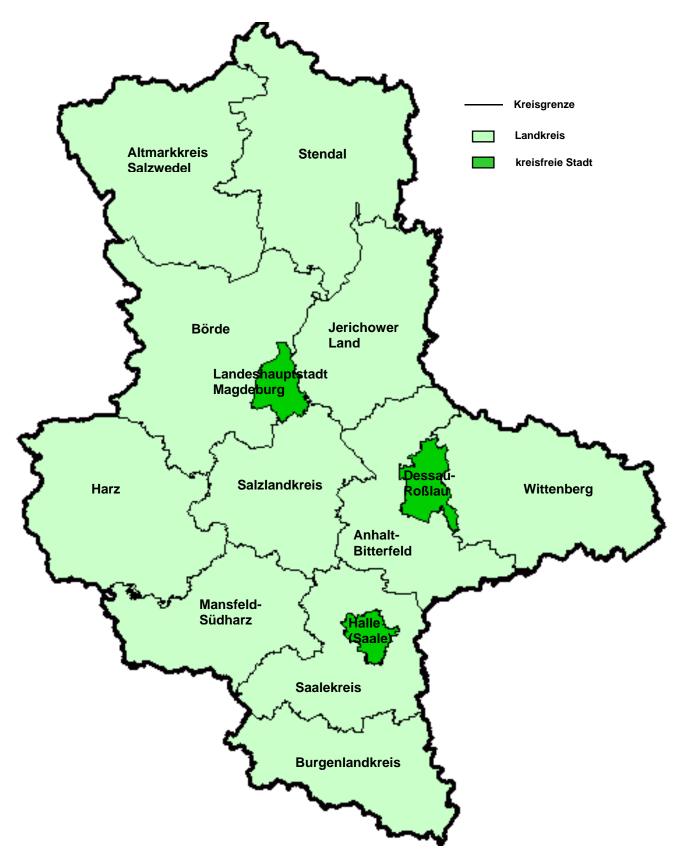
§ 143 Abs. 3 KVG LSA i.V.m. § 155 KVG LSA



### Zusammenfassende Übersicht über die Regelungen des Finanzausgleichsgesetzes



### 6.3.1 Landkreise und kreisfreie Städte



### 7. Wahlkreise

### 7.1 Bundestagswahlkreise

Das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland ist in 299 Wahlkreise eingeteilt. Sachsen-Anhalt verfügt über neun Bundestagswahlkreise, die mit den Ziffern 66 bis 74 gekennzeichnet sind. Die Bezeichnung bzw. Beschreibung der Wahlkreise orientiert sich weitestgehend an landestypischen Regionen. Unabhängig von der Flächengröße der einzelnen Wahlkreise wird bei der Einteilung nur die durchschnittliche Zahl der deutschen Bevölkerung zu einem Stichtag berücksichtigt.

### Bezeichnung der Bundestagswahlkreise (Karte 7.1.1)

66 Altmark

67 Börde - Jerichower Land

68 Harz

69 Magdeburg

70 Dessau - Wittenberg

**71** Anhalt

72 Halle

73 Burgenland - Saalekreis

74 Mansfeld

#### 7.2 Landtagswahlkreise

Gemäß Artikel 5 des Gesetzes zur Parlamentsreform vom 5. Dezember 2014 wurde Sachsen-Anhalt in 43 Wahlkreise eingeteilt. Die durchschnittliche Bevölkerungszahl beträgt für jeden Wahlkreis 51.972 Einwohner. Für diese Einteilung wurde die Zahl der deutschen Bevölkerung in Sachsen-Anhalt mit 2.234.797 Einwohnern mit Stichtag 31. Dezember 2011 zugrunde gelegt. Sobald die durchschnittliche Bevölkerungszahl eines Wahlkreises um mehr als 20 von Hundert nach oben oder unten abweicht, muss eine Neuabgrenzung vorgenommen werden. Entsprechend ist zu verfahren, wenn durch die Änderung von Gemeinde- oder Landkreisgrenzen auch die Wahlkreisgrenzen berührt werden, soweit nicht mehr als 5 von Hundert der Einwohner den Wahlkreis wechseln.

### Bezeichnung der Landtagswahlkreise der Landtagswahl 2016 (Karte 7.2.1)

01	Salzwedel	23	Zerbst

- **02** Gardelegen-Klötze **24** Wittenberg
- **03** Havelberg-Osterburg **25** Jessen
- **04** Stendal **26** Dessau-Roßlau
- **05** Genthin **27** Dessau-Roßlau-Wittenberg
- **06** Burg **28** Wolfen
- **07** Haldensleben **29** Bitterfeld
- **08** Wolmirstedt **30** Quedlinburg
- **09** Oschersleben **31** Sangerhausen
- **10** Magdeburg I **32** Eisleben
- 11 Magdeburg II 33 Saalekreis
- **12** Magdeburg III **34** Bad Dürrenberg-Saalekreis
- 13 Magdeburg IV 35 Halle I
- 14 Halberstadt 36 Halle II
- **15** Blankenburg **37** Halle III
- **16** Wernigerode **38** Halle IV
- 17 Staßfurt 39 Merseburg
- **18** Aschersleben **40** Querfurt
- 19 Schönebeck 41 Zeitz
- 20 Wanzleben 42 Naumburg
- 21 Bernburg 43 Weißenfels
- 22 Köthen

Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt

## 7.1.1 Wahlkreise der Bundestagswahl 2017



## 7.2.1 Wahlkreise der Landtagswahl 2016

